

Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Enquête-Kommission "Für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung"

4. Sitzung

13. Juni 2025

Beginn: 11.02 Uhr
Schluss: 17.09 Uhr
Vorsitz: Raed Saleh (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Raed Saleh: Wir kommen zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Grundlagen und Strukturen der Arbeit gegen Antisemitismus (Landeskonzept Antisemitismusbekämpfung)

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße Frau Senatorin Kiziltepe, Herrn Staatssekretär Landero und Herrn Staatssekretär Friederici! – Außerdem sind Frau Ünsal, Leiterin der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung – LADS –, Frau Otte und Herr Heimes von SenKultGZ, Frau Rosenstreich von SenJustV sowie Herr Siebert, Leiter der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, anwesend. Zu Tagesordnungspunkt 1 ist darüber hinaus Frau Lehmann von SenASGIVA anwesend.

Bevor wir mit der Anhörung beginnen, möchte ich zunächst einmal daran erinnern, dass wir bei der Aussprache, also den Fragen an die Anzuhörenden und Statements der Kommissionsmitglieder, vereinbart hatten, alternierend nach Koalitions- und Oppositionsfaktionen vorzugehen. Es beginnt daher die CDU, gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke.

Eine Redezeitbegrenzung hatten wir uns nicht gegeben. Ich möchte jedoch auf den groben Zeitplan der Sitzung hinweisen, der Ihnen vom Kommissionsbüro auch vorab zu der Sitzung übermittelt wurde. Um in diesem Zeitplan zu bleiben, sollten wir uns als Kommissionsmitglieder bei unseren Redebeiträgen an den zeitlichen Vorgaben orientieren. – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls für Tagesordnungspunkt 1 gewünscht ist.

Wir begrüßen alle Anzuhörenden ganz herzlich: Herrn Dr. Remko Leemhuis, Direktor des American Jewish Committee (AJC) Berlin, Herrn Prof. Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank e.V. – er wird bis 12.30 Uhr teilnehmen können und digital zugeschaltet sein – sowie Herrn Dr. Amir Theilhaber, Ko-Vorsitzender des New Israel Fund (NIF) Deutschland e.V. – er wird bis circa 12 Uhr teilnehmen können. – Schön, dass Sie alle da sind!

Dann starten wir mit den Stellungnahmen. Ein interner Hinweis: Die Vorgabe, um die wir bei der Einladung gebeten haben, waren jeweils sieben Minuten. Wir beginnen mit Herrn Dr. Theilhaber. – Herr Dr. Theilhaber, Sie haben das Wort!

Dr. Amir Theilhaber (New Israel Fund – NIF – Deutschland e.V.; Ko-Vorsitzender): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder des Abgeordnetenhauses! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Amir Theilhaber. Ich bin Historiker und spreche hier als Ko-Vorsitzender des New Israel Fund Deutschland, den ich Ihnen in ein paar Sätzen vorstelle, bevor ich zur Thematik des Antisemitismus in Verbindung mit dem Nahostkonflikt kommen werde.

Der New Israel Fund unterstützt seit über 45 Jahren die demokratische Zivilgesellschaft in Israel. Das tun wir durch finanzielle, aber auch durch ideelle Förderung. Über 900 zivilgesellschaftliche Akteure hat der New Israel Fund bislang gefördert – aus einem breiten Spektrum zwischen Bürgerrechten, Menschenrechten, religiösem Pluralismus, Rechten von Frauen und der LGBTQ-Community. 20 Prozent unseres Budgets gehen an Organisationen aus der palästinensischen Zivilgesellschaft Israels, und wir unterstützen Initiativen, die sich für gesellschaftliche Teilhabe und Begegnungen einsetzen. Wir fördern Organisationen, die sich gegen Fake News und für die Pressefreiheit in Israel einsetzen, und andere, die gegen den Justizabbau der derzeitigen rechtsextremen israelischen Regierung kämpfen. Wir sind stolz darauf, seit Langem Organisationen zu unterstützen, die gegen die Besatzung der palästinensischen Gebiete und die Ausweitung der Siedlungen kämpfen. Das Ziel des New Israel Fund ist es, die Vision der Gründer Israels zu verwirklichen, nämlich die eines jüdischen und demokratischen Staates, der in den Worten der Unabhängigkeitserklärung allen seinen Einwohnern völlige Gleichheit der sozialen und politischen Rechte gewährleistet, ungeachtet ihrer Religion, Rasse oder ihres Geschlechts.

In Deutschland betreibt der New Israel Fund Fundraising und Informationsveranstaltungen, und seit fünf Jahren unterhalten wir ein Bildungsprogramm, das größtenteils an Berliner Bildungseinrichtungen aktiv ist. Neben Inhalten, die gesellschaftliche Teilhabe unterschiedlicher Personenkreise fördern, und Methoden, mit denen Antisemitismus verständlich und diskutierbar gemacht wird, liegt unser Hauptfokus auf der Entwicklung von Israelbildung für und an deutschen Schulen. Dabei geht es uns darum, Israel, seine Geschichte, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Religionen und Kulturen jungen Menschen in Deutschland zugänglicher zu machen. Das ist nicht möglich, ohne Palästina und Palästinenser miteinzubeziehen. Wir entwi-

ckeln dieses Programm, weil uns Israel am Herzen liegt und weil es uns wichtig ist, dass es in Deutschland ein besseres Verständnis Israels gibt. Ein besseres Verständnis Israels, Palästinas und der weiteren Region wirkt auch gegen Rattenfänger, die mit vereinfachenden Parolen in den sozialen Medien oder sonst wo Ressentiments und Hass schüren, die sich in auf Israel bezogenem Antisemitismus, aber auch in Hass auf Palästinenser und Araber, Islamfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus niederschlagen können. Diesen Dynamiken der Entmenschlichung gilt es entgegenzutreten.

Seit Oktober 2023, besonders im ersten halben Jahr nach den Massakern der Hamas und anderen Gruppierungen und dem anschließenden Krieg und der massiven Zerstörung Gazas mit Zehntausenden Opfern, haben wir mit unserem Bildungsprogramm über 100 Einsätze an Berliner Schulen durchgeführt. Bei diesen Einsätzen ging es in erster Linie darum, dort, wo Konfliktlagen in den Schulen vorhanden waren, aber von den Lehrkräften nicht ausreichend behandelt werden konnten, den Schülern und Schülerinnen Raum zum Sprechen zu geben. Es war wichtig, dass so der schulische Frieden verbessert und damit auch im Kleinen zur gesellschaftlichen Entspannung beigetragen werden konnte. Allerdings, wie das Wort „Einsatz“ schon sagt, kommen wir von außen und gehen dann auch wieder. Auf struktureller Ebene ändert sich so nur wenig. Lehrer und Lehrerinnen an Berliner Schulen sind sehr engagiert, aber ihnen fehlen häufig die Fähigkeiten und Mittel, mit den komplexen Gemengelagen einer weit entfernten Region umzugehen und diese dann schulgerecht zu vermitteln.

Dazu vier Punkte: Erstens fängt es damit an, dass im Rahmenlehrplan häufig kaum Platz für die angemessene Vermittlung vorhanden ist und dann mitunter noch fachfremd gelehrt werden muss. Zweitens: Wie die Deutsch-Israelische Schulbuchkommission schon vor längerer Zeit bemängelt hat, sind die deutschen Schulbücher weitestgehend inadäquat, wenn es um die Vermittlung des Nahostkonflikts oder um Israel und Palästina im Einzelnen geht. Eine Doppelseite reicht da nicht aus. Drittens: Im Lehramtsstudium kommen Israel und Palästina nur in Ausnahmefällen vor – kein Wunder, denn nur an zwei Universitäten in Deutschland gibt es Lehrstühle oder Zentren für Israelstudien, nämlich in Heidelberg und München. Palästina ist da eine völlige Leerstelle. Viertens: Das wirkt sich auch auf die Möglichkeiten von Lehrern und Lehrerinnen aus, sich fortzubilden. Das liegt nicht an einem Mangel an Interesse, sondern an einem Mangel an Möglichkeiten. Bei solchen Fortbildungen, die sich auch im Rahmen von Studienreisen denken lassen, sollte der Fokus dann nicht auf dem Holocaust liegen, sondern auf Israel.

Wir müssen davon ausgehen, dass der andauernde Krieg nicht der letzte dieses Konflikts gewesen sein wird – so wie wir auch mitbekommen, dass der Krieg weitergeht. Auch während des Gazakriegs 2014 kam es zu größeren Auseinandersetzungen in Deutschland und in anderen Ländern. Wenn nicht auf struktureller Ebene im universitären und Bildungsbereich die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass junge Menschen lernen und verstehen können, was in Israel und in Palästina passiert und was es mit ihnen hier in Deutschland zu tun hat oder auch nicht zu tun hat, werden auch in den kommenden Jahren immer wieder Sekundärkonflikte in Deutschland ausgetragen werden. Das wird angesichts von verschiedenen familiären Ausgangspunkten, die eine postmigrantische Gesellschaft ausmachen, nicht leichter. Dabei sollte aber gesehen werden, dass die unterschiedlichen Hintergründe unserer Gesellschaft nicht nur Auseinandersetzungen beim Israel-Palästina-Konflikt hervorrufen, sondern sich das auch unter anderem im Kontext des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine beobachten lässt.

Einen importierten Antisemitismus als Blitzableiter in den Raum zu stellen, wird dem Phänomen dabei nicht gerecht. Anstelle dessen sollten wir als Gesellschaft, also auch als Berliner Gesellschaft, in jungen Menschen die mündigen Bürger und Bürgerinnen sehen, die unsere Demokratie auch in der Zukunft stark und lebenswert für alle machen werden. Dafür müssen sie die Möglichkeit bekommen, sich zu bilden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Das war eine Punktlandung. Vielen Dank, Herr Dr. Theilhaber! Danke schön für Ihren Input! – Jetzt ist Herr Prof. Dr. Mendel an der Reihe. – Herr Mendel, Sie haben das Wort!

Dr. Meron Mendel (Bildungsstätte Anne Frank e.V.; Direktor) [zugeschaltet]: Hallo in die Runde! Ich freue mich über die Möglichkeit, mich aus Frankfurt dazuzuschalten und mit Ihnen zu sprechen. Das ist tatsächlich nicht die erste Sitzung nach dem 7. Oktober, die sich mit dem Anstieg von Antisemitismus und Rassismus befasst. Ich war schon in einigen, und ich würde meine Gedanken mit Ihnen teilen und vor allem die Frage stellen: Was kann man in dieser ziemlich festgefahrenen Situation wirklich noch tun?

Ich würde erst einmal die These aufstellen, dass wir es mit zwei Phänomenen zu tun haben: Zum einen ist das der reale Anstieg von Antisemitismus und Rassismus seit dem 7. Oktober, und zum anderen haben wir es mit einer Polarisierung der Debatte zu tun, die sich aber zugleich auch auf den Anstieg von Antisemitismus und Rassismus bezieht. Diese beiden Phänomene korrespondieren miteinander, denn Antisemitismus und Rassismus führen zu mehr Polarisierung, aber auch die Polarisierung an sich führt zu dem Anstieg von Antisemitismus und Rassismus. Ich empfinde es vor allem als problematisch, dass die Polarisierung dadurch noch weiter voranschreitet, dass ein Antisemitismus- oder Rassismusvorwurf erhoben wird. Es wird also in einem bestimmten Teil der Debatte gesagt: Was du sagst, ist antisemitisch, – oder: Was du sagst, ist rassistisch. – Damit wird die Debatte sozusagen auf ein anderes Level geführt. Nehmen wir beispielsweise den Genozid-Vorwurf, der seit dem 7. Oktober immer wieder erhoben wird, also dass das, was Israel in Gaza macht, ein Genozid sei. Diesen Vorwurf kann man auf zwei Ebenen diskutieren, nämlich einmal auf der sachlichen Ebene dessen, was in Gaza passiert: Welche Argumente sprechen dafür oder dagegen, dass das, was dort stattfindet, ein Genozid ist? Oder man kann es auf einer anderen Ebene diskutieren und sagen: Der Vorwurf selbst ist antisemitisch. – Dann wird eine ganz andere Debatte geführt, nämlich ob das der Definition von Antisemitismus entspricht oder nicht.

Meine Erfahrung ist: Wenn wir, statt über die Sache selbst zu diskutieren, die Diskussion führen, ob etwas antisemitisch oder nicht antisemitisch oder rassistisch oder nicht rassistisch ist, führt dies eher zu mehr Polarisierung und mehr Schärfe in der Debatte, anstatt dass wir versuchen, die Diskussion auf einer gemeinsamen Ebene zu führen. Es passiert eigentlich das, was wir immer wieder sehen: Das Pro-Palästina-Lager behauptet, dass bestimmte Begriffe rassistisch sind, das Pro-Israel-Lager behauptet, dass bestimmte Begriffe oder Vorwürfe antisemitisch sind, und die Debatte geht an der Sache vorbei. Ich gebe noch ein Beispiel, um das klarzumachen: Immer wieder begegnet mir in der Bildungsarbeit die Diskussion, ob Israel ein Kolonialstaat sei oder ob Israel historische Berechtigung hat. Natürlich kann man diskutieren, ob der Vorwurf, dass Israel ein Kolonialstaat sei, antisemitisch ist. Wenn ich aber glaube, dass Israel ein Kolonialstaat ist, werde ich nicht automatisch meine Meinung ändern, nur weil gesagt wird, dass diese Behauptung antisemitisch ist. Das ist meine Erfahrung aus der Bildungs-

arbeit. Man braucht Argumente, historische Argumente, die klarmachen, warum Israel kein Kolonialstaat ist.

Von daher will ich in diesem Statement sehr stark dafür plädieren, etwas abzurüsten. Gerade die inflationäre Benutzung des Antisemitismusvorwurfs oder Rassismusvorwurfs hilft uns in der Bildungsarbeit in den seltensten Fällen. In den letzten Monaten seit dem 7. Oktober habe ich die Erfahrung gemacht, dass wir nicht weitere Safe Spaces brauchen, wo man sich dann über Antisemitismus oder Rassismus beklagt – wechselseitig in unterschiedliche Räumen – , sondern wir brauchen Räume, in denen gestritten wird. Statt die Energie aufzuwenden, mit wem man nicht diskutieren darf, weil diese Person angeblich rassistisch oder angeblich antisemitisch ist, müssen wir kontroverse Räume schaffen, in denen Leute – und zwar nicht digital, sondern in der Realität in Präsenz – miteinander streiten und Argumente austauschen können. Das Argument ist dann nicht: Was du sagst, ist antisemitisch oder rassistisch –, sondern argumentiert wird in der Sache selbst. Warum ist diese Behauptung falsch? Warum bin ich anderer Meinung?

Um zwei Berliner Beispiele zu geben: Meine Frau Saba-Nur Cheema und ich haben vor einigen Monaten sechs Tage bei den Berliner Festspielen Veranstaltungen kuratiert, bei denen es um den Nahostkonflikt ging. Da haben wir auch Leute eingeladen, die die Boykottbewegung unterstützen, aber sie waren bereit, mit Leuten zu diskutieren, die ihre Meinung für komplett falsch erachten. Genauso haben wir das in der Neuen Nationalgalerie im Zusammenhang mit der Nan-Goldin-Ausstellung gemacht, wo wir Leute mit sehr konträren Positionen zum Nahostkonflikt zusammengebracht haben. Die Erfahrung ist – und das ist nicht nur eine Berliner Erfahrung –, dass gerade in solchen Räumen, auch wenn dort heftig diskutiert wird, trotzdem das Ergebnis ist, dass die Debatte doch in eine andere Form geführt wird, und zwar in die Form von Argumenten und Gegenargumenten und nicht in die Form von Diffamierungen und Gegendiffamierungen.

Von daher ist das heute meine Botschaft an Sie, an die Kommission: Der Kampf gegen Antisemitismus und gegen Rassismus wird paradoxe Weise gewinnen, wenn wir mehr zulassen, wenn wir weniger boykottieren und gegenboykottieren und toleranter sind, Meinungen zu hören, die wir für völlig falsch erachten. Mein letztes Statement: Ja klar, ich rede auch mit Antisemiten, denn wie soll man ihnen etwas erklären, wenn man nicht mit ihnen spricht? Wir müssen mit Antisemiten und Rassisten reden, um eine vernünftige, argumentbasierte Debatte zu ermöglichen, sodass wir Jugendliche und Erwachsene dafür gewinnen, eine bessere Debatte zu führen und im Endeffekt gegen Antisemitismus und gegen Rassismus zu kämpfen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Mendel! Danke für Ihren Input! – Es folgt jetzt Herr Dr. Leemhuis.

Dr. Remko Leemhuis (American Jewish Committee – AJC – Berlin; Direktor): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder des Abgeordnetenhauses! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich inhaltlich ein paar Aspekte aus der Praxis erläuterte, wie sie sich für das AJC darstellen, möchte ich am Anfang betonen, dass die Einrichtung dieser Kommission aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt ist, weil es für uns signalisiert, dass Sie als politisch Verantwortliche erkannt haben, wie dramatisch sich das Leben von Jüdinnen und Juden und ihre Sicherheit in dieser Stadt seit dem 7. Oktober verschlechtert haben. Natürlich kann eine

Kommission nur ein Schritt sein. Was es unbedingt braucht, ist, dass die nicht jüdische Mehrheitsgesellschaft endlich ihre indifferente Haltung zu diesem Problem aufgibt, und natürlich auch, dass Menschen, die in politischen Führungspositionen sind, deutlich agieren. Hier denke ich in dieser Stadt vor allen Dingen an die Präsidentinnen und Präsidenten der Hochschulen, die leider seit dem 7. Oktober nicht in allen Fällen hilfreich agiert haben.

Am 22. Mai dieses Jahres verließen Sarah Lynn Milgrim und Yaron Lischinsky in Washington, D.C. eine Veranstaltung des American Jewish Committee. Kurz nachdem die beiden das Capital Jewish Museum, den Veranstaltungsort, verlassen hatten, wurden sie – und ich muss es leider so deutlich sagen – auf offener Straße hingerichtet. Der Täter rief während seiner Verhaftung, wie auf Videoaufnahmen dokumentiert ist, „Free Palestine“ und begründete seine Tat in einem Manifest mit dem israelischen Krieg gegen die Hamas. Am 1. Juni 2025 warf in Boulder, Colorado, ein Mann Brandsätze auf Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Kundgebung, die für die Freilassung der israelischen Geiseln, welche sich nach wie vor in der Gewalt der Hamas befinden, demonstrierten. Nach eigener Aussage wollte er Zionisten töten und rief bei seiner Tat ebenfalls „Free Palestine“ sowie „End Zionism“.

Ich erwähne diese Fälle einerseits, weil viele Organisationen, darunter auch wir als AJC, seit Langem darauf hinweisen, dass Parolen wie „From the River to the Sea“ oder Forderungen nach einer weltweiten Intifada, wie sie in den Straßen dieser Stadt und an den Universitäten dieser Stadt leider immer noch täglich zu hören sind, nichts anderes als einen Aufruf zum Mord an Juden darstellen. Andererseits markieren sie den besonders gewalttätigen Ausdruck des israelbezogenen Antisemitismus. Dieser Antisemitismus war bereits lange vor dem 7. Oktober eine der dominantesten Formen des Judenhasses, aber das hat sich seit dem 7. Oktober noch einmal verstärkt, was auch an den Zahlen von RIAS deutlich wird, die letztes Jahr 8 627 antisemitische Vorfälle registriert haben; davon entfielen knapp 6 000 auf die Kategorie des israelbezogenen Antisemitismus. Doch nicht nur gehört diese Form des Antisemitismus zu den am weitesten verbreiteten, sie zeigt wie kaum eine andere Form zugleich die Integrationsfähigkeit antisemitischer Ressentiments oder des Antisemitismus. In dem Hass und in der Ablehnung des jüdischen Staates vereinen sich politische Milieus und Lager, die ansonsten wenig verbindet oder die sich im Zweifelsfall sogar feindlich gegenüberstehen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung überrascht es ebenfalls nicht, dass die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance IHRA – an deren Erstellung das AJC beteiligt war, das möchte ich der guten Transparenz halber erwähnen – zunehmend heftigen Angriffen ausgesetzt ist. Im Kern richten sich diese Angriffe gegen die IHRA-Definition immer wieder vor allem gegen ihre klare Benennung und gegen die Beispiele des israelbezogenen Antisemitismus. Deswegen könnte man sogar sagen: Viele der teilweise doch auch recht bizarren Angriffe auf die IHRA bestätigen letztlich ihre Richtigkeit und Notwendigkeit der Definition und auch die Beispiele, die dort genannt werden. Deshalb möchte ich hier ausdrücklich betonen, wie sehr sich die IHRA-Definition bewährt hat – nicht erst, aber besonders deutlich nach dem 7. Oktober. Trotz aller notwendigen Begrenzungen und Unschärfen, die eine kurze und allgemein verständliche Definition mit sich bringt, erweist sie sich in der Praxis als außerordentlich hilfreich bei der Erkennung und Einordnung antisemitischer Vorfälle und Straftaten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und natürlich auch einschließlich der Strafverfolgungsbehörden. Dabei kommt der IHRA-Definition zugute, dass sie bereits bei ihrer Entstehung maßgeblich von den Betroffenen selbst mitentwickelt wurde und daher in den jüdischen Gemeinden eine hohe Akzeptanz und Unterstützung besitzt – und eben nicht

nur in Deutschland, sondern in allen europäischen Ländern und in den USA, was man auch daran sieht, dass beispielsweise von 27 europäischen Ländern 26 die IHRA-Definition adaptiert haben. Diese Anerkennung hat entscheidend dazu beigetragen, dass antisemitische Vorfälle und Straftaten jetzt auch über Ländergrenzen hinweg zunehmend besser vergleichbar werden, was nicht nur für die Erfassung antisemitischer Straftaten relevant ist, sondern auch, weil dies wertvolle Hinweise für die Prävention liefert – und das ist ja auch wichtig für diese Kommission.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass die IHRA-Definition für die Arbeit des AJC von unschätzbarem Wert ist. Ergänzt durch die immer präzisere Dokumentation, insbesondere durch RIAs, sind wir heute in einer deutlich besseren Position, Antisemitismus und die Verbreitung dessen sichtbar zu machen und offen zu thematisieren. Das war uns vor wenigen Jahren in dieser Form nicht möglich. Es gibt zur IHRA außerdem keine seriöse Alternative, und ich möchte Sie daher alle ermutigen, auch gerade hier im Parlament, sich nicht durch die Angriffe auf die Definition irritieren zu lassen. – Nochmals vielen herzlichen Dank für die Einladung und danke für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Dr. Leemhuis! Auch Ihnen danke für Ihren Input! – Dann gehen wir jetzt in die Aussprache. Wir haben vorhin mit den Sprecherinnen und Sprechern verabredet, dass wir dies ohne Zeitkontingent ermöglichen, aber so konzentriert machen, dass es die Möglichkeit zur Beantwortung der Fragen gibt und wir dann auch noch Zeit haben, bei diesem Themenblock weiter zu diskutieren. – Herr Stettner, wer spricht bei Ihnen?

Dirk Stettner (CDU): Professor Lehnstaedt!

Vorsitzender Raed Saleh: Bitte schön, Herr Prof. Dr. Lehnstaedt, Sie haben das Wort!

Dr. Stephan Lehnstaedt: Vielen Dank! – Ich fand es ganz wichtig, Herr Leemhuis, dass Sie gerade auch den Antisemitismus an den Universitäten angesprochen haben, denn ich glaube, wir haben da tatsächlich ein Problem. Unis verbreiten im Grunde seit Jahrhunderten Antisemitismus. Ob wir über mittelalterliche Disputationen mit Juden, den Antisemitismusstreit in Berlin im 19. Jahrhundert, die Rasseforschung im Nationalsozialismus oder heute den Antikolonialismus sprechen, wir hören es. Was die Unis tun, ist, dass sie versuchen, objektive, also pseudoobjektive Gründe für Judenfeindschaft zu finden, zu präsentieren, und dass sie damit natürlich auch ihre Glaubwürdigkeit und ihre Zugänge zur Öffentlichkeit nutzen, um im Diskurs präsent zu sein. Im Grunde läuft das aber immer nur auf den Stammtisch hinaus, der sagt: Antisemitismus ist dann, wenn man mehr gegen Juden hat, als es normal ist. – Denn hier werden gewissermaßen Gründe gesammelt, um gegen Juden zu sein.

Meine Frage ist also, wie wir mit diesem Verhältnis von pseudowissenschaftlichem Antisemitismus und tatsächlich auch einer Antisemitismuslegitimation durch die Universitäten und die akademische Welt umgehen sollen, und zwar auch und gerade im Kontrast zu demokratisch legitimierten Definitionen. Sie haben die IHRA-Definition angesprochen, die ja inzwischen von allen möglichen Parlamenten angenommen wurde.

Sie haben gesagt, dass das AJC auch an der Definition beteiligt war. Ich finde das wichtig, und ich finde das auch sehr gut, denn wen müssen wir als Nichtjuden denn fragen, wenn es um Antisemitismus geht? – Ja, natürlich müssen wir jüdische Organisationen fragen, also die großen Verbände und die großen Organisationen. Das tun wir schließlich bei allen anderen Gruppen auch. Ich suche mir ja nicht irgendwen aus und frage ihn: Wann fühlst du dich diskriminiert, wie fühlst du dich als Jude? –, sondern ich gehe zu den großen Interessenvertretern. Das ist im Grunde demokratisch. Hier also noch einmal meine Frage: Wie sehen Sie diesen Widerspruch zwischen pseudowissenschaftlichem Antisemitismus und öffentlichen Antisemitismusdefinitionen? Wie sollen wir uns da verhalten?

Dr. Remko Leemhuis (AJC Berlin): Vielen Dank für die Frage! – Um erst einmal festzustellen – –

Vorsitzender Raed Saleh: Nein, wir sammeln!

Dr. Remko Leemhuis (AJC Berlin): Ach so, Entschuldigung!

Vorsitzender Raed Saleh: Das war vielleicht mein Fehler. Wir sammeln die Fragen, und dann haben Sie am Ende die Möglichkeit zu antworten. – Vielen Dank! – Herr Walter, wer spricht jetzt aus Ihren Reihen?

Sebastian Walter (GRÜNE): Frau Bozkurt!

Vorsitzender Raed Saleh: Bitte schön, Frau Bozkurt, Sie haben das Wort!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich danke den Anzuhörenden Herrn Dr. Leemhuis, Herrn Dr. Theilhaber und Herrn Prof. Dr. Mendel! Ich habe tatsächlich Bezug zu all Ihrer Arbeit. 2009 war ich in Berlin Praktikantin von Cem Özdemir und konnte am Jewish-Turkish Roundtable teilnehmen, den ich ganz besonders toll fand. Darauf bezieht sich meine Frage, oder damit möchte ich gern beginnen. Mein Eindruck war, dass man vor ein paar Jahren deutlich einfacher miteinander streiten konnte, um auf das zurückzukommen, was auch Herr Mendel gerade gesagt hat. Es gab Räume – gut, am Jewish-Turkish Roundtable war das jetzt nicht unbedingt Streit. Es war ein sehr konstruktiver Austausch und wirklich auch sehr fruchtbar. Ich möchte von Ihnen wissen, was wir tun können, um das ein bisschen zu durchbrechen, um dahin zurückzukommen. Herr Mendel hat darüber gesprochen, dass es eine zunehmende Polarisierung gibt und dass uns die Räume wegbrechen, in denen man Brücken hätte bauen können. Ja, wir können nicht mehr so gut Brücken bauen, wie wir es früher konnten, und wir haben auch niemanden mehr, der über diese Brücken geht. Das ist ein ganz großes Problem.

Um noch einmal auf Sie zurückzukommen, Herr Mendel: Ich habe zuletzt in Frankfurt am Main gewohnt. Dort war ich im Vorstand der Grünen in Frankfurt, und eine meiner ersten Aufgaben war es, zu Ihnen in die Bildungsstätte Anne Frank zu kommen und zu fragen, was wir tun können, gerade als migrantische Gesellschaft, gerade als Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund und gerade muslimischem Hintergrund, um zu sagen: Das Thema Antisemitismus ist ein Gemeinschaftsthema, und das müssen wir gemeinschaftlich angehen. Sie haben damals darüber gesprochen und tun das immer noch, dass Sie die Gesamtgesellschaft mitnehmen, aber dass Sie auch die Intersektion von Diskriminierungen und die gegenseitige

Verstärkung von verschiedenen Merkmalen sehen, also dass Antisemitismus ein Bereich ist, der aber natürlich auch mit verschiedenen anderen Diskriminierungsformen zusammengeht. Vielleicht können Sie uns da etwas an die Hand geben: Was sind die Best Practices aus Ihrer Arbeit, die wir vielleicht politisch übernehmen können, um abrüsten zu können und dahin zu kommen, dass wir wieder einfacher oder konstruktiver miteinander in den Austausch gehen können? Denn natürlich ist Antisemitismus eine Gemeinschaftsaufgabe, die wir nur gemeinschaftlich lösen können.

Um auf Sie zurückzukommen, Herr Dr. Theilhaber: Ich war auch Praktikantin der Heinrich-Böll-Stiftung in Tel Aviv, und in der Zeit habe ich auch die Arbeit des NIF zu schätzen gelernt – gerade das Thema Democracy Promotion, eines der wichtigsten Themen in Israel und Palästina, an dem Sie auch sehr effektiv gearbeitet haben. Das war damals in Israel schon ein Thema, und es ist, glaube ich, in Deutschland jetzt auch zunehmend ein Thema, dass die Solidarität unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren abnimmt. Das war früher nicht so. Früher haben wir das wirklich als „Viel hilft viel“ verstanden, und wir haben gewusst, dass jede Organisation sich dafür eingesetzt hat, dass die andere Organisationen auch gestärkt wird oder beispielsweise weiterhin Mittel bekommt. Davon sind wir ein bisschen abgekommen. Ich merke zunehmend, dass es mehr Argwohn zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren und zwischen den verschiedenen Organisationen gibt. Wie können wir das überwinden? Wie können wir dahin kommen, dass wieder alle gemeinschaftlich am Thema Antisemitismus und am Thema Rassismus arbeiten, und dafür Sorge tragen, dass wir auch die Intersektionalität sehen und dafür Mittel in die Breite gestreut werden, sodass wir sicherstellen können, dass wir dieses Problem gemeinschaftlich beseitigen? – So viel von unserer Seite, danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Herr Özdemir, wer spricht bei Ihnen?

Orkan Özdemir (SPD): Ich spreche.

Vorsitzender Raed Saleh: Bitte schön!

Orkan Özdemir (SPD): Erst einmal von unserer Seite vielen Dank an die Anzuhörenden für diesen Einblick in Ihre Gedankenwelt und auch Forschung und Arbeit! Ich habe eine Frage an Herrn Mendel: Diesen Ansatz, diskursiv im Dialog zu bleiben und dort die roten Linien vielleicht etwas weiter zu fassen und zu definieren, finde ich spannend. Trotzdem würde ich gern von Ihnen wissen: Wo sind bei Ihnen dann doch die roten Linien? Auch in der Arbeit, die Sie machen, wenn Sie Diskurse in diesen Räumen führen: Wo setzen Sie die roten Linien?

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Dr. Theilhaber: In Ihren Ausführungen sprechen Sie über Bildung zu Israel und Palästina. Können Sie konkretisieren, wie das in Bezug zum Anstieg und der Bekämpfung des Antisemitismus steht? Was meinen Sie außerdem damit, dass importierter Antisemitismus als Blitzableiter in den Raum gestellt wird? Es wäre spannend, wenn Sie uns das noch einmal darstellen könnten. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Özdemir! – Wer spricht nun? – Frau Helm, bitte schön!

Anne Helm (LINKE): Herzlichen Dank an alle Anzuhörenden für Ihre Ausführungen und dass Sie uns heute mit Beratung für die wichtige Arbeit zur Seite stehen! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir ein massives Problem mit Antisemitismus in der Gesellschaft haben und dass es eine gemeinsame Aufgabe ist, das mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Ich bin der Überzeugung, dass der Bildungsbereich dafür sehr wichtig ist und dass vor allem auch Menschen, die in dieser Gesellschaft Funktionen haben, in denen sie auf andere wirken können, Antisemitismus erkennen. Deswegen habe ich ein paar Nachfragen zu Ihrer Arbeit, wie wir das noch verbessern können.

Herr Theilhaber, Sie haben beschrieben, dass es in den Schulmaterialien, aber auch bei der Ausbildung von Lehrkräften Mängel gibt. Da wäre meine Frage: Was für Möglichkeiten gibt es? So kurzfristig lässt sich das in den Arbeitsmaterialien nicht ändern. Was für zusätzliche Möglichkeiten brauchen wir, um Lehrkräfte zu sensibilisieren und weiterzubilden, um ihnen das Handwerk an die Hand zu geben, mit dieser Situation umzugehen, Antisemitismus zu erkennen und ihn auch diskursiv bekämpfen zu können?

An Herrn Mendel habe ich die Frage: Sie haben von Ihrer Bildungsarbeit berichtet und von mangelnden Räumen gesprochen. Können Sie beschreiben, wie solche Diskursräume aussehen müssen und was die Voraussetzungen sind, um in die Diskussion zu kommen? Sie sagten, Sie sprechen auch mit Antisemitinnen und Antisemiten, weil Sie sie sonst nicht überzeugen können. Was braucht es denn, um tatsächlich erfolgreich Menschen von ihren Überzeugungen abzubringen? Das fände ich hochspannend.

Für mich stellt sich dann noch eine Frage, die so ein bisschen in die Definitionsdebatte greift. Ich habe auch den Eindruck, dass diese Definitionsdebatten oftmals dazu da sind, Vorwürfe, statt sie zu analysieren, abzuwenden, und dass die Definitionsdebatte oftmals auch missbraucht wird – zum einen von Menschen, die sich auf die IHRA beziehen, um Kritik an der israelischen Regierung oder an Kriegsverbrechen pauschal als antisemitisch einzuführen, zum anderen aber auch von Menschen, die sich auf die JDA beziehen, um ihren Israelhass zu legitimieren. Man muss an der Stelle klar sagen: Nach beiden Definitionen gibt es israelbezogene Antisemitismus, und nach beiden Definitionen ist nicht jede Kritik an der israelischen Kriegsführung antisemitisch. Deswegen sind beide Einschätzungen missbräuchlich und dienen nicht dazu, Antisemitismus effektiv zu bekämpfen.

Wenn wir Menschen helfen wollen, antisemitische Strukturen und Denkweisen zu erkennen, dann müssen wir versuchen, ihnen das Handwerkszeug an die Hand zu geben, das sie dazu in die Lage versetzt. Da würde ich an das anknüpfen, was Sie gesagt haben, Herr Leemhuis: Sie haben beschrieben, dass es eine große Integrationsfähigkeit von israelbezogenem Antisemitismus gibt, und durch den 7. Oktober und den sich anschließenden Krieg kristallisiert sich das ja sehr klar heraus und wird auch zu Taten. Für mich ist die Frage: An was für Denkstrukturen können antisemitische Propagandisten dort anknüpfen? Was für antisemitische Denkstrukturen gibt es möglicherweise, auf die sie dort treffen und an die sie anknüpfen können? Wie können wir diese vielleicht auch schon präventiv erkennen und bekämpfen, um ein größeres Verständnis auch bei den Leuten herzustellen, die vielleicht den Antisemitismusvorwurf von sich weisen würden, weil sie davon einen anderen Begriff haben oder versuchen, das von sich weg zu definieren, damit wir dort früher in den Dialog kommen und präventiv eingreifen können? Könnten Sie zu dieser Frage etwas ausführen? Sie richtet sich selbstverständlich auch gern an die anderen Anzuhörenden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Helm! – Vielen Dank allen für die konzentrierten Fragen! – Wir kommen jetzt zur Beantwortung der Fragen und beginnen mit Herrn Dr. Theilhaber. – Herr Dr. Theilhaber, Sie haben das Wort!

Dr. Amir Theilhaber (NIF Deutschland): Ich beantworte alle Fragen nacheinander. – In unserer Arbeit als NIF haben wir in Deutschland in den letzten zwei Jahren gesehen, dass eine ganze Reihe von Austauschforen weggebrochen sind und Veranstaltungen nicht mehr stattgefunden haben, aber auf der anderen Seite sich auch eine ganze Reihe von neuen Kontakten aufgetan haben – meistens eher erst einmal bedeckt hinter den Kulissen, um Vertrauen aufzubauen, sich gegenseitig kennenzulernen und sich auch die Zeit zu nehmen, sich kennenzulernen. Ich glaube, das führt dann nicht kurzfristig dazu, dass das Problem verschwindet. Es führt aber dazu, dass wir aus dem gemeinschaftlichen Verständnis, dass wir hier ein massives Problem haben – auch wenn wir uns vielleicht nicht ganz darüber einig sind, wo das Problem anfängt oder wer damit angefangen hat –, Lösungen entwickeln müssen.

Ich denke, das ist das, was uns in unserer Arbeit in Deutschland weiterhin Hoffnung gibt – auch dass es von politischer Seite eigentlich parteiübergreifend im demokratischen Spektrum ein Verständnis dafür gibt, dass das notwendig ist, und dass wir auf diese Art und Weise als Gesamtgesellschaft diese Probleme auch lösen können. Es ist keine aussichtslose Lage. Ich denke, dass das aber auch bedeutet, dass von politischer Seite aus die Rahmenparameter dafür gegeben werden müssen. Es mag rote Linien geben, das ist ganz klar, aber es muss ausgestattet werden. Es muss möglich sein, das zu tun. Wir können nicht damit anfangen, erst einmal jeden zu verdächtigen, jede Organisation oder jedes Individuum zu verdächtigen und erst einmal ausführliche Backgroundchecks zu machen, weil wir Angst davor haben, einen eigenen Reputationsverlust zu erleiden – auch wenn wir das irgendwo natürlich pragmatisch tun müssen.

An allererster Stelle muss aber irgendwo eine Zugewandtheit stehen, sodass man versucht sich zu öffnen, wenn eine Anfrage kommt. Da würde ich dann auch sehen, dass solche Round Tables, so wie sie damals stattgefunden haben, möglich sind. Ja, es braucht Streiträume. Es gibt auch sogenannte Braver Spaces, also nicht nur Safe Spaces, sondern Braver Spaces, in denen auch gestritten werden kann und in denen nicht ein einzelner Satz oder ein einzelnes Wort, das ich oder jemand anderes benutzt hat, gegen einen verwendet oder in den sozialen Medien ausgeschlachtet wird und so weiter. Ich glaube, dass wir wirklich auch ein Problem haben, wie wir mit den sozialen Medien umgehen, und wie wir es ermöglichen, uns nicht aus dem Internet heraus unsere gesellschaftlichen Abläufe zerstören zu lassen.

Dann würde ich gern auf die beiden Fragen von Herrn Özdemir eingehen: Zunächst sollte klar sein, dass es Aussagen zu Israel gibt, die eindeutig antisemitischen Mustern entsprechen. Auch als New Israel Fund ist uns das nicht fremd. Wenn wir Spenden sammeln, um in Israel zivilgesellschaftliche Einrichtungen zu unterstützen, egal ob sie dann Juden oder Palästinenser zugutekommen, erhalten wir Zuschriften, die uns und den New Israel Fund als Geldjuden diffamieren – und das ist nur ein Beispiel. Wir sammeln das alles, schauen uns das an, und wenn wir denken, dass es gefährlich wird, dann melden wir es an die Behörden. Bei diesen Beispielen, bei denen über Israel gesprochen und aus dem tiefen Reservoir antisemitischer und antijüdischer Muster geschöpft wird, kommen wir aber auch dahin, dass wir in der Bildungsarbeit die Erfahrung gemacht haben, dass es häufig nicht viel bringt, Schüler und Schü-

lerinnen, die offensichtlich Antisemitisches äußern, mit diesem Antisemitismus direkt zu konfrontieren oder sie als Antisemiten und somit als etwas sehr Schlimmes zu bezeichnen. Es geht dann darum, das Gespräch zu weiten, um so den Äußerungen die Grundlage zu entziehen. Junge Menschen haben kein gefestigtes Weltbild. Wenn man sie lässt und ihnen die Möglichkeiten gibt, dann sind sie neugierig und wissbegierig. Wir sehen eigentlich in jeder einzelnen unserer Einheiten, dass sich danach immer wieder ganz viele Türen öffnen.

Ich möchte dem noch hinzufügen, dass es häufig auch nicht klar ist, ob eine Person gerade eine Äußerung tätigt, die antisemitisch im Charakter oder in der Intention ist, dies aber durchaus so wahrgenommen werden kann. Das, was jemand anderes hört oder hören kann, sollte dem Sprechenden bewusst sein oder bewusst gemacht werden. Gleichzeitig darf nicht die Annahme des Antisemitismus automatisch im Vordergrund stehen, also eine Hermeneutik des Verdachts daraus folgen. Deswegen ist es auch wichtig, dass Lehrkräfte ein breiteres Verständnis davon haben, was, wie und unter welchen Umständen antisemitisch sein kann oder auch bestimmt antisemitisch ist. Es gibt dazu auch gut zugängliche Materialien bei den Zentralen für politische Bildung, die aus der aktuellen wissenschaftlichen Praxis gespeist werden. Für die individuelle Vertiefung würde ich auch die Lektüre des Buches „Anti-Judaismus“ des Historikers David Nirenberg empfehlen.

Das würde ich ganz gern noch mit Ihrer Frage verbinden, Frau Helm: Ich glaube, was in der Tat kurzfristig gemacht werden kann, ist, dass man sich überlegt, wie man Studienreisen für Lehrer und Lehrerinnen an Berliner Schulen aufsetzt. Es gibt bereits solche Studienreisen nach Israel. Sie dauern zwei Wochen, aber da liegt der Fokus sehr stark auf dem Holocaust. Das sind dann Programme, die mit Yad Vashem durchgeführt werden. Da gibt es auch immer wieder ein, zwei Einheiten, in denen man sich dann noch anderthalb Stunden mit einer Journalistin und einem Journalisten über den Nahostkonflikt unterhält, aber das wird dem Ganzen nicht gerecht. Es geht, glaube ich, schon darum, dass man kurzfristig versucht, über solche Studienreisen vielleicht ein bisschen nachzubessern. Aber auch da: Kurzfristig lässt sich das, glaube ich, nicht in den Griff bekommen, sondern es muss mittelfristig und langfristig auf der Ebene der Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen gedacht werden. Es muss also schon während des Studiums möglich sein, dass Lehrer und Lehrerinnen sich mehr mit Israel und auch mit Palästina auseinandersetzen können, dass sie einen Zugang dazu bekommen. Das lässt sich eigentlich auch nur dann machen, wenn diese Studienfächer an deutschen Universitäten oder auch an Berliner oder Brandenburger Universitäten eine weitere Verbreitung finden, und das ist derzeit einfach nicht gegeben. Von da aus angefangen lässt sich dann auch noch einmal in die Schulbücher hineinschauen. Das ist aber nichts für eine Legislaturperiode. Das ist eine größere Aufgabe.

Dann noch in Bezug auf die Frage, ob der importierte Antisemitismus ein Blitzableiter ist: So wie wir das beobachten, ist der Topos der Zunahme des Antisemitismus durch Zuwanderung besonders stark im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/2016 verbreitet worden. Dabei wurde ohne breitere Faktenbasis postuliert, dass die Geflüchteten aus Syrien und Afghanistan antisemitische Einstellungen mit sich bringen würden und dadurch eine zunehmende Gefahr für Juden und Jüdinnen in Deutschland entstünde. Dabei ist einerseits festzustellen, dass die Klammer für den vermeintlichen Antisemitismus von Syrern und Afghanen schlicht eine zugeschriebene islamische Identität ist. Die Behauptung, dass Muslime verbreiteter antisemitisch seien als Christen oder säkulare Menschen, entbehrt der belegbaren Grundlage. Zutreffend ist, dass im Zuge der Ausweitung des europäischen Imperialismus sich auch antise-

mitische Narrative in Syrien und darüber hinaus verbreiteten beziehungsweise gezielt verbreitet wurden – Stichwort Damaskusaffäre.

Auch in der Zeit des Nationalsozialismus versuchten die Deutschen, mit antisemitischer Propaganda die arabischsprachige Welt und die muslimisch geprägte Welt darüber hinaus für sich zu gewinnen beziehungsweise gegen die Alliierten aufzuwiegeln. Wohlgemerkt blieb der Erfolg dabei aus, auch wenn die prominente Persönlichkeit Mufti Amin al-Husseini nach seiner Flucht aus Palästina Adolf Hitler in Berlin traf. Zu der Zeit – das sollte auch gesagt werden – spielte Husseini allerdings keine entscheidende politische Rolle mehr in der palästinensischen Nationalbewegung. Die oftmals bemühte Falschaussage, dass Husseini einen entscheidenden Einfluss auf die sogenannte Endlösung gehabt habe, ist von Professor Dan Michman von Yad Vashem in Gänze widerlegt worden, auch wenn der Topos weiter in manchen politischen Kreisen in Israel, Deutschland und den USA kursiert. Dabei ist das Narrativ so falsch, wie es leicht ausschlachtbar ist. Es geht in etwa so: Die Palästinenser waren schon immer antisemitisch, sogar antisemitischer als die Nazis. Deswegen hat erst Husseini Hitler zur Endlösung getrieben. – Oder: Wenn nicht angenommen wird, dass Husseini der Anstifter der Nazis war, dann wird der Mufti Husseini stets als die wichtigste islamische Person Palästinas dargestellt, als repräsentativ für die Palästinenser – was wiederum auch falsch ist, wie unter anderem René Wildangel und Mustafa Abbasi gezeigt haben. Dem Narrativ nach jedoch wird so der Beweis erbracht, dass sich der eliminatorische Antisemitismus der Nazis auf die Palästinenser übertragen habe oder diese ihn von den Deutschen gewissermaßen geerbt haben. Noch einmal: Auch wenn es mittlerweile eine Vielzahl von Büchern gibt, in denen diese Ansichten verbreitet werden und sich das Foto Husseinis und Hitlers in den sozialen Medien verbreitet, ist nichts davon wissenschaftlich belegbar. Ein Großteil der Bücher, die diese falschen Erzählungen verbreiten, greift nicht auf Quellen auf Arabisch oder Hebräisch zurück und strotzt von wissenschaftlichen Mängeln.

Nichtsdestotrotz sollte beachtet werden, dass im Zuge der Ansiedlung von Juden und Jüdinnen im heutigen Israel Konflikte mit den ansässigen Bevölkerungen auftraten, und für die ansässigen Gruppen waren es die Juden, die ihnen das Land streitig machten und mit denen sie so konkrete politische Konflikte hatten. Auch nach Gründung des Staates Israel, der lange von den anderen Ländern in der Region nicht anerkannt wurde, waren es nicht die Israelis, mit denen der Konflikt bestand, sondern die Juden. Hinzu kommt, dass zunächst die Juden und später die Israelis an Macht gewannen, und die Palästinenser und die umliegenden Araber an Macht verloren und sich so das Kräfteverhältnis drehte, was immer wieder auch in politische Ohnmachtszustände auf palästinensischer Seite mündete. Dort hinein konnten sich antisemitische Muster mischen, wie Derek Penslar erst kürzlich beleuchtet hat. Wie kontraproduktiv diese Übernahme von Antisemitismen für die palästinensische Sache seither gewesen ist, macht er dabei auch sehr deutlich. Überwiegend jedoch waren die Juden, die gemeint waren, nicht die Juden des gewachsenen Antijudaismus und des Antisemitismus mit Erlösungscharakter wie in Europa, sondern ein anderes Volk, das stärker wurde und mit dem es Konflikte und Kriege gab und auch weiterhin gibt. – Dabei belasse ich es.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Dr. Theilhaber! – Als Nächstes ist Herr Prof. Dr. Mendel an der Reihe. – Sie haben das Wort!

Dr. Meron Mendel (Bildungsstätte Anne Frank) [zugeschaltet]: Vielen Dank für die Fragen! Die Fragen, die an mich gestellt wurden, haben sich alle auf das Thema Diskursräume und rote Linien bezogen, deswegen versuche ich, sie zusammenzufassen.

Zunächst zu der Frage von Frau Bozkurt zum muslimisch-jüdischen Dialog: Dieser Dialog war schon vor dem 7. Oktober nicht immer leicht. Ich denke, es ist nicht Neues, wenn ich sage: Wir erleben gerade einen gewissen Tiefpunkt. Es sind sehr viele Gesprächsräume in der gesamten Bundesrepublik verloren gegangen. Es herrscht großes Misstrauen. Wir müssen auf diesem Gebiet viel investieren. Das geht aus meiner Sicht auch darauf zurück, dass man das früher vielleicht etwas naiv gestaltet hat. Mit naiv meine ich, dass man versucht, auf die Gemeinsamkeit zu schauen oder auf die vergleichbaren Diskriminierungserfahrungen – Muslime, die von antimuslimischem Rassismus betroffen sind, und Juden, die von Antisemitismus betroffen sind –, und dass man das als Gesprächsgrundlage nimmt. Es bleibt aber immer noch eine gewisser Elefant im Raum, und das ist der Palästina-Israel-Konflikt. Gerade in dieser Thematik erleben wir, dass für die beiden Kollektive, um das pauschal zu sagen, muslimisch und jüdisch, der Nahostkonflikt, der Israel-Palästina-Konflikt eine sehr starke identitätsstiftende Rolle spielt. Für Muslime – unabhängig davon, ob sie tatsächlich aus der Region oder von weit weg kommen, etwa aus Indonesien oder Pakistan – ist die Identifikation mit den Palästinensern trotzdem ein Teil der kollektiven muslimischen Identität geworden – nicht nur in Deutschland. Für Juden ist die Identifikation mit der israelischen Seite ebenso zu einer kollektiven Identität geworden. Darüber muss man offen sprechen und das in den Gesprächsräumen thematisieren.

Ganz aktuell mache ich die Erfahrung, dass die Communitys die Türen schließen. Ich sollte mit meiner Frau nächste Woche bei der SCHURA in Hamburg sprechen, also dem Dachverband der muslimischen Gemeinden in Hamburg. Diese Einladung wurde zurückgezogen. Wir wurden mit dem Vorwurf ausgeladen, wir seien zu proisraelisch. Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie, weil gerade vor einem Jahr die Deutsch-Israelische Gesellschaft in Hamburg meine Ausladung gefordert hat, weil ich zu propalästinensisch sei. Wir sehen einfach, dass der Wunsch nach Homogenität, der Konformitätsdruck gerade in den jüdischen und muslimischen Communitys sehr stark gestiegen ist.

Jetzt ist die Frage: Was können Gesprächsräume zulassen, und wie kann man sie gestalten? Es geht nicht um die Frage von roten Linien. Das ist natürlich die Frage, die immer gestellt wird, und es ist eine berechtigte Frage. Aber wenn Sie mich fragen, denke ich, dass das Hauptproblem nicht das Ziehen von roten Linien ist, denn die Erfahrung ist fast immer, dass die Leute gar nicht miteinander sprechen wollen. Es findet so eine Art von Eigenselektion statt. Die Leute, die die Hamas verherrlichen, wollen sowieso nicht mit Israelis reden. Das ist meine Erfahrung. Ich sage immer zu, und meine Erfahrung ist, dass die andere Seite immer absagt. Das heißt, es gibt wirklich selten den Fall, dass ein Gespräch mit einer Person zustande kommt, die die Vernichtung des Staates Israel fordert oder die Gewalt der Hamas verherrlicht.

Dann ist immer die Frage: In welchem Kontext? Ich würde natürlich nicht dafür plädieren, Leute, die Gewalt verherrlichen, auf die Bühne der Berliner Festspiele zu bringen. Die Gespräche finden aber nicht nur auf der Bühne der Berliner Festspiele statt, sondern sie finden überall statt: in Schulklassen, auf dem Schulhof, auf dem Campus, mit Studierenden. Ich war bei Pro-Palästina-Protestcamps an verschiedenen Universitäten. Auch in Berlin hatte ich ei-

nen Vortrag an der TU und der Humboldt-Universität. In allen diesen Fällen habe ich auch mit Menschen gesprochen, die die Existenz Israels infrage stellen oder negieren. Natürlich spreche ich mit ihnen, was sonst. Man sollte nicht so viel Energie dafür aufwenden, mit wem man nicht sprechen soll, sondern die Energie vielmehr dafür einsetzen, gute Argumente zu finden, warum diese Positionen falsch sind.

Ich will an dieser Stelle auch auf ein Problem hinweisen. Eine Enquête-Kommission oder auch eine Sitzung des Berliner Senats sind immer politische Instanzen, die versuchen, die Debatte zu regulieren. Das ist einerseits gut, führt aber auf der anderen Seite dazu, dass ich gerade im migrantischen Kontext immer wieder diese Vorstellung höre: Wir werden gezwungen, eine Staatsräson zu übernehmen, die wir nicht übernehmen wollen. Wir werden von der Politik, von denjenigen, die da oben sind, zu manipulieren versucht. – Es gibt auch eine zunehmende Entfremdung von dem politischen System. Das wird zunehmend ein Problem, wenn wir gerade diese Menschen, zum großen Teil auch Jugendliche, nicht versuchen aufzufangen. Wir werden sie nicht mit Wiederholungen der deutschen Staatsräson erreichen, sondern es muss eine offene Debatte stattfinden, was unser Verhältnis zu Israel betrifft – gerade wenn es in Israel aktuell eine Regierung gibt, die von Rechtsradikalen dominiert wird. Was bedeutet dann die historische Beziehung von Deutschland und Israel, wenn es keine reflexhafte und keine automatische unbegrenzte Solidarität bedeutet? Diese Debatte muss geführt werden, und wir sollten in dieser Debatte so viele Menschen wie möglich erreichen.

Ein wichtiger Aspekt in solchen Diskussionsräumen ist die Vermittlung von historischem Wissen über den Nahostkonflikt. Wie gesagt, der Nahostkonflikt, der Israel-Palästina-Konflikt ist der identitätsstiftende Konflikt. Das heißt, damit geht eine hohe emotionale Involviertheit einher. Neben dieser großen Emotionalität stellen wir aber immer wieder fest, dass das Wissen fehlt oder das Wissen sehr verkürzt und einseitig ist. Ein Narrativ von einer anderen Seite fehlt komplett. Da sind gerade solche Räume die Chance, nicht nur ein Narrativ, sondern im besten Fall zwei oder mehrere Narrative zu vermitteln, damit mindestens eine Anerkennung einer anderen Sichtweise stattfindet – nicht, um am Ende Pro-Palästina-Aktivisten zu Mitgliedern der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zu machen oder Mitglieder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zur Pro-Palästina-Bewegung zu bringen, sondern wir brauchen einfach ein Mindestmaß an gegenseitiger Empathie und die Bereitschaft zu akzeptieren, dass dieser Konflikt sehr kompliziert ist.

Vor allem, und das ist der springende Punkt, ist es wichtig, zwischen der Identifikation mit der einen oder anderen Seite im Konflikt zwischen Israel und Palästina und den Zuständen zu trennen, die wir hier in der deutschen Migrationsgesellschaft haben – also zu sagen: Ich solidarisiere mich mit den Palästinensern, aber das bedeutet nicht, dass ich eine Aversion gegen Juden habe. Das ist schon ein Verdienst oder eine Errungenschaft, die wir immer wieder erleben, wenn wir solche Diskussionsräume veranstalten. Um das zu ermöglichen, müssen wir aber stückweise aus diesem krampfhaften Modus herauskommen, in dem wir gerade sind. Das hat zum einen mit dem Konflikt dort zu tun, der sehr vehement und schlimm verläuft. Ich meine aber auch, dass es etwas mit der Art und Weise zu tun hat, wie die Institutionen, wie die Politik damit umgeht. Wenn wir versuchen, das immer zu reglementieren, die Grenzen zu setzen und vor allem zu skandalisieren, dann ist die Erfahrung der letzten Jahre, dass dies eher dazu führt, dass die Ressentiments auf beiden Seiten noch wachsen. Deswegen ist mein Plädoyer immer: einmal ein- und auszuatmen, zu versuchen, sachlich zu bleiben und im Gespräch zu bleiben, und Leute anzusprechen, egal wie falsch wir ihre Positionen finden. Am Ende des Tages ist das Wichtigste – und das ist übrigens ein Vergleich mit der Zeit der Coronapandemie –, Leute nicht zu verlieren, also dass sie nicht in irgendwelche verschwörungstheoretischen und radikalen Ecken der Gesellschaft abdriften.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Mendel! – Als Nächstes ist Herr Dr. Leemhuis an der Reihe. – Sie haben das Wort!

Dr. Remko Leemhuis (AJC Berlin): Vielen Dank! – Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Lehnstaedt, für die Frage, denn tatsächlich beschäftigt uns das Thema der Universitäten sehr. Einerseits, muss ich gestehen, bin ich von der Gewalttätigkeit und der Massivität der Proteste an hiesigen Universitäten seit dem 7. Oktober überrascht gewesen. Das habe ich ehrlicherweise in der Form nicht kommen sehen. Ich glaube, dass es auch für die Zukunft dieser Gesellschaft eine nicht ganz unwesentliche Frage ist, wie damit umgegangen wird, denn die Leute, die jetzt studieren, werden später Lehrer, sitzen in den Zeitungsredaktionen oder leiten Kulturinstitutionen. Was auch noch zu wenig Beachtung gefunden hat, ist dieser qualitative Unterschied, also wenn man sich vergegenwärtigt: Früher haben Leute in den meisten Fällen gegen das israelische Militär oder bestimmte Maßnahmen der israelischen Politik demonstriert; richtig oder nicht, das sei dahingestellt. Was wir aber seit dem 7. Oktober gesehen haben – und das gab es vorher noch nicht –, ist eine automatische Solidarisierung mit islamistischen Terrorgruppen, eine offene Solidarisierung. Wenn man sich zum Beispiel daran erinnert, was bei der Besetzung der Humboldt-Universität an die Wände geschmiert worden ist, dann waren das sozusagen Liebesbotschaften an die Qassam-Brigaden, den militärischen Arm der Hamas. Da stand ja nicht: Wir fordern eine Zweistaatenlösung auf Grundlage der Grünen Linie des Sechstagekriegs –, sondern da standen Vernichtungsbotschaften an Israel. Das sind die Leute, die studieren und später in Positionen als Multiplikatoren oder eben gesellschaftlich einflussreiche Positionen kommen.

Wie kann man dem begegnen? Ich möchte vorweg sagen, dass ich kein Pädagoge bin, deswegen fehlt mir da das Werkzeug, aber ich glaube, ich würde zwischen kurz- und langfristig unterscheiden. Kurzfristig geht es darum, dass die Leitungen der Universitäten endlich dafür sorgen müssen, dass jüdische Studierende auf den Campus und in den Seminaren wieder sicher sind – nicht nur in Berlin, aber vor allen Dingen in Berlin, denn wir beschäftigen uns ja hier mit Berlin. Dazu kommt – und das stört mich, aber das stört mich auch an vielen anderen Debatten –, dass immer dieser Begriff des Konflikts benutzt wird. Ein Konflikt ist ja, dass es zwei Gruppen gibt, die über etwas Streit haben und sozusagen legitimermaßen verschiedene Positionen vertreten. Gerade am Beispiel der Universitäten sehen wir doch: Es gibt keinen Konflikt. Es gibt antisemitische Mobs, die jüdischen Studierenden das Leben zur Hölle machen und dafür sorgen, dass jüdische Studierende einem normalen Studium nicht mehr nachkommen können. Die jüdischen Studierenden sind die Opfer davon. Das ist aus meiner Sicht kein Konflikt. Ebenso, wenn gesagt wird, dass beide Seiten verhärtet sind: Ich habe noch keine Straftat bei einer proisraelischen Kundgebung gesehen beziehungsweise hat es sie vielleicht auch mal gegeben, aber nicht in der Systematik, wie wir es bei den sogenannten pro-palästinensischen sehen. Deswegen finde ich, dass man da auch in der Sprache präziser sein muss.

Was helfen würde, wären mehr Lehrstühle, die explizit darauf ausgerichtet sind, Antisemitismus zu erforschen – und zwar nicht historisch, sondern sozialwissenschaftlich. Es ist so ein bisschen ein Problem in diesem Land, dass Antisemitismus immer noch vor allen Dingen als eine historische Wissenschaft begriffen wird und das offensichtlich nicht weiterhilft. Wir sehen zum Beispiel auch, dass uns nach wie vor einfach viel zu viele Daten fehlen. Wir haben vor drei Jahren einmal eine Umfrage gemacht, um ein Gesamtbild zu bekommen. Wir haben das im Übrigen auch noch einmal nach den Wählergruppen aufgeschlüsselt, denn ein wiederkehrendes Muster in den Debatten ist ja, dass alle Leute, auch Mitglieder von Parteien, gut darin sind, den Antisemitismus woanders zu erkennen. Gerade bei dieser Studie ist es eben

hilfreich zu sagen: Man darf auch einmal einen Blick auf die eigene Wählerschaft werfen, bevor man sich damit beschäftigt, was bei anderen schiefläuft. – Ich glaube aber, dass das wichtig wäre, und für die Universitäten geht es kurzfristig auch darum, das durchzusetzen – notfalls eben auch mit repressiven Mitteln. Damit meine ich nicht, dass Menschen exmatrikuliert werden sollen, weil sie Dinge sagen, die mir nicht gefallen, sondern wenn sie Straftaten begehen. Ich habe bisher wenig Einsatzbereitschaft bei Berliner Universitäten gesehen, das auch endlich zu tun. – Ich hoffe, das hat Ihre Frage einigermaßen beantwortet.

Zum Jewish-Turkish Roundtable, Frau Bozkurt: Ich sage das jetzt nicht, um sozusagen die Verantwortung von mir zu weisen, aber ich bin seit 2019 Direktor und diesen gab es schon davor seit mehreren Jahren nicht mehr – was extrem bedauerlich ist. Die Erfahrung ist aber, dass uns die Ansprechpartner weggebrochen sind und es keine Bereitschaft mehr gab, sich zu treffen, selbst in nicht offiziellen Formaten. Das hat bedauerlicherweise damit zu tun, dass die Veränderungen in der Türkei und die Radikalisierung des dortigen Regimes natürlich auch auf die hiesige deutsch-türkische Community ausstrahlen. Das sehen wir ja auch im Zuge dieser sogenannten propalästinensischen Proteste. Vor zehn Jahren war das noch kein so großes Problem, wie es das heute ist.

Sie haben nach Räumen oder Möglichkeiten gefragt, miteinander zu sprechen. Ich glaube, mit Herrn Theilhaber würde ich gern noch einmal öffentlich über Herrn Husseini und die Analyse diskutieren, und ich glaube, mit ihm könnte ich das auch. Wir machen aber immer wieder die Erfahrung, dass Diskussionen schon daran scheitern, dass Menschen einfach Fakten nicht anerkennen. Um ein Beispiel zu geben: Es wird nach wie vor regelmäßig behauptet, dass die meisten propalästinensischen Demonstrationen in Berlin verboten worden wären. Tatsächlich ist es so, dass von etwas über 700 Kundgebungen 24 verboten worden sind, und davon waren 20 relativ kurz nach dem 7. Oktober, weil davon auszugehen war, dass es Jubelveranstaltungen und offene Unterstützung für die Hamas werden. Ich habe mehrfach die Erfahrung gemacht, dass ich Leute auf Zahlen hingewiesen habe und sie es nicht glauben. Dann ist es ein bisschen schwierig. Wie soll man dann noch diskutieren, wenn schon an so einer einfachen Frage und an so einer einfachen Tatsache ein Disput entsteht? Ich kann jetzt aus meiner Arbeit sagen: Ich treffe und spreche und sitze auch in Runden, die nicht öffentlich sind, mit Leuten, mit denen ich nicht besonders viel teile. Das gibt es schon noch, aber nach dem 7. Oktober ist es eben nicht einfacher geworden.

Ich stimme Ihnen auch zu, dass es eine verstärkte Zusammenarbeit braucht. Ich habe es auch immer so verstanden: Der Kampf gegen Antisemitismus und der Kampf gegen Rassismus haben sich für mich noch nie ausgeschlossen. Hier ist auch schon gesagt worden, dass es aber natürlich so ist, dass der Konflikt zwischen Israel und der Hamas dominierend ist, und mit Leuten, die das Existenzrecht Israels als Staat nicht anerkennen – damit meine ich nicht, ob sie irgendeine Regierung gut oder schlecht finden – kann ich nicht diskutieren. Das ist für mich eine rote Linie.

Frau Helm, Sie hatten eine Frage in Bezug auf die Definition. Könnten Sie noch einmal ganz kurz die Frage wiederholen?

Vorsitzender Raed Saleh: Ja, gern!

Anne Helm (LINKE): Ich gebe zu, ich habe mir erlaubt, zu der Definition eher ein Statement abzugeben. Meine Frage war: Sie sprachen von einer Integrationsfähigkeit des israelbezogenen Antisemitismus. Können Sie noch einmal ausführen, an was für Denkstrukturen dort in anderen Teilen der Gesellschaft angeknüpft wird? Sie beschrieben, dass diese sonst nicht zusammenarbeiten.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay, vielen Dank!

Dr. Remko Leemhuis (AJC Berlin): Ich würde sagen, erst einmal ist Israel eine Projektionsfläche, an der sich ganz klassische antisemitische Ressentiments modernisieren, also solche mittelalterlichen Bilder über die Juden finden dort eine Aktualisierung mit entsprechenden Zuschreibungen. Das ist jetzt keine wissenschaftliche Analyse, aber ich habe mir die Demonstrationen seit dem 7. Oktober einmal ein bisschen angesehen und man sieht auf diesen Demonstrationen ganz klar Islamisten mit Leuten, die sonst immer von sich behaupten, dass sie Feministinnen und Feministen sind und sich für Frauenrechte einsetzen. Das sind schon merkwürdige Bündnisse, die sich da formieren, aber sie finden, wie gesagt, über diesen israelbezogenen Antisemitismus zusammen, weil das auch die Variante des Antisemitismus ist, die gesellschaftlich akzeptabel ist. Das meine ich jetzt nicht nur in solchen Extremsfällen. Ich weise immer wieder darauf hin, dass es auch einen Antisemitismus der Mitte gibt. Was man vielleicht auch persönlich schon bei Abendempfängen und Receptions gehört hat, überrascht einen dann doch immer wieder. Das ist auch insofern ein Problem, als diese Leute dann ganz oft politische beziehungsweise publizistische Deckung in dem bekommen, was sie tun, und das, was sie sagen und tun, als ein etwas verquaster Ausdruck von Israelkritik heruntergespielt wird. Ich halte das für ein erhebliches Problem.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal sagen, und Herr Theilhaber hat auch darauf hingewiesen: Bei der Frage Antisemitismus begegnet einem auch oft, dass es heißt, man müsse jetzt in großem Stil abschieben – gerade wenn es um muslimischen Antisemitismus geht. Also: Die Menschen, die in den meisten Fällen hier auf den Straßen demonstrieren, sind Deutsche. Sie sind hier in den Kindergarten und zur Schule gegangen, haben eine Ausbildung gemacht, waren an der Universität, was auch immer. Das ist ein Problem dieser Gesellschaft, das lässt sich nicht abschieben. Es ist immer ein bisschen frustrierend, diesen Debatten zu folgen, weil sie einfach dem Problem nicht gerecht werden. Ich glaube, dass der israelbezogene Antisemitismus – heute vielleicht nicht mehr, aber für lange Zeit – zugespitzt, polemisch gesagt auch so ein bisschen ein Integrationsangebot war, also dass gesagt wurde: Sagt nicht mehr Juden, sagt Zionisten, und dann funktioniert das hier auch. – Ich hoffe und zumindest in meiner Wahrnehmung ist es so, dass das mittlerweile nicht mehr stattfindet. – Ich hoffe, dass ich Ihre Frage jetzt beantwortet habe.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Dr. Leemhuis, für Ihren Beitrag! – Vielen Dank auch noch einmal an alle drei Anzuhörenden! – Jetzt hat zunächst die Senatorin die Möglichkeit zu einer Stellungnahme, und dann gehen wir in die nächste Runde. – Frau Senatorin!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Kommissionsmitglieder! Sehr geehrte Anzuhörende! Liebe Gäste im Saal und an den Bildschirmen! Gern möchte ich zu den Grundlagen und Strukturen der Arbeit gegen Antisemitismus in Berlin auch kurz etwas sagen. Die Zahlen sind Ihnen bekannt: die Zahlen von RIAS,

vom LKA, von der Generalbundesanwaltschaft. Wir haben einen massiven Anstieg, was antisemitische Vorfälle und Straftaten angeht. Das ist sehr besorgniserregend, und Politik muss selbstverständlich Antworten darauf haben. Die haben wir auch. Wir wollen den Zusammenhalt in unserer Stadt stärken. Die Enquete-Kommission wurde gegründet, und auch der Berliner Senat ist sich seiner Verantwortung hier natürlich bewusst. Der Senat knüpft in dieser Krisensituation auch an bewährte Instrumente und bestehende Strukturen der Antisemitismusprävention an. Wir haben da in der Vergangenheit sehr viel gemacht, und diese Instrumente bewähren sich auch in diesem äußersten Krisenmodus.

Den Rahmen für die Berliner Strukturen der Antisemitismusprävention bildet das sogenannte Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention. Dieses Landeskonzept ist ressortübergreifend, weil es ein Querschnittsthema ist, das viele Bereiche betrifft. Das Landeskonzept benennt hier fünf Handlungsfelder. Das sind zum einen „Bildung und Jugend: Frühkindliche Bildung, Jugendarbeit, Schule und Erwachsenenbildung“ und des Weiteren „Justiz und Innere Sicherheit“, „Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur“, „Wissenschaft und Forschung“ sowie „Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention“. In diesem querschnittsübergreifenden und ressortübergreifenden Landeskonzept sind die drei Säulen der Antisemitismusprävention in Berlin zusammengefasst, also Prävention, Intervention und Repression.

Darüber hinaus hat Berlin als einziges Bundesland die Antisemitismusbekämpfung in fünf Gesetzen verankert. Das ist zum einen das Landesantidiskriminierungsgesetz – LADG –, ein Gesetz, das nur Berlin und sonst kein anderes Bundesland hat. Außerdem sind dies das Berliner Hochschulgesetz, das Schulgesetz, das Partizipationsgesetz und das Erwachsenenbildungsgesetz. Neben diesen Gesetzen muss es natürlich auch um Dialog gehen. Es gibt kein Schwarz oder Weiß, wie wir auch aus den Stellungnahmen der Anzuhörenden hier gehört haben. Es muss um Dialog gehen. Um diesen Dialog durch meine Senatsverwaltung zu stärken, haben wir zum Beispiel das Format „Brückenbauer*innen“ gegründet. Dort sitzen genau die Akteurinnen und Akteure mit am Tisch, die diese Brücken bauen sollen. Vielen Dank an dieser Stelle für ihre Arbeit!

Wir werden demnächst im Senat auch einen Umsetzungsbericht zu dem Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention vorlegen. Diesen Umsetzungsbericht erstellt der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, der bei mir im Haus ansiedelt ist, Prof. Dr. Salzborn, der heute aufgrund von Krankheit leider nicht anwesend sein kann. In diesem Umsetzungsbericht schauen wir uns natürlich auch an: Wie hat sich das alles weiterentwickelt? Welche Formate sind gut gelaufen? Was müssen wir als Berliner Senat noch tun, um hier besser vorzugehen, um jüdisches Leben in Berlin zu schützen? Das ist uns ein großes Anliegen.

Darüber hinaus ist natürlich die Zivilgesellschaft gefragt. Wir als Senatsverwaltung sind ebenso wie das Parlament mit der Zivilgesellschaft in enger Abstimmung. Auch hier in der Kommission ist die Zivilgesellschaft ja vertreten. Das werden wir auch weiterhin tun und unsere Formate in diesem Bereich stärken, weil es in der vielfältigen Stadt Berlin um das gemeinsame Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt geht. Wir werden den Dialog hier fortführen. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Wir haben vorhin den Hinweis bekommen, dass die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt im nächsten Themenblock sprechen wird. – Dann sind wir jetzt bei der nächsten Runde, wieder beginnend mit der CDU. Wir haben keine Zeit festgelegt, mit Blick auf die Uhr würden wir aber ungefähr zehn Minuten pro Fraktion einplanen. Wenn die Anzuhörenden dann noch da sind, besteht für sie noch die Möglichkeit, darauf einzugehen. Ansonsten wäre die Bitte, dass Fragen, die nicht mehr beantwortet werden können, weil die Anzuhörenden zum Beispiel nicht mehr da sind – wie jetzt schon Herr Prof. Dr. Mendel –, dann eingereicht und schriftlich beantwortet werden können. Ist das okay? – Super, vielen Dank! – Herr Stettner, wer hat bei Ihnen das Wort?

Dirk Stettner (CDU): Professor Grigat!

Vorsitzender Raed Saleh: Bitte schön, Herr Prof. Dr. Grigat, Sie haben das Wort!

Dr. Stephan Grigat: Vielen herzlichen Dank! – Ich hatte mir angesichts der hier auftretenden Experten und Expertinnen zahlreiche Fragen überlegt. Der Beitrag von Herrn Theilhaber nötigt mich jetzt, das ein bisschen anders anzugehen und zunächst einmal eine Reihe von Richtigstellungen vorzunehmen, weil meiner Einschätzung nach von Herrn Theilhaber hier nicht nur eine Reihe von Darstellungen präsentiert wurden, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann, sondern die schlicht und einfach falsch sind. Ich glaube, dass die Punkte, gerade was den Mufti sowie die Frage von islamischem Antisemitismus und die Traditionen angeht, so zentral für die Debatte über all die Sachen sind, über die wir in dieser Kommission sprechen, dass man das konkret und etwas ausführlicher thematisieren muss.

Ich beginne mit der Gegenwart: der importierte Antisemitismus als Blitzableiter und die politische Instrumentalisierung davon. Das ist ein wichtiger Punkt, und natürlich ist es so, dass es insbesondere aus den Reihen der AfD und ähnlichen politischen Formationen genau diesen Move gibt. Dass man absurderweise nun ausgerechnet in Deutschland auf die Idee kommt, dass Antisemitismus allein ein Problem von zugewanderten Menschen sei, ist verrückt. Dazu muss man auch aus akademischer Sicht nicht viel sagen. Daraus aber den Schluss zu ziehen, dass der importierte Antisemitismus kein Problem sei, wäre politisch extrem fatal. Um sich diesen Dingen widmen zu können, um sich diesem Problem stellen zu können, muss man zunächst eine nüchterne Bestandsaufnahme vornehmen. Diese bedeutet dann auch, zur Kenntnis zu nehmen, dass es natürlich eine unterschiedliche Ausprägung von antisemitischen Ressentiments bei unterschiedlichen gesellschaftlichen und auch bei unterschiedlichen religiösen Gruppen gibt. Es stimmt nicht, dass es keine Studien dazu gibt, wie die Verteilung im Ausmaß, sowohl quantitativ als auch qualitativ, von antisemitischen Ressentiments bei Muslimen, bei Christen und bei anderen religiösen Gruppierungen ist. Es gibt zahlreiche Untersuchungen dazu.

Um es kurz zu halten, verweise ich da nur auf Literatur. Auf der Website meines Instituts „Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien“ gibt es eine Zusammenfassung von Günther Jikeli, der zahlreiche Studien in Bezug auf Deutschland, in Bezug auf Europa und auch global zusammenfasst und auswertet, die ausnahmslos alle zu dem Ergebnis kommen, dass die Verbreitung klassischer antisemitischer, judenfeindlicher Ressentiments und des israelbezogenen Antisemitismus bei Menschen, die sich selbst als Muslime verstehen, stärker, häufig deutlich stärker, ausgeprägt ist. Wenn man die Zustandsbeschreibung schon ignoriert,

kann man sich dem Problem nicht widmen und überlässt damit dieses wichtige politische Feld politischen Gruppen wie der AfD, die etwas ganz anderes will, die versucht, ihren Rassismus und ihre Fremdenfeindlichkeit mit diesem Thema auszuagieren.

Damit komme ich zum Historischen: Es ist historisch falsch, zu sagen, dass der Antisemitismus, dass Judenfeindschaft in der islamisch geprägten Welt, also vor allem im arabischen Raum, durch die Damaskusaffäre dorthin importiert wurde. Das war ein wichtiges Ereignis, bei dem tatsächlich von christlichen Missionaren in Damaskus, im heutigen Syrien, Ritualmordlegenden-Vorwürfe stark in diese Region eingeführt wurden. Man kann aber nicht so tun, als wenn es vorher nicht eine ausgeprägte islamische Tradition von traditioneller Judenfeindschaft gegeben hätte. Natürlich hat es diese gegeben. Zur historischen Wahrheit gehört auch – und das betone ich immer besonders gern, weil ich an einer katholischen Hochschule unterrichte –, dass diese nicht so schlimm war wie die christliche Tradition der Judenfeindschaft. Auch das ist richtig. Wenn ich eine Einführungsvorlesung über Antisemitismus halte, spreche ich erst einmal ein halbes Semester – mindestens – über das Christentum, weil fast 2 000 Jahre lang die christlichen Gesellschaften und darin die christlichen Kirchen der Hauptprotagonist des Antisemitismus und der traditionellen Judenfeindschaft sind.

Es gibt aber auch die islamische Tradition, und die ist wichtig. Sie ist nicht einfach nur etwas aus Europa Importiertes, sondern sie kommt aus einer spezifischen Interpretation islamischer Glaubensvorstellungen, hat eine lange Tradition, und – damit komme ich etwas mehr in die heutige Zeit, zumindest in das 20. Jahrhundert – sie radikalisiert sich. Die Ritualmordlegenden werden tatsächlich aus dem christlichen Kontext in die Region importiert oder exportiert – je nachdem, von wo man es sieht –, aber sie werden dort aufgegriffen. Das heißt, innerhalb kürzester Zeit nach der Damaskusaffäre erscheinen diese Ritualmordanschuldigungen auch in zentralen islamischen Publikationen. Das Ganze mündet dann 1928, also nicht nach der Gründung Israels, nicht irgendwann heute, nicht in der Gründung der Hamas, sondern 1928 in der Gründung der Muslimbruderschaft in Ägypten, 20 Jahre vor der israelischen Staatsgründung. Spätestens ab da haben wir ein Zusammengehen von den traditionellen antijüdischen islamischen Vorstellungen – die nicht in dem Islam repräsentativ sind, die es aber als eine starke Strömung gibt – mit dem verschwörungsmythischen modernen Antisemitismus. Beides wird in diesen radikal-islamistischen Ideologien, für die die Muslimbrüder stehen, zusammengezogen und zusammengenommen.

Genau aus dieser Tradition kommt Amin al-Husseini, der Mufti von Jerusalem. Ich muss das leider so deutlich formulieren, und man will ja auch in der Kürze der Zeit Dinge klarmachen: Das einzig Richtige, das Sie darüber gesagt haben, ist, dass die Nazis wirklich nicht den Mufti brauchten, um auf die Idee zu kommen, dass man Juden ermorden muss. Das haben die Nazis sehr gut allein geschafft, und es war völlig verrückt, dass Benjamin Netanjahu öffentlich behauptet hat, der Mufti hätte Hitler überhaupt erst die Idee gegeben. Das ist einfach historisch unrichtig. Das ist natürlich Blödsinn. Aber ansonsten hat der Mufti von Jerusalem eine ganz zentrale Rolle gespielt. Er hat eben nicht einfach nur in Berlin einmal Hitler getroffen, woher dieses berühmte Bild stammt, sondern er hat sehr viel mehr gemacht.

Was auch richtig ist: Der Mufti von Jerusalem, Amin al-Husseini, steht nicht für die arabische Bevölkerung damals im Mandatsgebiet. Lange Zeit war er ein politischer Führer von einer Minderheitenfraktion und hatte keine so wichtige Bedeutung. Allerdings haben Sie das prinzipiell so dargestellt, aber das ändert sich. In den 1920er-Jahren war das vermutlich eine Minderheitenposition, die Amin al-Husseini vertreten hat, also eine offen antisemitische, nicht nur antizionistische, sondern offen antisemitische Position. Viele in der damaligen dort lebenden arabischen Bevölkerung konnten mit dem Zionismus durchaus etwas anfangen – ganz anders als der Mufti. Es gab viele arabische Kräfte, wie die Naschaschibis, die auf Kooperation mit dem Zionismus gesetzt hätten, und diese Leute werden ausgeschaltet. Das ist für die heutige Diskussion von eminenter Bedeutung – darum dieser längere historische Exkurs.

Von 1936 bis 1939 findet der Große Arabische Aufstand statt – von dem Mufti und seinen Anhängern. Dieser Aufstand richtet sich gegen die Briten als Kolonialmacht, er richtet sich gegen Juden – nicht nur gegen Zionisten, sondern wirklich auch gegen antizionistische Juden –, und vor allem richtet er sich gegen die moderaten palästinensisch-arabischen Kräfte. Diese werden in diesem Großen Arabischen Aufstand ermordet. In diesem Aufstand werden von den Anhängern des Muftis mehr moderate Araber umgebracht als Juden. Als Ergebnis davon ist Amin al-Husseini nicht irgendein palästinensischer Politiker, der keine wichtige Rolle spielt, sondern er ist der Führer der arabischen Nationalbewegung, was sich auch institutionell darstellt – ich vermute, Sie wissen das eigentlich: das Hohe Arabische Komitee. Das ist die politische Vertretung der damaligen arabischen Bevölkerung im Mandatsgebiet Palästina, auch später. Wer ist der Vorsitzende davon? – Amin al-Husseini.

Bevor er nach Berlin geht, macht Husseini einen Umweg über den Irak, weil er erst einmal in den Irak flieht. Im Irak hat gerade ein pronationalsozialistischer Putsch stattgefunden, und der Mufti denkt sich: Genau meine Leute. – Diesen Putsch machen die Briten zum Glück rückgängig. Also geht er 1940, 1941 nach Berlin. Dort trifft er nicht ein Mal Hitler, sondern ist viereinhalb Jahre lang explizit in die Verbrechen des Nationalsozialismus involviert. Er trifft auch nicht nur Hitler und nicht nur ein Mal, sondern er trifft die Spitzen des NS-Staates. Er trifft die Spitzen der NS-Vernichtungspolitik gegen die Juden und Jüdinnen. Er ist persönlich involviert in die Shoah. Es ist mittlerweile historisch hervorragend dokumentiert, mit allen möglichen Quellen in zahlreichen Studien – nicht bei René Wildangel, aber bei vielen anderen –, dass er involviert darin ist, dass jüdische Kindertransporte nicht nach Palästina ausreisen können. In der Logik der Nazis denkt man sich: Lassen wir sie ausreisen und nehmen das große Geld von den internationalen jüdischen Organisationen. Wenn wir dann Palästina auch erobern, können wir die Juden immer noch umbringen. – Der Mufti sagt: Nein, wir haben schon zu viele von den Juden da, die müssen sofort ermordet werden. – Er setzt sich durch, weil er eben nicht nur ein Mal Hitler trifft, sondern weil er im engen Kontakt mit der Staats-

spitze steht. Er hat hier in Berlin-Zehlendorf – Goethestraße, wenn ich es richtig im Kopf habe – von Hitler eine Villa zur Verfügung gestellt bekommen. Diese wird dann evakuiert, als die Bombenangriffe zu groß werden, damit ihm ja nichts passiert. Der Mufti interveniert also, dieser jüdische Kindertransport mit über 1 000 Kindern wird nach Auschwitz-Birkenau deportiert, und alle, ausnahmslos alle, jüdischen Kinder werden dort ermordet – aufgrund der Intervention von Amin al-Husseini.

Er ist in die Aufstellung von muslimischen SS-Divisionen involviert, wie der Handschar-Division der SS in Bosnien. Das ist nicht nichts. Für die Zeit nach 1945 ist außerdem noch etwas von zentraler Bedeutung, und damit komme ich gleich zu meinem nächsten Punkt, nämlich dem Iran, über den man, glaube ich, heute auf jeden Fall reden muss: Amin al-Husseini ist in die NS-Propagandaanstrengungen für die arabische Welt und darüber hinaus involviert. Das heißt: Die Nazis haben einen eigenen Radiosender, Radio Berlin, manchmal in der Literatur Radio Zeesen genannt, das ist südlich von Berlin. Dort stellen sie eine hochmoderne Radiostation hin. Diese macht Programme auf Türkisch, hauptsächlich auf Arabisch – dafür ist maßgeblich Amin al-Husseini verantwortlich – und auf Farsi, also auf Persisch. Damit wird nicht nur die Tradition des christlichen Antisemitismus, sondern die nationalsozialistische antisemitische Ideologie in die Region des Nahen Ostens transportiert. Wir wissen aus sehr quellengeschwängerten Studien, die es mittlerweile in allen möglichen Sprachen gibt, dass dieses Radio sehr stark gehört wurde.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Prof. Dr. Grigat! Eine kurze Frage: Herr Dr. Theilhaber muss gleich los, er verpasst sonst seinen Zug. Besteht die Möglichkeit, dass er kurz darauf eingeht und Sie dann mit Ihrem Vortrag weitermachen?

Dr. Stephan Grigat: Ich würde das lieber kurz zu Ende führen. Es kann gern auch eine schriftliche Stellungnahme dazu geben. Das würde sich wahrscheinlich sogar anbieten.

Vorsitzender Raed Saleh: Dann gern eine schriftliche Stellungnahme, okay? – Dann ist das so verabredet. – Vielen Dank, Herr Dr. Theilhaber, und ich hoffe, bis demnächst!

Dr. Amir Theilhaber (NIF Deutschland): Vielen Dank! Es tut mir leid, dass ich jetzt los muss.

Dr. Stephan Grigat: Wir finden sicher Gelegenheit, das einmal irgendwann anders auszutragen.

Vorsitzender Raed Saleh: Davon gehe ich fest aus.

Dr. Stephan Grigat: Dann kürze ich das mit der Stelle mit dem Mufti auch ab. Nur ein Punkt noch zu der Zeit nach 1945: Der Mufti hätte als Kriegsverbrecher mitangeklagt werden sollen, genauso wie Göring und so weiter, weil all das, was ich gerade beschrieben habe, damals bekannt war. Das war auch den Alliierten bekannt. Jugoslawien forderte seine Auslieferung und wollte ihn vollkommen zurecht als Kriegsverbrecher vor ein Kriegsverbrechertribunal stellen. Denken Sie daran: muslimische SS-Division. Das gelingt leider nicht. Es gelingt ihm die Flucht. Er kehrt zurück in den Nahen Osten und hat wieder eine zentrale Funktion. Also noch einmal: Es stimmt nicht, dass das eine unbedeutende Figur in der palästinensischen Geschichte ist. Er wird wieder der Vorsitzende, der Chef des Hohen Arabischen Komitees. Er ist im

israelischen Unabhängigkeitskrieg 1948 der Oberbefehlshaber der palästinensischen Fedajin, die damals an der Seite der angreifenden arabischen Staaten kämpfen.

Es ist also das Gegenteil von dem wahr, dass er eine unbedeutende Figur in der palästinensischen Geschichte ist. Er ist außerdem jemand, den noch Jassir Arafat und Jahrzehnte später auch andere wichtige palästinensische Politiker – nicht nur von der Hamas, sondern auch von der Fatah – als heldenhaften palästinensischen Nationalisten dargestellt haben. Sehen Sie sich an, wer bei dem Begräbnis von dem Mann alles dabei gewesen ist, dann wissen Sie, welche Bedeutung er bis in die heutige Zeit – leider – für die palästinensische Politik hat, die sich durchgesetzt hat. Ich betone noch einmal: Es gab immer andere palästinensische Positionen, die das schlimm fanden. Diese wurden von dem Mufti und seinen Anhängern mit brutaler Gewalt bekämpft.

Ich habe gerade darauf hingewiesen, dass Radio Zeesen eine wichtige Auswirkung für die Zeit nach 1945 hatte. Warum? – Einer der bekanntesten Hörer von diesem Radiosender Zeesen, mit dem unter anderem der Mufti diesen Antisemitismus in die Region transportiert hat, hat später Weltgeschichte geschrieben: Das ist Ajatollah Ruhollah Chomeini. Der hat als sehr junger Theologe – das wissen wir aus seinen autobiografischen Schriften – geflissentlich diesem Radiosender zugehört. Er hat also den NS-Antisemitismus aufgesaugt, weswegen man sich nicht wundern muss, wenn das iranische Regime – ich kürze das jetzt sehr ab – ein in jeglicher Hinsicht antisemitisches ist: traditionell islamisch, verschwörungsmystisch, holocaustleugnend, dem Staat Israel in jeder Ausprägung mit der Vernichtung drohend.

Damit komme ich zum zweiten Punkt, den ich dann hoffentlich doch noch mit einer kurzen Frage zumindest an Herrn Leemhuis verbinden kann. Vorhin kam die Frage auf, insbesondere bei Herrn Mendel, aber auch insgesamt in der Diskussion: Mit wem reden? Wie mit wem reden? – Da muss man, glaube ich, eine Unterscheidung vornehmen. Auch ich rede mit Antisemiten und Antisemitinnen, vor allem in Bildungskontexten. Ich kann mir nicht aussuchen, wer in meiner Vorlesung sitzt. Ich habe ein sehr heterogenes Vorlesungspublikum. Natürlich sind da Leute dabei, die antisemitische Positionen vertreten, Leute, die rassistische Positionen vertreten, und sehr stark auch Leute, die sexistische Positionen vertreten. Natürlich muss man in einem Bildungskontext oder in normalen Gesprächen in irgendeiner Form darauf eingehen – mal durch das Ziehen von Grenzen, um Leuten klarzumachen, dass das wirklich inakzeptabel ist, möglichst aber durch Bildung oder was auch immer dort eben hilft. Ich formuliere es einmal allgemein so: durch Erziehung zur Mündigkeit. Darum geht es letzten Endes – da, wo keine Repression notwendig ist. Es ist aber etwas anderes, Leute, die antisemitische Positionen vertreten, auf ein Podium zu setzen. Es ist etwas anderes, in einem politischen Kontext mit erklärten Antisemiten zu reden.

Da gibt es leider auch in der Stadt Berlin negative Beispiele, und ich will das gern in Bezug auf das iranische Regime formulieren: Der ehemalige Bürgermeister Michael Müller hat noch 2019 hier in Berlin ganz offiziell und mit großem Pomp Pirouz Hanachi empfangen. Das ist damals der Bürgermeister von Teheran gewesen, also ein offizieller Vertreter des iranischen antisemitischen Holocaustleugner-Regimes. Das ist nicht die Form, denke ich, von der man sagen kann: Mit Antisemiten muss man auch reden –, weil das eine politische Aufwertung von genau solchen Positionen ist, und das dürfte in der internationalen Politik auch auf Stadt-ebene auf keinen Fall passieren. Hanachi war auch nicht einfach nur Teheraner Bürgermeister, er war Mitglied bei den Pasdaran, bei den iranischen Revolutionsgarden. Er hat in dem

Jahr, als Müller ihn empfangen hat, im Iran in Teheran am Al-Quds-Marsch teilgenommen, also jenem Marsch, bei dem seit 1979 jedes Jahr ganz offen zur Vernichtung des Staates Israel aufgerufen wird. Es gibt in Berlin Moscheen und islamische Zentren, wo offen das iranische Regime abgefeiert wird. Ein Beispiel, weil es ja kurz sein soll und ich gleich zum Ende komme: die Imam-Riza-Moschee in Neukölln in der Reuterstraße. 2020 haben dort Trauergesetzgebungen für Kassem Soleimani stattgefunden. Das war der damalige, im Iran legendäre Chef der Quds-Einheiten der Pasdaran, also jener Eliteeinheiten, die maßgeblich für den Export des Terrors und vor allem des antisemitischen Terrors des iranischen Regimes zuständig sind.

Der Verfassungsschutz schreibt seit Jahren darüber, dass das iranische Regime in Deutschland und auch in Berlin Anschlagspläne veröffentlicht, mitunter – gegen jüdische und projüdische, gegen israelische und proisraelische Einrichtungen. So ist die Formulierung im Verfassungsschutzbericht. Ich sehe noch nicht so richtig, dass sich das bei den Leuten übersetzt, die politische Entscheidungsgewalt haben. Aktuell, heute, jetzt müssen sehr viele Leute in Berlin darüber nachdenken, ob sie zusätzlichen Personenschutz brauchen, ob ihre Institutionen zusätzlichen Personenschutz brauchen, weil es durch die Eskalation, die wir seit heute Nacht um 3 Uhr sehen, natürlich zu einer massiven Ausweitung der Bedrohungssituation genau für solche Leute und eben nicht nur für israelische und proisraelische, sondern wirklich explizit für jüdische und projüdische Institutionen kommt. Das iranische Regime, um es konkreter zu machen, schmiedet Anschlagspläne gegen jüdische Kindergärten in Berlin, in Deutschland. Solche Anschläge haben auch bereits stattgefunden.

Um das dann doch in eine Frage zu betten, die ich gern an Herrn Leemhuis richten möchte: Bräuchte man vor diesem Hintergrund als ganz konkrete Schritte nicht auch so drastisch klingende, aber vielleicht doch notwendige Maßnahmen, wie bestimmte Moscheen oder bestimmte islamische Zentren zu schließen? Die Frage wäre auch, nachdem die iranische Botschaft hier in Berlin ist: Müsste man nicht auch die iranische Botschaft schließen? Ich weiß, wie schwierig das ist, aber müsste man das nicht zumindest zum Thema machen? Iranische Oppositionelle argumentieren seit Jahrzehnten, dass das nicht einfach nur eine Botschaft ist, sondern – ich sage es in den Worten von iranischen Oppositionellen –, dass es eine Terrorzentrale und ein Spionagenest ist. Das ist etwas anderes als eine normale Botschaft.

Als Letztes vielleicht auch vor dem Hintergrund, dass ich den Empfang von Hanachi durch Herrn Müller erwähnt habe: Dahinter stehen natürlich auch die ökonomischen Beziehungen, die Deutschland und auch in Berlin beheimatete Firmen nach wie vor mit dem antisemitischen iranischen Holocaustleugner-Regime haben. Müsste es da nicht auch auf Landesebene so etwas wie eine 180-Grad-Wende in der deutschen und in der Berliner Iranpolitik geben? – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Grigat! – Meine Bitte wäre: Wir haben für die Rederunden ungefähr zehn Minuten angepeilt. Das war jetzt deutlich mehr als verabredet – [Zuruf: 18 Minuten!] – und wir haben ja besprochen, dass wir den nächsten Block nicht zu sehr in die Länge ziehen wollen. Wir haben später noch einen wichtigen Punkt, und wir wollen auch in die Mittagspause gehen, die Kantine bleibt extra länger geöffnet. Meine Bitte wäre jetzt, dass diejenigen, die noch nicht dran waren, zwar auch die Spielräume nutzen können, wir dann aber nachher noch einmal darüber sprechen, ob sich noch eine dritte Runde lohnt.

Elif Eralp (LINKE): Ich habe eine Frage!

Vorsitzender Raed Saleh: Ja, bitte!

Elif Eralp (LINKE): Das heißt also: Wir sollen jetzt trotzdem versuchen, uns mehr oder weniger an die zehn Minuten zu halten, aber es können dann auch zwei Leute – –

Vorsitzender Raed Saleh: Das habe ich nicht gesagt.

Elif Eralp (LINKE): Okay, aber es können jetzt auch zwei Leute sprechen, –

Vorsitzender Raed Saleh: Nein!

Elif Eralp (LINKE): – denn es ist ja offen, ob die dritte Runde überhaupt noch kommt. Ich hatte es vorhin so verstanden, und da bin ich mir jetzt unsicher, dass man nicht zu lange ausschweifen soll, also ungefähr zehn Minuten, dass dann aber auch zwei Personen sprechen können.

Vorsitzender Raed Saleh: Das ist so eigentlich nicht verabredet.

Elif Eralp (LINKE): Aber die Frage ist ja: Kommen wir noch zur zweiten Runde?

Vorsitzender Raed Saleh: Die zweite Runde läuft doch jetzt, und dann besprechen wir, ob wir noch eine dritte anfangen. Dann bekommen alle vielleicht noch einmal fünf Minuten oder so. Oder wir machen keine dritte Runde mehr, damit es für alle gleich ist. Das ist doch die Verabredung. Wenn wir noch Zeit haben, gehen wir ruhig auch ohne Mittagspause hinein und machen noch einmal jeweils fünf Minuten. Lassen Sie uns jetzt aber erst einmal mit jeweils einer Person pro Farbe weitermachen. Ist das okay? – Super! Die Verabredung steht. – Wer spricht jetzt bei Ihnen, Herr Walter?

Sebastian Walter (GRÜNE): Frau Chernivsky!

Vorsitzender Raed Saleh: Gern! – Bitte schön!

Marina Chernivsky: Vielen Dank für die Möglichkeit, hier zu sprechen! – Ich möchte gern auf das Thema „Grundlagen und Strukturen der Arbeit gegen Antisemitismus“ in Berlin zurückkommen. Das wäre sehr wichtig für uns, und auch für mich. Wir haben heute Morgen damit begonnen, über den Nahostkonflikt zu sprechen. Das war heute nicht das Thema der Sitzung, auch wenn das sozusagen damit einhergeht. Mir wäre wichtig – auch durch meine Ausführungen, die ich zwar anders halte als geplant –, darauf zu verweisen, dass wir über ein historisches Phänomen sprechen, in dem die Verneinung des Jüdischen und der jüdischen Existenz angelegt ist, dass wir über eine der ältesten Formen der Verfolgung und Vernichtung sprechen – in allen Gesellschaften, die wir kennen. Auch dort, wo es gar keine Juden gibt, gibt es antisemitische Ideologie.

Wir sprechen auch über ein Thema, das aus den jeweiligen Gesellschaften hervorgeht und durch Gesellschaften geformt und konstituiert wird. Antisemitismus existiert nicht im luftleeren Raum, in der Schublade und wird dann herausgeholt, sondern antisemitisches Denken

entsteht in den Gesellschaften, in denen wir leben, in den Strukturen und Institutionen, durch die wir gehen und in die wir einsozialisiert werden. Dort wird es produziert, reproduziert und weitergetragen. Wir können die Thematisierung von Antisemitismus nicht von uns wegschieben und externalisieren. Wie die Analytikerin Ilka Quindeau sagt, ist die Auseinandersetzung mit Antisemitismus immer ein Blick in den eigenen Abgrund. – Das hat immer mit uns zu tun. Es hat immer mit der Verflechtung auf der institutionellen, gesellschaftlichen und historischen Ebene zu tun. Ich hätte mir gewünscht, dass wir heute über ein Verhältnis, eine Gewaltform, ein Phänomen sprechen, das überall präsent ist, auch wenn es unterschiedlich dynamisiert wird und in unterschiedlichen Epochen anders zum Tragen kommt.

Ich möchte gern darauf eingehen, was es mit Juden und Jüdinnen macht, die in Berlin leben – um auch Berlin im Fokus zu haben –, und was es mit uns allen macht. Ich möchte auch darauf eingehen, was die Polarisierung, die wir gerade vielleicht wie nie zuvor erleben, mit uns macht und wie sie den Umgang mit Antisemitismus beeinflusst. Selbst wenn wir ganz genau wüssten, woher das kommt und durch wen Antisemitismus ganz besonders hervortritt, hätten wir die Schwierigkeit, darauf zu antworten, denn dann müssen wir auch wissen: Was machen wir damit? Was machen wir damit, wenn es die Kinder sind, wenn es die muslimischen Kinder sind, wenn es die russischen oder die ukrainischen Kinder sind? Denn sie sind es nicht allein, und es sind auch gar nicht die Kinder, die das Problem des Antisemitismus in unserer Gesellschaft ausmachen. Mir wäre wichtig zu betonen, dass wir heute auch über Kinder gesprochen haben, ohne sie zu nennen. Es ging nur ganz allgemein darum, dass Schülerinnen und Schüler sich nicht verstehen, Konflikte und Streit über den Nahostkonflikt haben. Das ist alles richtig. Es ist nur nicht erschöpfend und nicht hinreichend, um das Antisemitismusproblem in Gänze zu erfassen. Antisemitismus ist ein Problem der Erwachsenen. Es ist ein Problem der Gesellschaft und ein Problem der Institutionen. Kinder gehen in diese Institutionen, werden sozusagen einsozialisiert in diese Kontexte und treffen dort auf Erwachsene, die ihnen keine Antworten bieten können. Das ist eine doppelte und mehrfache Verunsicherung, weil sie in der deutschen Geschichte und Gegenwart nicht zwingend gelernt haben, mit diesem Problem umzugehen.

Dan Diner spricht als Historiker nach dem 7. Oktober von der Rückkehr einer genozidalen Erfahrung, einer jüdischen Erfahrung, die Juden und Jüdinnen auf der ganzen Welt miteinander teilen und auch kollektiv teilen, ohne dass dies einer einzelnen Person geschehen muss. Juden denken und sprechen und fühlen die drohende Katastrophe. Ich will es nicht dramatisch darstellen, aber mein Blickwinkel ist vielleicht wie bei einem Chirurgen, der permanent irgend etwas schneidet. Uns begegnen diese Fälle als Beratungsstelle, die täglich mit Menschen in Kontakt steht, die Antisemitismus erfahren und die auch Diskriminierung und Rassismus erfahren. Es ist für mich daher von besonderer Bedeutung, das einzuordnen – auch als Direktorin einer Einrichtung, die unter dem Namen „Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung“ seit vielen Jahren Forschung und Bildung in Berlin betreibt. Dort gehen wir der Frage nach, wie der 7. Oktober auf Juden und Jüdinnen und auf Israelis in Deutschland und in Berlin wirkt. Wir gehen außerdem seit vielen Jahren mittels sozialwissenschaftlicher Forschung der Frage nach, wie deutsche Institutionen mit Antisemitismus umgehen. Anhand dieser Befunde müssen wir leider feststellen, dass wir seit vielen Jahren eine institutionelle Amnesie und auch eine institutionelle Abwehr haben. Der Begriff der Amnesie geht auf den Wissenschaftler Wolfram Stender zurück. Wir sprechen von institutioneller Verweigerung, Antisemitismus als Teil des Problems anzuerkennen. Diese Mängel und diese

Leerstellen sehen wir, erleben wir und versuchen wir auch, mit unseren Maßnahmen zu beheben.

Warum es wichtig ist, dass wir über Antisemitismus als institutionelles Problem sprechen, kann ich anhand folgender Punkte versuchen aufzuzeichnen: Institutioneller Antisemitismus ist eine neue analytische Kategorie. Mit dieser analytischen Kategorie wurde viele Jahre lang nicht gearbeitet, weil wir alle, aber insbesondere die Wissenschaft und Praxis dazu tendierten, Antisemitismus als Einstellung zu betrachten, als eine irgendeine Einstellung, die keiner versteht. Vielleicht ist man sich bei klassischem Antisemitismus einig, dass es diesen gibt, historisch und in die Geschichte zurückversetzt. Man denkt, dass man Einstellung beheben kann: durch Begegnungsformate – was wichtig ist, möchte ich betonen – und/oder durch Besuche von Konzentrationslagern – was sehr wichtig ist, auch das betone ich an dieser Stelle – und/oder durch Besuche von jüdischen Museen. Auch das ist wichtig. Nur ist das nicht die Antwort auf strukturellen und institutionellen Antisemitismus. Vielmehr wird der Bedarf an Professionalisierung, an Qualifizierung gedeckt und bedeckt, und das Problem wird pädagogisiert und über die Kinder ausgetragen.

Die Kategorie des institutionellen Antisemitismus bezeichnet antisemitische Denk- und Handlungspraktiken, die in den Strukturen, Routinen, Regelwerken und Entscheidungsprozessen von Institutionen wirksam sind, unabhängig davon, ob einzelne handelnde Personen sich selbst als antisemitisch verstehen oder nicht. Es ist also nicht nur die Einstellung, es ist nicht nur die Gesinnung – die können wir oftmals gar nicht überprüfen und sollen sie auch nicht überprüfen –, sondern es geht um Handeln. Am Handeln können wir sehr viel ablesen. Der Umgang mit Antisemitismus zeigt auf, dass jegliche Thematisierung vermieden wird, und wenn Antisemitismus thematisiert wird, herrscht Verunsicherung und nicht Bearbeitung.

Es geht also nicht primär um persönliche Einstellungen, die natürlich auch wichtig sind, sondern um strukturell wirksame Ausschlüsse, Benachteiligung oder Marginalisierung von Juden und Jüdinnen, von jüdischen Perspektiven, Erfahrungen und Subjekten. Diese Marginalisierung und Benachteiligung haben wir in all den Jahren und Jahrzehnten in Deutschland gehabt. Darüber wurde nur nicht gesprochen, und dazu wurde kaum geforscht. Bildungsinitiativen und Programme haben sich auf andere Fragen fokussiert. Man ist maßgeblich damit beschäftigt gewesen, so die Idee, junge Menschen von Vorurteilen abzubringen oder ihnen vorzubeugen, und hat sich die Fragen der institutionellen Geschichte, der eigenen Geschichte nicht gestellt.

Merkmale eines strukturellen Antisemitismus sind zum Beispiel Verwaltungs- und Entscheidungspraxen, die jüdische Anliegen systematisch ignorieren, abwerten und verzögern, sowie Nichtwahrnehmung oder auch Delegitimierung antisemitischer Erfahrungen – davon haben wir eine Menge Berichte –, etwa durch hohe Beweisanforderungen oder Entpolitisierung. In unseren Studien verdichtet sich beispielsweise ein Befund, dass Lehrkräfte antisemitische Handlungen – ich sage ganz bewusst nicht nur Äußerungen, sondern Handlungen – durch Pubertät erklären, durch etwas Harmloses als vorübergehende Entscheidung, aber dass sie auch nicht in der Lage sind, diese Disposition bei sich in eigenen Reihen und in der eigenen Institution zu orten. Es geht aber auch um Ausschluss jüdischer Expertisen und Erinnerungsperspektiven, um Ausschluss jüdischen Wissens in politischen, pädagogischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Räumen. Es geht in Deutschland um die unverarbeitete institutionelle Vergangenheit und Gegenwart antisemitischer Gewalten, um Normen und Routinen, die auf

einem vermeintlich neutralen Selbstverständnis beruhen, in dem jüdische Erfahrungen keinen Platz haben oder als besonders unproblematisch erscheinen.

Wir sehen, dass es nicht zwingend dramatisch sein muss. Es muss sich nicht zwingend in physischer Gewalt artikulieren. Es reicht auch, wenn Antisemitismus subtil daherkommt, durch Routinen seiner Bearbeitung. Eine Universität, die auf antisemitische Vorfälle nicht reagiert, um die Debatte nicht anzuheizen, die sich seit Jahrzehnten nicht mit diesem Problem auseinandersetzt, wo in der Lehre und Forschung deutsche Geschichte komplett ausgespart wird. Ich sage ganz bewusst „deutsche Geschichte“, weil es eine deutsche Geschichte ist, eine Gewaltgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, unter die jüdische Geschichten mit subsumiert sind, die nicht verhandelt, nicht bearbeitet, nicht reflektiert werden. Eine Schule, die jüdische Schülerinnen und Schüler nicht vor antisemitischer Gewalt schützt. Das hat mir heute Morgen komplett gefehlt. Antisemitismus eine Gewaltform. Jüdische Kinder, jüdische Studierende müssen vor Antisemitismus geschützt werden. Antisemitismus tritt auf, auch unter Erwachsenen, unter Entscheidungsträgerinnen und -trägern auf allen Ebenen, nicht nur im persönlichen Kontakt mit Studierenden. Gleichzeitig ist eine Schule, eine Universität und eine jede andere Einrichtung verpflichtet, alle Menschen, die in dieser Einrichtung zu Hause sind, dort lehren, leben und hingehen, zu schützen.

Es ist also eine Balance, die es einzuhalten gilt, wenn an Hochschulen gegen Antisemitismus gearbeitet und vorgegangen wird, was wohlgemerkt ausschließlich politisch evoziert ist. Hochschulen haben sich dieser Frage jahrzehntelang nicht gestellt – es ist wichtig, das noch einmal zu betonen –, nicht aus böser Absicht, sondern weil davon ausgegangen wurde und wird, dass Antisemitismus etwas Historisches ist. Oder um das noch einmal aus den wissenschaftlichen Studien, die wir durchführen, zu pointieren: Als wäre Antisemitismus etwas Harmloses oder etwas Ungreifbares, etwas Abstraktes. Eine Schulleiterin hat es so formuliert: ein Tanz auf rohen Eiern. Eine andere nennt es einen Tanz auf einem Minenfeld. Es wird und wurde also vermieden, darüber zu sprechen und auch darüber zu lehren. Es kann aber auch ein Kulturbetrieb sein, der jüdische Künstlerinnen und Künstler auslädt, weil ihre Positionen zu Israel zu kompliziert oder konflikträchtig seien, oder eine Behörde, die antisemitische Vorfälle nicht als solche dokumentiert und keinen Schutz bietet und jüdische Angestellte und Mitarbeitende nicht schützt.

Es gibt viele verschiedene Formen und Ebenen einer institutionellen Diskriminierung von Juden und Jüdinnen, unter anderem auch Altersarmut und eine strukturelle Diskriminierung von Kontingentgeflüchteten, von Juden und Jüdinnen, die dieses Land aufgenommen hat und erst später, vielleicht 20 Jahre später, wieder als Zielgruppe entdeckt hat. Ich will dazu auch sagen, dass Juden und Jüdinnen als Zielgruppe der Psychotherapie, der Gesundheitsversorgung, der sozialen Arbeit, der schulischen und hochschulischen Adressierung nicht auftauchen und es kaum Instrumente und kaum Wissen darüber gibt. Das sehen wir in unserer Arbeit und auch in unserer Forschung. Die Verunsicherung und auch die Angst, diese Themen zu berühren, sind viel zu groß.

Wir sehen daran, dass es noch viele andere Probleme als diejenigen gibt, die wir bis jetzt diskutiert haben. Dennoch darf nicht ausgespart werden, dass der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 die Situation der jüdischen Community in Berlin und Deutschland massiv verändert und deutlich verschärft hat. Innerhalb kürzester Zeit stieg die Zahl antisemitischer Vorfälle massiv an: an Schulen, Hochschulen, auf Demonstrationen, in sozialen Medi-

en und einfach im Alltag. Juden berichten von Attacken und Angriffen in Wohnungen, in der Nachbarschaft und in vielen verschiedenen Bereichen, wo Menschen zu Hause sind und nicht damit rechnen, angegriffen zu werden. Vor allem aber und insbesondere auch in unserer Studie zum 7. Oktober berichten Juden und Jüdinnen darüber, dass das soziale Umfeld kalt und abweisend bleibt und nicht schützt – und von vielem mehr. Es wird auch von zunehmender Bedrohung, gesellschaftlicher Kälte und dem Verlust zuvor sicher geglaubter Räume gesprochen. Auch deshalb ist es sehr wichtig, dass wir nicht nur über Braver Spaces und Streiträume sprechen, sondern die Opferberatung und Unterstützung von Betroffenen nachhaltig ausbauen sowie die Professionalisierung und Qualifizierung von wichtigen Sozialisationsinstanzen und Einrichtungen weiterhin verstärken und ausbauen. An diesen Stellen können und dürfen wir nicht sparen.

Vielleicht ein letzter Satz: Wir haben ein massives Problem mit Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Ein massives Problem ist ebenfalls die Vermeidung seiner Thematisierung, auch der Widerstand gegen die Thematisierung von Antisemitismus. Das muss überwunden werden. Die Enquête-Kommission trägt dazu bei. An dieser Stelle muss ich auch sagen, dass die Zusammenarbeit mit der LADS uns sehr geholfen hat, in den Monaten und insbesondere in dem ersten Jahr nach dem Angriff zu überleben, auch als Beratungsstelle in Berlin. Insgesamt haben wir über 2 000 Vorfälle aufgenommen und bearbeitet, 990 allein in Berlin, davon ein beträchtlicher Anteil von Körperverletzungen und Gewaltvorfällen und ebenfalls Straftaten. Diese kommen, muss ich sagen, nicht zwingend ausschließlich aus den Milieus und Gruppen, die wir zuvor so intensiv besprochen haben.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren wertvollen Beitrag! – Ich höre, dass bei Ihnen jetzt Frau Prof. Dr. Brüning das Wort hat.

Dr. Christina Brüning: Vielen Dank! – Ich versuche, das auch noch ein bisschen stärker herunterzubrechen. Vielen Dank, Marina, dass Du uns schon einmal zurück nach Berlin und Deutschland gebracht hast! Wir haben jetzt sehr viel über den Nahostkonflikt, über Muftis und so weiter gesprochen, aber wir interessieren uns ja dafür, wie wir hier vor Ort das Leben besser machen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken können. Natürlich weiß ich, auch schon vor dem 7. Oktober, wie es sich anfühlt, bespuckt zu werden, weil man auf der Straße Hebräisch gesprochen hat. Aber diese extreme Radikalisierung, die dazu führt, dass es wirklich schon in Kitas, in Grundschulen und so weiter eskaliert, ist – vielleicht, weil ich jetzt auch als Mutter spreche und nicht nur als Wissenschaftlerin – doch noch einmal extrem, und deswegen müssen wir darüber sprechen. Natürlich können Sie dem Fahrradfahrer, der Sie angespuckt hat, nicht hinterherlaufen und sagen: Hey, wir sind in der Coexistence, und mein Partner hat übrigens die Anti-Netanjahu-Demos begründet –, das interessiert irgendwie keinen. Man ist automatisch in Geiselhaft, und die Kinder sind auch in Geiselhaft, egal welche politische Positionierung oder Differenziertheit Sie gern äußern würden. Das interessiert nämlich leider einfach gar niemanden.

Ich erzähle Ihnen jetzt ganz kurz die Geschichte, die meinem Sohn letztes Jahr widerfahren ist: Er ist in die Grundschule eingeschult worden, und schon im Oktober lag er im Krankenhaus, er war als „Scheiß-Jude“ zusammengeschlagen worden. Es gab eine Radikalisierung, bei der am Anfang mit Stöcken auf ihn eingeschlagen und er am Ende ins Krankenhaus geprügelt wurde. Ich habe jetzt zwei Probleme bei diesem Fall, denn das, was mich 90 Prozent aller Menschen – mit Ausnahme von sehr engen Freunden, die ein politisches Verständnis dafür hatten –, gefragt haben, war als Erstes: Ach, krass, echt, sind in eurer Ecke so viele muslimische Kids auf der Schule? Wie kommt denn das? – und so weiter. Ich habe das so oft gehört. Mein Problem sind dann als Mutter und als Wissenschaftlerin zwei Dinge: Ich habe auf einmal eine Entsolidarisierung und eine Empathielosigkeit der deutschen Mehrheitsbevölkerung, die das Problem externalisiert und sagt: Das kann uns gar nicht betreffen. Das ist kein Problem hier. Das müssen ja die anderen sein. – Es wird geothert, es wird rassistisch argumentiert. Ich habe außerdem das Problem, dass ich gar nicht mehr weiß, wo ich mir Hilfe holen kann, die mein Problem überhaupt sichtbar macht und es nicht politisch instrumentalisiert. Ich war wahnsinnig dankbar, dass wir in Berlin mit OFEK eine gute Opferberatung haben und dass wir jemanden hatten, der uns zur Seite stand, und ich habe das Glück, in einer Stadt wie Berlin zu leben, in der es jüdische Privatschulen gibt. So hatte ich die Möglichkeit, mein Kind herauszunehmen – auch nur, weil ich mir das finanziell leisten kann, viele Eltern können das

nicht. Das Fazit ist aber: Es findet Segregation statt. Das Fazit ist, dass gesellschaftliche Teilhabe für mein Kind an der normalen staatlichen Schule direkt um die Ecke, wo er hinlaufen könnte, nicht mehr möglich ist, und dass wir jeden Tag stundenlange Busfahrten auf uns nehmen.

Amir hat vorhin gesagt, dass die Lage nicht aussichtslos sei, aber ehrlich gesagt: Langsam schwindet die Hoffnung. Unsere Familien sitzen heute wieder in Schutzräumen und warten darauf, dass der Iran den Gegenschlag ausübt. Das sind alles keinen guten Situationen mehr. Das heißt: Wir haben ein gesellschaftliches und ein institutionelles Problem, bei dem gerade in Kitas, Schulen und Hochschulen teilweise auch weggeschaut wird – und wenn hingeschaut wird, wird versucht, zu externalisieren und die Debatte auf die anderen, auf Zugewanderte oder auf sonst irgendetwas zu verschieben. Da helfen mir als Betroffene auch keine Debatten über Definitionen. Es ist mir egal, ob mein Kind niedergeschlagen wurde und ich das mit der IHRA oder der JDA oder irgendetwas anderem beschreibe. Das ist vollkommen irrelevant. Was ich wirklich brauche und was unsere Gesellschaft braucht, sind die Stärkung der Opferberatung, die Stärkung der jüdischen Communitys, die Stärkung der Zivilgesellschaft und vor allem – darauf wurde schon mehrfach hingewiesen – die Ausbildung und Qualifizierung von allen Menschen, die in Kontakt mit Menschen sind. Das sind nicht nur Hochschullehrerinnen und -lehrer und weitere Lehrstühle – die wir natürlich brauchen, gerade in diesem Themenfeld mit einer sozialwissenschaftlichen Ausrichtung –, sondern zum Beispiel auch Erzieherinnen und Erzieher in Kitas. Alle Menschen, die irgendwo mit Menschen zu tun haben, müssen dieses Problem erkennen können und entschieden darauf reagieren können.

Da ist für mich die Frage, wie wir die Communitys noch besser stärken können, weil ich mir gerade vorstelle, was es in der jetzigen Situation bedeutet, wenn Eltern sagen: Das Schulgeld wird erhöht, ich kann mir aber die jüdische Privatschule nicht mehr leisten. Geht mein Kind dann zurück an die staatliche Schule, wo es vielleicht wieder zusammengeschlagen wird? – Ist dies das Fazit? Kann das sein? Was können wir also machen, um einerseits zu überlegen: Wie funktioniert gesellschaftlicher Zusammenhalt noch? Wie können wir es wieder erreichen, dass alle auf die nette Einzugsschule um die Ecke gehen können und diese Segregation gar nicht nötig sein muss? – Wie können wir andererseits sicherstellen, dass es jetzt, in dieser aufgeheizten und polarisierten Situation, die Möglichkeit gibt, das zu erhalten und die Strukturen zu stärken? Denn wir haben an unserer Schule regelmäßig Anträge von Kindern, die jetzt weiter dazukommen, weil sie sagen, dass es an der anderen Schule, an der sie waren, nicht mehr geht. – Das sind die Punkte, die ich aufmachen wollte. Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Prof. Brüning! – Wenn ich mir einen Satz erlauben darf: Es ist nicht nur die Frage, wie man Räume an Orten wie jüdischen Schulen schaffen kann, sondern jede Schule muss ein Ort sein, an dem Menschen jüdischen Glaubens sich sicher fühlen. Das muss unser Ziel sein. – [Zurufe: Alle Menschen!] – Und alle Menschen. – Von daher noch einmal danke für diesen Einblick in die Situation, die Sie uns gerade geschildert haben, anhand derer man auch Aufträge ableiten muss. Vielen Dank! – Wer spricht jetzt bei Ihnen? – Bitte schön, Frau Gomis!

Saraya Gomis: Vielen herzlichen Dank! – Ich werde unter den 18 Minuten bleiben. Kurz zur Einordnung: Ich glaube, dass ganz grundsätzlich für unsere Arbeit die Struktur manchmal schwierig ist, denn Menschen sagen etwas, dann gibt es vielleicht eine Gegenrede, und wir haben überhaupt keine Möglichkeit, dort noch einmal vertieft hineinzugehen. Dann bleiben

möglicherweise Behauptungen stehen oder es wird etwas Falsches gesagt und so weiter. Das ist eine Schwierigkeit, die wir haben, wenn wir uns wirklich damit auseinandersetzen wollen – auch noch einmal dort in Feinheiten zu gehen, wo es auf bestimmte Perspektiven vielleicht Auseinandersetzungen geben kann.

Ich möchte insbesondere an einige Punkte anknüpfen, die Marina Chernivsky gesagt hat, aber auch noch Fragen an Sie stellen. Ich fange einmal mit dem jüdischen Leben an, unter einem etwas provokanten Frame: Taten zählen mehr als Worte. – Es gibt viele Gedenkveranstaltungen, es werden wohlmeinende Worte gesagt, und dann frage ich mich doch häufig: Wie sieht es eigentlich mit dem Feiertagsgesetz aus? Wie ist es mit dem Bestattungsgesetz? Wie ist es mit dem Wohnen? Wie ist es mit der Armut von noch einigen Überlebenden, die wir haben? Wie sieht es mit Fragen der Gesundheitsversorgung aus? Wie sieht es aus, wenn Schülerinnen und Schüler, wie gerade gesagt wurde, an allen Schulen sein sollen, aber Klausuren oder Arbeiten immer noch so angesetzt werden, dass sie auch auf jüdische Feiertage fallen? Ich will jetzt gar nicht sagen, dass es die Menschen nicht interessiert, was wir hier alles so reden, aber das wären für mich Dinge für die Menschen im grundsätzlichen Alltag. Es geht nicht nur um so etwas Hochgestelltes an bestimmten Gedenktagen: Da erinnern wir uns mal, wenn es uns passt, an Jüdinnen und Juden. – Ich erinnere mich an die Debatten zum Bestattungsgesetz. Das hatte überhaupt nichts mit dem Nahostkonflikt zu tun, sondern das kommt aus der Mitte der Gesellschaft, und es war erschreckend, was ich da zum Teil gehört habe.

Ich würde Sie als zweiten Punkt gern noch fragen: Wir haben in Berlin vermehrt Aufmärsche von Neonazis, und wir haben ein massives Fishing in der Jugend. Wie ist das aus Ihrer Arbeitsperspektive? In diesem Zusammenhang habe ich auch noch die Frage: Es gab einen großen Gipfel Jugendgewalt et cetera. Häufig findet da so eine Veränderung statt, also das Problem sind immer die Kinder und Jugendlichen – damit knüpfe ich an das an, was Marina Chernivsky gesagt hat. Als Lehrerin darf ich sagen: Schülerinnen und Schüler sollen sich dann immer kurz in Streiträumen treffen, aufzuschreiben, wo das Problem liegt, sich dann die Hand geben und für immer vertragen. Bei Erwachsenen habe ich noch nie erlebt, dass sie das hinbekommen. Wie ist dort aus Ihrer Perspektive zu reagieren?

Ich knüpfe an die Frage von jüdischem Leben als wirklich ernst gemeinte Politik des Alltags an – das geht an die jeweiligen Verwaltungen, die da sind –, zum Beispiel im Bereich der Kultur: Ich habe mit Aufmerksamkeit nicht nur die letzte Sitzung des Kulturausschusses verfolgt. Auch wenn gesagt wurde, dass zum Beispiel eine Lösung für das Kulturschiff MS Goldberg gefunden werden soll, das gegen Rassismus und Antisemitismus arbeitet: Das bleibt alles relativ vage. Ich mache es kurz, aber ich hätte gern, dass wir in der nächsten Runde dort noch vertieft hineingehen. Ich würde dann gern Nachfragen stellen oder sie zumindest schriftlich einreichen. Ich frage mich, wie es sein kann, dass es als Erfolg gefeiert wird, dass wir statt bei den versprochenen 4 Millionen Euro für den Aktionsfonds jetzt wahrscheinlich am Ende des Jahres bei 2,12 Millionen Euro sind. Ich frage mich im Kontext von gesellschaftlichem Zusammenhalt auch, wie es mit dem Projektfonds Kulturelle Bildung et cetera aussieht. Diese ganzen Worte, die fallen, und die Taten, die ich in der Berliner Politik sehe, passen häufig nicht zusammen, oder, wenn ich es mit Goodwill formulieren will: Sie werden nicht transparent genug deutlich gemacht.

Das Gleiche gilt für Räume. Wenn es Räume geben soll, dann muss es auch Räume geben. Aber die Mieten steigen, und es finden Kürzungen statt. Gerade in allen sozialen Bereichen

gilt doch: Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist nicht nur, dass wir uns an den Händen halten und irgendwie nett reden, sondern das muss sich in sozialer Politik äußern.

Dann komme ich zur Bildung: Wir haben gerade aus den Zeitungen den Bildungsplan für Kitas erfahren. Da wundere ich mich schon, wenn bestimmte Begriffe, die eigentlich da waren, nicht mehr vorhanden sind. Das Gleiche gilt für die Weiterentwicklung des Plans für die kulturelle Bildung. Wir haben das in den Schulen – da möchte ich anknüpfen – schon weit vor dem 7. Oktober. Ich beziehe mich jetzt einmal auf die Zeit als Antidiskriminierungsbeauftragte. Ich saß mit Herrn Königsberg, mit Deidre Berger und mit Frau Chernivsky in Schulen, in den als Brennpunkt gelabelten Schulen. Diese haben natürlich eine große mediale Aufmerksamkeit bekommen. Von den sogenannten Eliteschulen oder den bilingualen Schulen haben wir kaum etwas gehört. Es gab ein Versagen in den Verfahren der Beratung und der Umsetzung, das nicht nur von mir, sondern auch von meinem Nachfolger und allen anderen Beratungsstellen immer und immer wieder benannt worden ist! Ich frage mich wirklich, wie es sein kann, dass so eine Verlagerung stattfindet und wir nicht mal eine Nabelschau machen und dahin schauen, wo wir selbst betroffen sind – als Parteien, als Zivilgesellschaft, als Expertinnen und Experten, als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, als Senatsverwaltung. Es ist ein absolutes Unding, diese Sachen immer wieder in den gleichen Schlaufen zu machen! Und dann eine Finanzierung zu kappen, insbesondere für Träger – abgesehen von denen, die aus den 10 Millionen Euro gegen Antisemitismus etwas bekommen sollen –, die diese schwierige Arbeit machen, Dinge zusammenzudenken, Brücken zu bauen et cetera – unfassbar!

An die Justizverwaltung habe ich gleichzeitig die Frage: Wir haben ein Deutsches Richtergesetz, § 5a, groß deklariert. Irgendwann ein paar Jahre später wurde dann gesagt: Jetzt müssten wir das doch einmal in die juristische Ausbildung bringen. – Ich würde gern wissen, wie dort der Stand ist und wie der Weg, den wir dann etwas verspätet endlich in Zusammenarbeit mit allen anderen Prüfungssämlern – nur Bayern hat sich rausgehalten – angefangen haben, weitergegangen ist. Ich würde auch gern wissen, inwieweit die Landeskommision Berlin gegen Gewalt zusätzliche Mittel bekommt, damit die entsprechenden Fonds größer werden und erweitert werden, und inwieweit wirklich eine Zugänglichkeit geschaffen wird, gerade bei den Fonds, wo wir ja eine Entbürokratisierung wollen. – Wie gesagt, ich ziele jetzt darauf ab, dass wir dazu noch einmal vertieft sprechen können.

Von SenASGIVA würde ich gern wissen – die Ansprechperson ist heute leider nicht da, aber vielleicht können Sie Auskunft geben –, inwieweit auch mit anderen Ansprechpersonen zu den Fragen von Brückenbauen, Zusammenarbeit et cetera zusammengearbeitet wird, denn bestimmte Dinge werden wir nur in gemeinschaftlicher Perspektive hinbekommen. Wir können in der Schule – das kann man hier so machen – nicht auf einmal sagen: Ich interessiere mich jetzt nur für Rassismus oder nur für Ableismus. – Ich muss alles zusammen tun. Das sind große Herausforderungen. Deswegen finde ich, dass wir hierzu auf jeden Fall noch einmal vertieft sprechen und uns insbesondere auch Verwaltungsarbeit und Politik ansehen müssen.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Gomis! – Wir sind jetzt tatsächlich gut in der Zeit. Ich bin Ihnen dankbar, dass die Rederunde so konzentriert war. Ich schlage Folgendes vor: Wir gehen jetzt noch in eine dritte Runde, wie in der Sprecherinnen- und Sprecherrunde vereinbart. Wir versuchen, dort fünf Minuten zu vereinbaren – wenn es sechs Minuten sind,

ist es auch okay. Dann würde es noch einmal kurz die Möglichkeit geben, auf die gezielten Fragen, die hier kamen, einzugehen, und wir würden darum bitten, dass die übrigen Fragen schriftlich eingereicht werden. – Frau Gomis, ich würde Sie bitten, die Fragen an die Justizverwaltung noch einmal schriftlich zu stellen, damit sie dann schriftlich beantwortet werden können; das würden wir so im Protokoll festhalten. – [Saraya Gomis: Ich hatte nicht nur Fragen an die Justizverwaltung!] – In diesem Fall an die Justizverwaltung, und die anderen sind ja da. Wir machen einen Teil davon in Präsenz, und einen Teil stellen Sie an die Justizverwaltung, aber um den Zeitrahmen nicht zu sprengen, würde ich sagen, dass wir das schon einmal konkret verabreden, damit nichts untergeht. Ist es okay, wenn wir das so verabreden? – [Saraya Gomis: Ja!] – Vielen Dank!

Dann machen wir es so: fünf Minuten. Ich weise eine Minute vorher darauf hin, wenn wir ungefähr an die fünf Minuten kommen. – Wer spricht bei Ihnen, Herr Stettner?

Dirk Stettner (CDU): Herr Königsberg!

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Königsberg, Sie haben das Wort!

Sigmund Königsberg: Vielen Dank! – Meine Damen und Herren! Wir haben heute vieles gehört und auch vieles, dem ich zustimmen kann. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass ein Thema überhaupt nicht erwähnt wurde, nämlich dass jüdische Menschen im Prinzip in dieser Stadt total gesilenced werden – und das ist keine neue Entwicklung. Das ist eine Entwicklung, für die Ihre Partei, Frau Eralp, verantwortlich ist. Ihre Partei hat seit Jahren Antisemiten Räume gegeben, Ihre Partei hat Demos für Terrorunterstützung angemeldet, Ihre Partei ist massiv dafür verantwortlich, dass ganze Straßenzüge faktisch zu Angstzonen für Jüdinnen und Juden wurden. Ihre Partei hat nichts unternommen, um hier zu deeskalieren. Ein Vertreter Ihrer Partei hat sich noch letztes Wochenende über die Befürchtungen von Jüdinnen und Juden lustig gemacht, und das ist auch etwas, was ich genau so benennen muss. Auf die AfD zu schauen, ist richtig, auf den strukturellen Antisemitismus zu schauen, ist richtig, auf den Antisemitismus der Mehrheitsgesellschaft zu schauen, ist richtig, aber es ist genauso richtig und genauso notwendig, darauf zu schauen, dass es zu einer Stimmung und einem Gefühl wurde, dass für Jüdinnen und Juden diese Stadt nicht mehr begehbar ist. Menschen werden angegriffen, weil sie ein Schild mit der Aufschrift „Rape is not resistance“ hochhalten. Das ist ein Fakt. Hinter dieses Schild müssten sich alle Demokratinnen und Demokraten hier stellen, ohne Diskussion – egal ob sie propalästinensisch oder proisraelisch sind.

Ich wollte sagen, was ich erlebe, was ich wahrnehme. Ich nehme leider keine Pro-Palästina-Demonstrationen wahr, sondern ich nehme Pro-Hamas-Demonstrationen wahr; Demonstrationen, auf denen Hass skandiert wird und auf denen die Vernichtung Israels skandiert wird. Dagegen kommt kein Wort des Einschreitens aus Ihrer Partei. Hier trägt Ihre Partei eine massive Mitverantwortung, von der ich Sie nicht freisprechen kann. Das muss ich hier einmal erwähnen. Alles, was bisher gesagt wurde, ist richtig. Was Frau Chernivsky gesagt hat, ist richtig, das unterschreibe ich zu 100 Prozent. Aber dass es zu einem Gefühl wurde: Nein, da können wir nicht hingehen. – Wir werden nachher hören, dass das Bajzel fast täglich angegriffen wird. In Friedrichshain-Kreuzberg hat ein israelisches Restaurant zugemacht, weil es tagtäglich angegriffen wurde und die Betreiberinnen und Betreiber die Sicherheit nicht mehr gewährleistet sahen. Tut mir leid, aber das nicht zu benennen und darüber zu schweigen, ist genauso gefährlich wie über das andere zu schweigen. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Meine Bitte wäre, weil wir hier alle unter demokratischen Parteien und Fraktionen sitzen, dass man natürlich auch einzelne Stimmen aus Parteien benennen kann, wenn man dieser Meinung ist, wir aber unter demokratischen Parteien versuchen sollten, ein Spektrum an Lösungen zu finden. Denn was uns vereint, ist der Kampf gegen Antisemitismus, und das sollten wir als gemeinsame Basis verstehen. So habe ich den Beitrag auch verstanden. Kritik ist immer legitim und muss sein, aber als demokratische Parteien hier im Raum – deswegen sitzt Gott sei Dank die AfD nicht mit im Raum – sollten wir versuchen, eine gemeinsame Basis zu haben, denn uns verbindet der gemeinsame Kampf gegen Antisemitismus in dieser Stadt. – Wer ist als Nächstes an der Reihe? – Herr Hızarcı, bitte schön!

Derviş Hızarcı: Vielen Dank! – Ich schätze diesen Raum sehr, weil er in der Vergangenheit gefehlt hat und es vergleichbare Räume, wie zum Beispiel den Jewish-Turkish Roundtable beim AJC, den ich einige Zeit mit koordinieren durfte, nicht mehr gibt und es auch kaum noch andere Räume gibt. Tuba hat vorhin zum Thema Brückenbauen gesagt, dass es kaum noch Menschen gibt, die über diese Brücken gehen. Das beobachten wir auch alle. Saraya hat gesagt: Wenn wir Räume brauchen, dann muss es diese Räume auch geben. – Wir müssen unsere Räume, die wir vor 20 Jahren stolz angemietet haben, zum Ende des Jahres schmerzlich wieder verlassen, weil wir uns die Miete nicht mehr leisten können. Es herrscht genau zwischen diesen Taten und Worten eine Diskrepanz vor, die es der Zivilgesellschaft nicht ermöglicht, aufgebaute Strukturen aufrechtzuerhalten.

Gleichzeitig haben wir hier, glaube ich, eine Verantwortung. Dies ist eine Stadt mit über 3,6 Millionen Einwohnern, und hier sind nur ein paar Handvoll Menschen, die eine begrenzte Redezeit haben. Ich kann verstehen, dass Prof. Grigat über die Themen, über die er lange gesprochen hat, ausführlich sprechen möchte. Ich habe auch wirklich gern zugehört, weil es mich interessiert. Ich dachte mir nur, vielleicht hätte er lieber gesagt: Dazu hätte ich viel zu sagen, aber nicht heute, nicht jetzt, wenn es um Grundlagen und Strukturen zum Thema Antisemitismus geht. – Das ist nur mein Wunsch, den ich versuche, fair zu formulieren.

Die Hochschulen wurden angesprochen. Seit dem 7. Oktober haben wir uns mehrfach mit hohen Vertretern der Berliner Universitäten und auch mit der Uni Potsdam getroffen, bis hin zum Präsidenten oder zum Kanzler. Wir haben uns mit der Wissenschaftssenatorin und in einzelnen Bereichen mit Leuten getroffen, die dort entweder dozieren, eine Professur haben oder auch Studentengruppen leiten. Es ist keine Frage, dass dort einiges schiefgelaufen ist, aber irgendwie zu vermitteln, Hochschulen seien Orte des Antisemitismus, finde ich auch ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen. Das ist meiner Meinung nach gerade die ganze Zeit das Problem: möglichst deutlich werden, Dinge klar benennen – Sigi hat gerade den Versuch gemacht, etwas klar zu benennen. Aber das Problem bei diesem Sehr-klar-Benennen ist, dass man es oft so fest formuliert, dass damit schon ein Urteil verbunden ist und es kaum mehr Raum für Diskurs, Austausch und Dialog gibt. Ich bin auch ein Freund davon, Dinge und Probleme klar zu benennen, auch beim Thema Antisemitismus, doch häufig machen wir das so klar – in Anführungsstrichen, für das Protokoll –, dass es kaum mehr Raum gibt, gewisse Dinge wieder zu entkräften, aufzuweichen und durch einen Diskurs, auch durch einen konstruktiven Austausch, wieder zum Thema zurückzukommen.

Ich habe also Kritik daran, wie wir das Problem an Hochschulen benennen. Ich habe auch Kritik, was Schulen betrifft. Ich bin dankbar für den Einwurf, dass alle Kinder und Jugendlichen, dass alle Schülerinnen und Schüler sich frei von Diskriminierung sicher an deutschen Schulen, in unserem Fall an Berliner Schulen, fühlen müssen. Das ist nicht der Fall – Saraya hat das weiter ausgeführt, ich will das gar nicht vertiefen. Es geht auch nicht auf, wenn wir uns bestimmte Themen heraussuchen und darauf fokussieren. Eine Kollegin an meiner Schule hat gesagt, das ist ein O-Ton: Wir haben Roma-Kinder in unserer Schule, und noch nie hat sich die Schule darum bemüht, einen Antiziganismus-Workshop zu organisieren, obwohl es immer wieder Vorfälle von Rassismus gegen diese Kinder und Jugendlichen gab. Beim Thema Antisemitismus ist aber jetzt der Aufschrei groß. – Sie hat das als Lehrerin nicht akzeptiert. Zwar konnten wir das in einem Gespräch auffangen – das glaube ich zumindest –, aber das ist eine Realität an Berliner Schulen. Wir schaffen es nicht, alle abzuholen und für das Thema unseres heutigen Tages zu gewinnen.

Zwei Sätze zu Amin al-Husseini, und ich will nicht zurück zum Nahostkonflikt: Ich bin in Neukölln geboren und aufgewachsen. In meiner Kindheit in den Achtzigerjahren, in meiner Jugend in den Neunzigerjahren und später in den Zweitausenderjahren, als ich studiert habe und dann auch selbst Workshops zu diesen Themen angeboten habe, sind mir kaum Menschen begegnet, die mit Amin al-Husseini argumentiert haben, die überhaupt von ihm wussten. Nicht eine Person ist mir begegnet, die ihn zelebriert oder als Vorbild genommen hat. Das bedeutet nicht, dass er keine relevante Person ist und dass Herr Theilhaber doch recht hat und Prof. Grigat nicht – das will ich gar nicht sagen. Ich will nur sagen, dass die Relevanz für die Arbeit auf der Straße oder in der pädagogischen Arbeit überprüft werden muss. Die meisten erfahren von Amin al-Husseini in unseren Workshops. Sie kennen aber auf der anderen Seite übrigens auch einen Mod Helmy nicht, einen ägyptischen Arzt, der hier lebte und Juden das Leben rettete. Sie kennen auch einen Refik Veseli aus dem Balkan nicht, der Gleiches getan hat. In unseren Workshops versuchen wir, diese Kontroversen aufzuzeigen.

Warum ich gesagt habe, dass sie das nicht kennen: Die Körber-Stiftung hat vor wenigen Jahren eine Studie herausgebracht, laut derer rund die Hälfte der Jugendlichen mit dem Begriff Auschwitz nichts anfangen kann, und wir reden hier 18 Minuten über al-Husseini oder über sonst etwas. Uns muss klar werden, dass die Realität in den Schulen, auf den Straßen und in den Communitys eine andere ist als das, wie wir hier vielleicht miteinander umgehen. Deshalb war ich ein bisschen emotionaler als sonst. Ich bitte um Nachsicht.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Beitrag! – Wer spricht bei Ihnen, Herr Özdemir?

Orkan Özdemir (SPD): Dr. Sinanoğlu!

Vorsitzender Raed Saleh: Bitte schön!

Dr. Cihan Sinanoğlu: Ich möchte mich auch erst einmal bei den Expertinnen und Experten bedanken! Danke auch an diesen Raum, denn ich finde schon, wenn ich das mit den ersten zwei Sitzungen vergleiche, dass durchaus ein Lernraum da ist. Ich habe für mich selbst unfassbar viel mitgenommen. Dafür ein großes Dankeschön! Danke auch an Herrn Grigat! Ich habe schon eine Menge mitgenommen und Ihnen gern zugehört.

Ich würde gern zu drei Punkten Stellung beziehen, und zwar als Erstes doch noch einmal in Bezug auf die Definition, als Zweites noch einmal in Bezug auf den importierten Antisemitismus, also ob uns eigentlich dieses „importiert“ weiterbringt, und dann als Drittes in Bezug auf die Proteste und wie wir sie eigentlich bewerten oder bewerten sollten.

Erstens, in Bezug auf die IHRA-Definition, würde ich gern von Ihnen wissen: Die IHRA-Arbeitsdefinition wurde ja nie mit dem Ziel verfasst, als rechtlich bindendes Instrument zu fungieren. Selbst Mautoren wie Kenneth Stern warnen ausdrücklich vor ihrem Missbrauch im Verwaltungshandeln. Dazu würde mich noch einmal Ihre Bewertung interessieren, gerade weil Verfassungsrechtlerinnen und Verfassungsrechtler wie Susanne Baer oder Ralf Michaels die Anwendung der IHRA-Definition als staatlich-regulativ, als verfassungsrechtlich zumindest für problematisch halten. Das ist das eine. Das andere ist die Verankerung der IHRA-Definition zum Beispiel in Förderpraxen und Verwaltung. Das birgt ja durchaus das reelle Risiko, dass legitime Kritik an der israelischen Regierung mit Antisemitismus gleichgesetzt wird, und das betrifft eben auch kritische jüdische Stimmen aus der Wissenschaft und der Kunst. Also die Frage an Sie: Welche Mechanismen braucht es, um Antisemitismus zu bekämpfen, ohne gleichzeitig Grundrechte, wie Meinungs- und Kunstfreiheit, insbesondere für marginalisierte oder jüdische Kritikerinnen und Kritiker, einzuschränken? Das waren meine zwei Punkte zur Frage der Definition.

Jetzt würde ich gern noch einmal zum importierten Antisemitismus kommen: Ich bin Herrn Grigat sehr dankbar, weil Sie im Grunde genommen schon darauf aufmerksam gemacht haben, dass das Sprechen über rechtsextremen Antisemitismus immer noch wichtig ist und das Sprechen über importierten Antisemitismus nicht dazu führen darf, dass man quasi den rechten Antisemitismus aus den Augen verliert, und dass man das zumindest in einen Zusammenhang bringen muss. Wir am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung und vor allen Dingen im Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor haben eine Studie zu Antisemitismus in der postmigrantischen Gesellschaft gemacht; die Publikation wird im September erscheinen. Nur ganz kurz: Wir sind der These des importierten Antisemitismus nachgegangen, was ja kein wissenschaftlicher Begriff ist, sondern ein politischer, und wir können durchaus importierten Antisemitismus feststellen. Gerade wenn man sich den klassischen Antisemitismus, den sekundären und den israelbezogenen Antisemitismus anschaut, sehen wir durchaus hohe Werte bei Musliminnen und Muslimen. Wenn man sich das dann nach Parteipräferenz anschaut, sieht man gleichzeitig viel höhere Werte bei der AfD.

Die Frage ist dann natürlich: Wozu müssen wir dann über importierten Antisemitismus sprechen? Gerade wenn wir Antisemitismus als gesellschaftliches Verhältnis begreifen, was wiederum nicht bedeutet, dass wir uns Antisemitismus in der postmigrantischen Gesellschaft anschauen müssen. Die Frage ist nur, ob solche Konstrukte wie der sekundäre und israelbezogene Antisemitismus eigentlich noch passfähig für den Antisemitismus sind, den wir gerade wahrnehmen, oder ob wir andere Items, andere Konstrukte brauchen, um tatsächlich die aktuellen Dynamiken des Antisemitismus auch wirklich fassbar zu machen. Ich meine damit vor allem den sekundären Antisemitismus in Bezug auf Schuldabwehr und so weiter. In einer postmigrantischen Gesellschaft mit unterschiedlichen regionalen und historischen Bezügen stellt sich die Frage, ob dieses Konstrukt eigentlich noch funktioniert oder ob wir nicht neue Konstrukte brauchen. Das geht jetzt gar nicht gegen Sie, sondern grundsätzlich gegen die Antisemitismusforschung, so wie sie im Moment funktioniert.

Ein wichtiger Punkt noch zum Zusammenhang zwischen politischen Orientierungen, Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus: Ein Befund, den ich sehr stark fand und der uns, glaube ich, alle ein bisschen aufhorchen lassen sollte, ist: Wir haben nach der Zustimmung zu dieser Importthese gefragt, und die Zustimmung zu dieser Importthese korreliert sehr stark

mit antisemitischen, antimuslimischen Einstellungen. Das ist mein Punkt der Gefahr der Instrumentalisierung, und ich glaube, dass wir da alle aufpassen müssen.

Ein letzter Kommentar zu Ihnen: Wir alle müssen kritisieren, wenn auf Demonstrationen, auf Protesten oder in Bewegungen antisemitische Aussagen fallen, aber ich finde, hier pauschal diese ganze Bewegung und die Proteste so zu diffamieren und so pauschalisierend abzuwerten, ist kein guter Ansatzpunkt, um über gesellschaftlichen Zusammenhalt nachzudenken. – [Zuruf Sigmund Königsberg] – Da würde ich mir ein bisschen differenzierte Aussagen wünschen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Input! Auch das war gerade eine Punktlandung, danke schön dafür! – Wer spricht bei Ihnen? – Bitte schön, Frau Eralp!

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Königsberg! Zu dem, was Sie gesagt haben, also dass Sie sagen, wir würden zu Antisemitismus schweigen. Meine Fraktion, meine Partei hat zu allen Vorfällen, die Sie aufgezählt haben, klar Stellung bezogen, sei es zu dem jüdischen Restaurant, zu Angriffen auf jüdische Synagogen oder auf Jüdinnen und Juden. Wir haben auch ganz klar den antisemitischen Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober verurteilt, und wenn diese Dinge begrüßt oder gefeiert wurden, haben wir dazu immer klar Stellung bezogen. Es finden sich auch in unseren jüngsten Beschlüssen des Parteivorstands ganz klare Aussagen:

„Wer in Nahost oder hierzulande antisemitische Ressentiments befeuert, wer das Existenzrecht Israels in Frage stellt, wer gegen jüdische Menschen hetzt oder den Terror der Hamas relativiert, kann für uns ebenso wenig Bündnispartner*in sein . . . Für Antisemitismus . . . ist kein Platz in der Linken.“

Das habe ich jetzt einfach zitiert, um klarzustellen, dass wir uns zu allen Vorgängen klar äußern und diese auch entsprechend einordnen.

Das macht sich aus meiner Sicht auch nicht an der Definitionsfrage fest, was ja hier auch schon zum Teil gesagt wurde, weil ich nicht sehe, dass man den Verfasserinnen und Verfassern der verschiedenen Definitionen vorwerfen kann, dass sie den Kampf gegen Antisemitismus schwächen wollen. Vor allem als Juristin ist letztendlich die Auslegung von Definition immer auch eine Frage der Anwenderinnen und der Anzuwendenden. Übrigens haben damals, als die JDA verfasst wurde, der Zentralrat der Juden und auch der Antisemitismusbeauftragte Klein keine derartige Kritik geäußert, sondern dazu gesagt, dass es ein Beitrag zur Debatte ist, auch wenn sie weiterhin an der IHRA festhalten. Ansonsten wurde hier schon viel über diese Definitionsfrage gesprochen.

Ich lasse mir auch ganz persönlich nicht Antisemitismus vorwerfen. Ich engagiere mich seit über 30 Jahren gegen Antisemitismus, und zwar gegen Nazis auf der Straße, gegen Antisemitismus in eigenen Communitys und seit 2019 in Zusammenarbeit mit den jüdischen Überlebenden des antisemitischen und rassistischen Terroranschlags von Halle in dem Berliner Gedenken, denn die Überlebenden leben hier unter uns. Ich bin auch Hillel Deutschland sehr dankbar, die das Festival of Resilience ausrichten. Mein Ansatz, den beispielsweise dieses Festival of Resilience auch verwirklicht, ist, die verschiedenen Communitys zusammenzubringen, und das versucht auch Die Linke. Denn eine Sache haben wir Menschen, die von

Rassismus betroffen sind, mit Menschen gemeinsam, die von Antisemitismus oder auch anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, nämlich dass es eben diese Übergriffe gibt, dass es Diskriminierung gibt, dass staatliche Einrichtungen nicht adäquat reagieren, nicht adäquat schützen und ihre Strukturen nicht so aufstellen. Deswegen ist für mich die Arbeit, Communitys zusammenzubringen, auch eine Frage von gesellschaftlichem Zusammenhalt, und das ist hier noch gar nicht wirklich intensiv besprochen worden.

Ansonsten – das wurde hier auch schon gesagt – ist es natürlich so, dass sich Antisemitismus in allen Strukturen, in allen gesellschaftlichen Gruppen, in allen Parteien wiederfindet. Wir haben die Mitte-Studien, die zeigen, dass 20 Prozent der deutschen Bevölkerung klar antisemitische Vorstellungen haben. Es gibt zu den verschiedenen Communitys unterschiedliche Studien, die hier zum Teil schon erwähnt wurden, die teilweise auch unterschiedliche Ergebnisse haben, aber es ist, denke ich, ein gesamtgesellschaftliches Problem, und auch wir als Linke stehen hier in der Verantwortung. Es wurde vorhin auch gesagt – ich glaube, von Herrn Leemhuis –, und das finde ich auch richtig, dass alle Parteien da ihre Hausaufgaben zu machen haben. Insofern arbeiten wir an unseren Hausaufgaben, wir entwickeln Leitfäden und wir äußern uns klar. Ich denke, da sollte jede Partei hier auch vor der eigenen Haustür kehren und sich mit diesem Problem und dieser Form der Gewalt, wie es Marina Chernivsky vorhin gesagt hat, auseinandersetzen.

Das möchte ich zu diesen Dingen sagen, und ich hoffe, dass ich hier einige Dinge klarstellen konnte, die für mich so nicht stehen bleiben können – aus meiner eigenen persönlichen Biografie, aber auch aus dem jahrelangen und Jahrzehntelangen Engagement von vielen Menschen in meiner Partei im Kampf gegen Antisemitismus. Das ist Ihnen, glaube ich, durchaus bekannt, da brauche ich jetzt nicht viele einzelne Namen aufzählen, weil Sie die Menschen kennen, die sich hier sehr stark engagieren. Das dazu. Trotzdem nehmen wir auch Kritik wahr und zur Kenntnis und sind im Dialog. Das ist auch unsere Aufgabe, immer mit allen jüdischen Organisationen und mit allen Organisationen von Betroffenen im Dialog zu bleiben, um den Dialog weiterzuentwickeln und weiter voranzutreiben.

Ansonsten – da schließe ich mich Cihan Sinanoğlu an – finde ich eine derartige Beschreibung der verschiedenen Proteste auch nicht richtig. Es gibt auch Proteste, zu denen Nichtregierungsorganisationen aufgerufen haben, und ich denke, dass es nötig und legitim ist, die aus meiner Sicht extrem rechte Regierung aktuell in Israel auch für das zu kritisieren, was sie tut. Das muss weiterhin möglich sein. Insofern finde ich eine pauschale Delegitimierung und Kriminalisierung der Proteste nicht angemessen.

Ansonsten habe ich auch noch ein paar Fragen, die ich gern stellen möchte, denn ich finde, das einige Sachen hier noch nicht ausreichend besprochen wurden. Wir haben über Dialog gesprochen. Marina, Saraya und auch Frau Prof. Brüning haben noch einmal diese Bedarfe angesprochen, und da möchte ich den Senat fragen: Wo sind aus Ihrer Sicht Leerstellen? Wo sehen Sie zusätzliche Bedarfe? Sehen Sie jüdische Bedarfe genug angenommen, oder was könnten Sie da noch tun? Hier wurde auch von Diskriminierung von Kontingentgeflüchteten, von Altersarmut und von Gesundheitsversorgung gesprochen, aber auch von institutionellen und strukturellen Formen des Antisemitismus, wozu es jetzt auch in Zusammenarbeit mit der ADS, mit OFEK und auch anderen Organisationen Studien gibt. Was ist Ihre Einschätzung zu der Frage von strukturellem und institutionellem Antisemitismus? Was sind Strategien und Maßnahmen, die Sie entwickeln? Können Sie noch einmal auf diese Fragen eingehen? Zur

Not, wenn das heute nicht mehr klappt, gern schriftlich, denn es betrifft ja teilweise auch Verwaltungen, die jetzt nicht anwesend sind. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Eralp! – Mein Vorschlag mit Blick auf die Uhr ist, dass Sie jetzt die Möglichkeit haben, noch einmal fünf Minuten darauf einzugehen. Alles andere wird dann schriftlich nachgereicht, und meine Bitte ist tatsächlich, wie wir verabredet haben, dass die Verwaltung all die Fragen, die vorhin schon formuliert worden sind, mitbeantwortet – aber dann auch in Richtung Justiz und den anderen Verwaltungen. Wir haben vorhin in der Sprecherinnen- und Sprecherrunde verabredet, dass beim nächsten Mal alle Verwaltungen, die wir benennen, dann auch bei der Anhörung dabei sind, sodass sie dann die Möglichkeit haben, nicht auf das Protokoll zu warten, sondern direkt in die Zuarbeit der Beantwortung der Fragen zu gehen. Das heißt, beim nächsten Mal sitzen alle Verwaltungen mit am Tisch, die eingeladen worden sind. Wir haben uns auf einige verständigt. – Dann würde ich Sie bitten, Herr Dr. Leemhuis, noch einmal fünf Minuten darauf einzugehen, wenn Sie wollen, oder wenn Sie losmüssen, dann auch gern schriftlich.

Dr. Remko Leemhuis (AJC): Könnte ich vielleicht anfangen, weil ich losmuss?

Vorsitzender Raed Saleh: Gern! Dann machen Sie zuerst fünf Minuten und im Anschluss die Verwaltung!

Dr. Remko Leemhuis (AJC): Ich versuche auch, mich kurz zu halten und in den fünf Minuten zu bleiben. Falls es noch Nachfragen gibt, beantworte ich sie auch gern schriftlich oder in einem Gespräch, wie auch immer.

Die Frage zu der genannten Moschee hier in Berlin: Als das Islamische Zentrum Hamburg verboten wurde, wurde gesagt, dass eine Moschee verboten worden ist. Ich finde, dass man da auch sprachlich präzise sein muss: Es ist keine Moschee verboten worden, es ist ein Trägerverein verboten worden. Deswegen plädiere ich auch nicht für ein Verbot von Moscheen, sondern von Strukturen und Organisationen, die das im Endeffekt betreiben. Dass wir uns natürlich wünschen würden, dass die deutsche Politik, sei es auf der Länderebene oder auf der Bundesebene, konsequenter gegen das iranische Regime und seine Vertreterinnen und Vertreter hier vorgeht, ist kein Geheimnis, dafür haben wir lange geworben. Man muss aber ehrlicherweise sagen, dass das Islamische Zentrum Hamburg bis vor drei Jahren noch Teil der SCHURA und damit Teil der Bemühungen war, um zum Beispiel über die Gestaltung von islamischem Religionsunterricht an Schulen zu reden. Da stellt sich schon die Frage, warum man diese Abgrenzung zu diesen Organisationen nicht hinbekommt. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, dass der größte Mitgliedsverband des Zentralrats der Muslime ATİB ist; das sind türkische Faschisten. Die Abgrenzung nach politisch rechts in der Politik klappt mal besser, mal weniger gut, aber grundsätzlich schon ganz okay – nur beim Islamismus hat man permanent Probleme, rote Linien zu ziehen, und das kritisieren wir auch. Ich verstehe bis heute nicht, warum bestimmte Akteure, die auch vom Verfassungsschutz beobachtet werden – nicht dass das jetzt der Maßstab für alles ist, aber die seit Jahrzehnten vom Verfassungsschutz beobachtet werden –, immer noch Ansprechpartner sind. Das würde man nirgendwo anders akzeptieren.

Die Frage nach der Schließung der Botschaft ist, glaube ich, eine Frage, die man vielleicht an die Bundesregierung richten müsste. Was mich besorgt – auch heute vor dem Hintergrund der

Entwicklungen –, ist die Sicherheit jüdischer Institutionen und von Jüdinnen und Juden in dieser Stadt. Ich hoffe, dass die Sicherheitsbehörden schon dabei sind, darauf zu reagieren und die Sicherheit hochzufahren, weil natürlich immer klar war: Sollte es zu Angriffen iranischer Atomwaffenanlagen kommen, wird eine asymmetrische Terrorkampagne im Westen folgen. Vielleicht noch als Letztes zu diesem Komplex: Wir haben eine Umfrage zu antisemitischen Einstellungen auch unter Muslimen in Deutschland gemacht, und ein ganz wichtiger Befund – den auch die Bertelsmann Stiftung in ihrer letzten Studie gemacht hat – ist: Je häufiger Menschen Moscheen besuchen, je religiöser sie sind, desto höher ist die Zustimmung zu antisemitischen Einstellungen. Ich glaube, dieses Feld ist noch gar nicht wirklich bearbeitet worden beziehungsweise was das eigentlich auch für die Praxis bedeutet.

Anschließend an das, was Sie gesagt haben, Frau Gomis, aber das bezieht sich auch noch ein bisschen auf Herrn Grigat: Gedenkveranstaltungen. Es ist immer gut, betroffene Reden zu halten und an die Vergangenheit zu erinnern, aber einen Tag später lässt man sich dann lachend mit einem Vertreter des iranischen Regimes ablichten. Da kommt schon die Frage auf, wie das eigentlich zusammenpasst. Ich plädiere immer wieder dafür, dass man Außenpolitik und Innenpolitik zusammen denkt. Natürlich sind diese Gedenkveranstaltungen wichtig, aber auch wir machen immer wieder die Erfahrung, dass dann zwar schon die richtigen Worte gefunden werden, aber leider für die Gegenwart wenig Konsequenzen daraus gezogen werden – obwohl ich auch sagen muss, dass Berlin, was die Präventionsarbeit und die Förderung von NGOs angeht, in vielerlei Hinsicht in Deutschland vorbildlich ist.

Was die Sache mit den Feiertagen betrifft: Da würde ich Sie an die Jüdische Gemeinde verweisen. Ich habe auch oft mit der JSUD darüber gesprochen, und leider gab es immer noch keine Lösung, was die Sache mit Prüfungen an Feiertagen angeht. Das ist sehr bedauerlich, und ich unterstütze das, aber wie gesagt, das ist vor allen Dingen eine Sache von der JSUD oder der Jüdischen Gemeinde als Ansprechpartner.

Was das Naziproblem in Berlin angeht: Wir beobachten, dass es seit anderthalb, vielleicht zwei Jahren so eine neue Form gibt, also sehr junge Menschen, sehr unorganisiert, sehr unstrukturiert. Es ist nicht mehr so wie in den Nullerjahren, in denen es sehr klar identifizierbare Strukturen gab. Das macht es für mich ein bisschen schwierig, das einzuschätzen. Ich bin mir sehr sicher, dass es eine Gefahr für Jüdinnen und Juden in dieser Stadt ist, weil es Neonazis sind. Ich bin da aber ehrlicherweise kein Experte, und das Bild ist für mich im Moment noch ein bisschen zu diffus, auch was das örtliche Agieren angeht: Wo befinden sie sich eigentlich, also wo sind die örtlichen Schwerpunkte? Aber das ist schon in dem Sinne bedenklich, weil wir auch in anderen Fällen gesehen haben, dass es ähnliche Phänomene in anderen Städten und eine extrem schnelle Radikalisierung gibt. Erst vor zwei oder drei Wochen hat die Generalbundesanwaltschaft Hausdurchsuchungen mit Verdacht terroristischer oder zumindest krimineller Vereinigungen durchgeführt, und einige der Durchsuchten waren 14 Jahre alt. Das heißt, wir erleben gerade, wahrscheinlich auch durch soziale Medien, eine extreme Radikalisierung von sehr jungen Menschen. Auch dem ist bisher noch nicht adäquat begegnet worden.

Ein Satz grundsätzlich: Ich glaube, dass man sich in der Antisemitismusprävention auch immer die Begrenztheit dessen bewusst machen muss, was man erreichen kann, weil Antisemitismus als Ideologie, als Weltanschauung schon schwierig zu durchbrechen ist. Im Wesen des Antisemitismus liegt sozusagen die Grenze der Aufklärung, wie der Soziologe Detlev Clausen einmal gesagt. Wirkliche Antisemiten wird man wahrscheinlich nicht erreichen. Für mich

ist deshalb bei der Prävention auch immer die Frage, dass man ehrlich darüber spricht: Wen kann man eigentlich tatsächlich noch erreichen? Wer ist eigentlich noch erreichbar?

Die Universitäten wurden hier gerade noch einmal genannt. Wir weisen immer auf den Aspekt hin, dass wir nicht nur über die Studierenden, sondern auch über die Professoren reden sollten, die ja in den meisten Fällen verbeamtet sind und sehr lange da sitzen werden und die zum Teil als Stichwortgeber dieser Proteste fungiert haben. Trotzdem noch einmal mit Blick auf die Studierenden, die jetzt zum Beispiel ihrer Solidarität mit der Hamas Ausdruck verleihen: Das sind die Lehrer von morgen. Das heißt – und das haben Sie ja angesprochen –, wir müssen auch über die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen reden, die ebenfalls ein großes Problem sind.

Zur IHRA und der Frage, inwiefern sie rechtlich bindend ist: Die IHRA ist nach wie vor nicht rechtlich bindend, und das ist auch nicht der Anspruch, den wir an die IHRA haben. Auch wenn sie in Förderrichtlinien aufgenommen wird: Ich kann die Aufregung darüber nicht verstehen, denn man nimmt ja auch in Förderrichtlinien auf, dass keine rassistischen, keine antisemitischen und keine sexistischen Projekte gefördert werden, und in der IHRA ist die Unterscheidung zwischen legitimer – Das ist ja in der IHRA erklärt. Es gibt Beispiele dazu. Es gibt mittlerweile auch ein Handbuch dazu. Das ist nicht so schwierig, und ich wundere mich immer darüber – das meine ich jetzt gar nicht auf Sie bezogen: Wenn man in der Richtlinie sagen würde, wir fördern keine rassistischen und sexistischen Projekte oder wie auch immer, dann hätte keiner ein Problem damit. Nur wenn es um Antisemitismus geht, finden sich – von den üblichen Verdächtigen abgesehen – auf einmal über 2 000 Menschen in dieser Stadt gegen so eine Absage an die Förderung antisemitischer Events oder Institutionen zusammen.

Auch das möchte ich noch einmal betonen, weil es in der Debatte immer begrifflich durcheinandergeht: Selbst wenn man nicht gefördert wird, ist das keine Einschränkung der Kunst- oder Meinungsfreiheit. Das heißt, dass man keine Steuergelder für das bekommt, was man tut, aber die Dinge, die man machen will, kann man ja trotzdem machen. Es gibt eben kein Recht darauf, Steuergelder für jegliche Kunst- und Kulturprojekte zu bekommen, die man vorhat. Trotzdem kann man ja der Kunst nachgehen und diese Dinge tun, es besteht eben nur kein Anrecht darauf, sich das stets und immer fördern zu lassen. Das vielleicht ganz kurz. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Dr. Leemhuis, auch dafür, dass Sie bis zum Schluss geblieben sind! Vielen Dank stellvertretend an alle drei Anzuhörenden! – Wir haben jetzt die Möglichkeit, SenASGIVA zu hören. Dann würde die Senatsverwaltung für Kultur noch kurz etwas zu der Frage von Frau Gomis zu den 10 Millionen Euro sagen, damit das jetzt beantwortet wird, und der Rest wird schriftlich eingereicht, ja?

Saraya Gomis: Okay!

Staatssekretär Max Landero (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich starte am Anfang mit der kleinen Bitte an die Enquete-Kommission, dass wir die schriftliche Beantwortung der Fragen vielleicht nicht immer zur nächsten Sitzung, sondern ein bisschen langfristiger planen, weil Sie, glaube ich, tatsächlich nicht immer alle Unterlagen von Sitzung zu Sitzung brauchen, sondern am Ende alles vorliegen muss, beziehungsweise dann, wenn Sie in die Erarbeitung

gehen. Das würde den Mitarbeitenden in der Verwaltung auf jeden Fall helfen. – Vielen Dank!

Ich kann mich den Worten anschließen, die hier gerade schon gesagt wurden. Ich finde, dass das heute eine qualitative Debatte und auch sehr guter Austausch ist, und wir als Verwaltung nehmen natürlich gern Stellung zu den Fragen, die gerade genannt wurden, und natürlich auch zu weiteren Fragen.

Zunächst noch einmal zurück nach Berlin: Unser Landesprogramm ist tatsächlich als lernendes System angedacht. Das bedeutet, dass wir im Umsetzungsbericht immer die Leerstellen definieren, die wir aufgrund von aktuellen Situationen haben – nicht, dass Sie das suggeriert hätten. Aber das Verständnis, dass wir immer alles antizipieren könnten, ist an dieser Stelle vielleicht gar nicht der Anspruch, sondern wir versuchen, bestmöglich auf gesellschaftliche Phänomene und Entwicklungen reagieren zu können und uns darauf dann auch bestmöglich vorzubereiten. Desto besser unser Monitoring und desto besser unsere Vernetzung mit Zivilgesellschaft ist, desto mehr kommen wir da in die Vorhand, aber der Anspruch ist tatsächlich auch, dort reagieren zu können. Ich kann jedenfalls für meine Mitarbeitenden, für unsere Verwaltung sagen, dass wir nach diesen Geschehnissen im Oktober sehr gut und sehr schnell reagieren konnten. Wir haben mit den Opferberatungsstellen, den verschiedenen Gremien, den Runden Tischen und mit den Ansprechpersonen in verschiedenen Institutionen wirklich ein System, das natürlich zugegebenermaßen seitdem unter Vollast fährt, an der Belastungsgrenze, sich aber von der Struktur her trotzdem schon bewährt hat. Wir haben ja auch ein bisschen Unterstützung vom Parlament bekommen – das wird Herr Friederici auch gleich noch einmal sagen. Das bedeutet: Wir haben dort eine Struktur, die sich doch an der einen oder anderen Stelle als krisenfest erwiesen hat.

Darüber hinaus möchte ich noch einmal darstellen, was die Senatorin gerade schon gesagt hat, nämlich dass wir in Berlin ein Bundesland sind, das vielleicht wirklich nicht die Debatten um Definition braucht, denn wir haben Gesetze. Wir haben tatsächlich mit dem LADG, mit dem PartMigG und mit verschiedenen anderen Rechtsnormen gesetzliche Grundlagen, in denen das spezialgesetzlich geregelt ist. Das führt mich immer so ein Stück weit zu der Analyse, dass wir gar nicht so ein Erkenntnis- oder Normsetzungsproblem haben, sondern dass wir uns vielleicht an der einen oder anderen Stelle – wenn wir uns unsere Berichte, unsere Strategien und unsere Expertenkommissionen ansehen – eher ein bisschen mehr bemühen müssen, die Umsetzungskompetenz zu entwickeln, das dann wirklich so zu erreichen, wie wir es uns in den verschiedenen Papieren vornehmen, die wir aufschreiben.

Ein zentraler Punkt aus dem Bericht – da könnte ich jetzt voregreifen, der ist am Dienstag im Senat – ist natürlich angesichts der derzeitigen Situation die Sicherheit jüdischen Lebens in der Stadt. Das ist natürlich ein Thema, das ganz viele Menschen beschäftigt und das uns aus der Zivilgesellschaft gespiegelt wird. Das ist ein großes Thema, die Verunsicherung im nächsten Bereich, die aber auch auf der Straße sichtbar ist. Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen. Nicht jeder wird Personenschutz bekommen können, sondern wir müssen versuchen, dass diese Stadt wieder ein Raum für alle wird oder bleibt. Das ist auf jeden Fall unser Anspruch an dieser Stelle.

Darüber hinaus gab es die konkrete Frage, wie Ansprechpersonen zusammenarbeiten. Da sei mir erlaubt zu sagen: Dass wir als Berlin darstellen können, wie verschiedene Ansprechper-

sonen zusammenarbeiten, liegt überhaupt erst einmal an dem Erfolg, dass wir Ansprechpersonen haben und diese Themen mittlerweile in der ministerialen Arbeit verankert haben. Das bedeutet: Es ist so, dass wir diesen intersektionalen Ansatz als Mehrwert für jeden einzelnen Phänomenbereich sehen. Wir sind ganz klar der Ansicht, dass sie zusammenarbeiten müssen und sollen. Ganz räumlich kann ich Ihnen sagen, dass die Kolleginnen und Kollegen zum Thema Antisemitismus, glaube ich, mit den Kolleginnen und Kollegen zu antimuslimischem Rassismus in einem Raum sitzen. Sie tauschen sich tagtäglich aus und haben gar nicht diese Grenze im Kopf, die vielleicht manchmal in der einen oder anderen politischen Debatte suggeriert wird, sondern sie denken das natürlich intersektional.

Wir wollen das aber auch noch fortsetzen. Wir wollen darüber nachdenken, wie Vertreterinnen und Vertreter von verschiedenen fachpolitischen Ressorts vielleicht noch in Gremien von anderen platziert oder integriert werden können. Wir denken auch immer wieder in verschiedenen Strategien, wie beispielsweise von der IGSV und der Landesstrategie für queere Sicherheit, die Perspektive zum Kampf gegen Antisemitismus mit. Wir denken gleichzeitig in anderen Kontexten die Frage von anti-Schwarzem Rassismus mit. Das bedeutet: Wir machen da nicht diese Grenze auf, sondern versuchen tatsächlich bestmöglich intersektional zu arbeiten. Am Ende sind wir, als unsere Behörde, natürlich aber immer nur so stark, wie uns auch die anderen Behörden unterstützen. Das ist tatsächlich eine Analyse, die wir gesehen haben, nämlich dass wir dort in letzter Zeit schon größere Herausforderungen haben, mit manchen Themen, die wir adressieren, voranzukommen. Da würde ich Sie in der Analyse unterstützen. Wir sind aber tatsächlich beim Thema Antisemitismus ganz klar die Behörde, die gerade das Thema der Ansprechpersonen verstetigt hat, also wir haben auch Stellen für Referentinnen und Referenten geschaffen, so wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Wir haben diesen Umsetzungsbericht gemacht. Wir haben die Millionen, die wir bekommen haben, auf die Straße gebracht und die sind angekommen, das hat ja OFEK auch gerade dargestellt. Das bedeutet, wir haben das, was in unserer Macht steht, wirklich getan – und noch der kleine Hinweis: Das Thema Bestattungsgesetz ist auch besser geworden.

Dort gibt es Erfolge. Das bedeutet, wir müssen schon sagen, wir sind auf dem Weg. Auch wenn nicht alles perfekt ist, muss man schon sagen, dass wir uns an der einen oder anderen Stelle auch nicht kleiner machen sollten, als wir sind.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Als Nächstes Herr Staatssekretär Friederici.

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Max Landero hat schon ganz viel berichtet über die Aktionspläne und die Maßnahmen, die sich um den Komplex der Bekämpfung des Antisemitismus herumranken.

Ich möchte aber auf eine Sache, weil ich nachher noch ein kleines Summary geben werden, noch mal eingehen. Frau Gomis! Ich sehe Ihnen das nach, es ist wahrscheinlich nur ein Missverständnis, oder vielleicht ist es hier auch nicht so richtig rübergekommen. Es sind nicht nur 2,2 Millionen Euro, die wir in einem jurierten Fonds bei Maßnahmen gegen Antisemitismus und für den interreligiösen Dialog fördern, es sind 10 Millionen Euro, die diese Koalition für den Haushalt 2024/2025 im Jahr 2025 bereitgestellt hat, und wir sind sehr motiviert, dieses Thema auch restlos auszureichen. Dazu gehören auch diese 2,2 Millionen Euro, aber auch eine ganze Vielzahl von Einzelmaßnahmen und Projekten wie auch Zusammenarbeiten und Kooperationen – Max Landero hat es angesprochen – mit anderen Verwaltungen, SenASGIVA ganz prominent, aber auch die Senatsverwaltung für Bildung, und wir haben auch noch andere Kooperationspartner.

Und, das kommt noch hinzu: Wir haben in diesem 10-Millionen-Euro-Fonds natürlich auch Maßnahmen, die für die Antisemitismusprävention in der Kultur stehen. Das war uns auch sehr wichtig, deswegen ist es ja vom Haushaltsgesetzgeber für diesen Bereich in die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt gegeben worden. Das ist einerseits die Kultur, das ist andererseits der Bereich Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Hier sind es die Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften, übrigens nicht, auch verständlich, negativ konnotiert wie vorhin, sondern Weltanschauungsgemeinschaften, beispielsweise der HVD, die von uns auch in ihrer Arbeit unterstützt werden, aber auch die kirchlichen. Ein wesentlicher Bestandteil des Geschäftsportfolios der Senatsverwaltung, wenn ich das einmal so sagen darf, im Bereich des Gesellschaftlichen Zusammenhalts sind aber natürlich auch das Ehrenamt und die Freiwilligenarbeit und die Anerkennung, die wesentlich dazu beitragen, dass hier ein langfristiges Demokratieprinzip gestärkt und gefestigt wird.

Ich möchte darauf nachher noch mal eingehen. Wir machen ja nachher noch mal ein Summary. Mit Rücksicht auf die Uhr hatten wir uns jetzt darauf verständigt. In der ersten Runde macht das die verehrte Kollegin Senatorin für ASGIVA Frau Kiziltepe. Ich würde dann in der zweiten Runde noch mal ein kurzes Summary geben.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann kommen wir zum Schluss, was den Tagesordnungspunkt 1 betrifft. Ich will aber daran erinnern, dass wir verabredet haben, dass die Fragen, die noch kamen, eingereicht und schriftlich beantwortet werden und dass wir festhalten, dass beim nächsten Mal auch die Verwaltungen hier vertreten sind, sodass wir Zeit sparen bei der Kommunikation der Fragen in Richtung des Senats. Können wir das so gemeinsam verabreden? – Dann tragen wir das auch so ins Protokoll ein. – Ich

würde jetzt mit Blick auf die Uhr vorschlagen, 20 Minuten Pause. Oder brauchen Sie länger?
– 25 Minuten, um fünf vor halb sind wir wieder hier. – Okay, Herr Haustein? – Super, bis gleich!

[Unterbrechung der Sitzung von 14.03 bis 14.34 Uhr]

Vorsitzender Raed Saleh: So, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Wir machen weiter. Kommen wir nun zu

Punkt 2 der Tagesordnung

**Erscheinungsformen von Antisemitismus,
Empowerment und Präventionsstrukturen**

Hierzu: Anhörung

Ein Hinweis: Zu Tagesordnungspunkt 2 ist Herr Schwietring von SenASGIVA anwesend. – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls für Tagesordnungspunkt 2 gewünscht ist. – Ich begrüße jetzt alle Anzuhörenden zum Tagesordnungspunkt 2 ganz herzlich: Herrn Alexander Carstiu, Programmschänke Bajszel und Mitglied im Verein Masiyot, Frau Prof. Dr. Friederike Lorenz-Sinai, Fachhochschule Potsdam – sie wird spätestens um 15.15 Uhr los müssen – [Zuruf von Dr. Friederike Lorenz-Sinai] – oder ein bisschen später, okay, sehr guter Hinweis, super, vielen Dank! –, Frau Veronika Nahm, Direktorin des Anne Frank Zentrums und Vertreterin der Koordinierungsstelle des Kooperationsverbunds gegen Antisemitismus, und Herr Iven Saadi, BildungsBausteine e. V.

Wir haben verabredet, dass wir auch hier sieben Minuten Eingangsstatements haben, und wir würden anfangen mit Frau Prof. Dr. Lorenz-Sinai. – Bitte schön, Sie haben das Wort! – Und vielen Dank allen Anzuhörenden, dass Sie heute bei uns sind! Danke schön dafür!

Dr. Friederike Lorenz-Sinai (Fachhochschule Potsdam): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Enquete-Kommission! Liebe Anwesende! Vielen Dank für die Einladung! – Antisemitismus als Gewalt- und Diskriminierungsphänomen trifft Menschen unmittelbar in ihrem heutigen Alltag in der Berliner Stadtgesellschaft. Antisemitische Gewalt bedroht, verletzt physisch und psychisch, und – das ist mir wichtig hervorzuheben – neben manifesten Übergriffen, Protesten, Symbolen und Zeichen geht es auch in einem weiteren Sinn um die Einschränkung von Teilhabe und um die Einschränkung von Zukunftsperspektiven. So viel ist klar: dass Antisemitismus Partizipation, Wohlbefinden und Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft einschränkt. Wir wissen das durch die wichtigen Zahlen von RIAS, wir wissen das durch die dokumentierten Berichte der communitybasierten Beratungsstelle OFEK, wir wissen das durch die ersten berlinbezogenen Studien, die es gibt. In den hier dokumentierten und empirisch untersuchten Fällen wird deutlich, dass die bekannten Erscheinungsformen des Antisemitismus in der Realität nicht analytisch getrennt auftreten, sondern ineinander verwoben, gleichzeitig erfahren und erlebt werden und sich auf Menschen auswirken.

Wie können wir also Erscheinungsformen des gegenwärtigen Antisemitismus in ihrer Verschränktheit präzise beschreiben und begreifen, und das in der Post-Shoah-Gesellschaft Deutschland, und da noch mal spezifisch hier im heutigen Berliner Alltag? – Hilfreich finde ich hier immer wieder die Metapher der Zwiebel, die darauf hinweist, dass Antisemitismus als das älteste bekannte Ressentiment der Menschheitsgeschichte sich nicht sozusagen in Phasen aufteilen lässt, sondern dass die Kerne des Antisemitismus, der antike, der vorehrchristliche und der christliche Antijudaismus, weiterhin bestehen bleiben, bis in die Gegenwart fortwirken, den Kern dieser Zwiebel bilden und sich nur immer wieder neue Schichten darum herumlegen, sich miteinander verbinden. Antisemitismus als ein hoch flexibles Feindbild, wie Astrid

Messerschmidt und andere sagen, wird immer wieder verbunden und erweitert, wie wir zum Beispiel im Rahmen der Coronapandemie sehr eindrücklich erleben konnten.

Der rassistische, der politische und aktuell insbesondere der israelbezogene Antisemitismus stehen nicht für sich isoliert, sie werden aktualisiert und erneuert, und sie wirken in Institutionen kontextspezifisch. So formen sich in institutionellen Kontexten auch spezifische Praktiken der Reaktion und des narrativen Umgangs mit Antisemitismus. In Schulen finden wir vielfach die Legitimation und Relativierung, es gehe hier um pubertäre Provokation oder vorübergehendes jugendliches Verhalten, während wir an Hochschulen eher die Legitimation finden, bei klar antisemitischen Äußerungen gehe es um ein Thema von Wissenschaftsfreiheit oder politische Meinung und Ähnliches.

Wichtig ist dabei meines Erachtens, von einem limitierten, nämlich situationsbezogenen Antisemitismusverständnis wegzukommen hin zu einer Idee davon, dass es bei Antisemitismus um eine soziale Praxis geht, die wir alle im Laufe der Sozialisation erlernen, in der Familie, in Kita, Grundschule, Betrieben und in anderen großen gesellschaftlichen Institutionen. Was diese Ideologie des Antisemitismus, die in Wissensbeständen verinnerlicht und dann in Praktiken vollzogen wird, kennzeichnet, ist, dass es dabei im Kern um einen Vernichtungswunsch geht, um die Fantasie, sich von Zumutungen zu befreien, der wahnhaften Vorstellung, beherrscht, dominiert und unterdrückt zu werden, die auf das Jüdische projiziert wird, auf Juden und Jüdinnen und damit Juden und Jüdinnen real bedroht, aber nicht mit jüdischem Verhalten real zusammenhängt, sondern ein Thema der Mehrheitsgesellschaft ist. Das wird besonders deutlich, wenn wir auf den Gehalt der gegenwärtigen antisemitischen Sprache schauen, der Codes, der Andeutungen: dass dieser vernichtungsideoologische Kern darin immer wieder eine Rolle spielt.

Was heißt das jetzt für den Berliner Kontext? – Ich möchte hier kurz auf Daten, die fünf Jahre alt sind, zurückgehen, nämlich die Studienreihe „Antisemitismus im Kontext Schule“, die Marina Chernivsky und ich in mittlerweile fünf Bundesländern durchgeführt haben, so auch in Berlin am Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung. In der Berliner Studie haben wir mit Berliner Lehrkräften in nahezu allen Berliner Stadtteilen gesprochen. Deutlich wird hier neben spezifischen Bedarfen immer wieder eine kollektiv ähnlich formulierte Einschätzung, Antisemitismus sei etwas Ungreifbares, etwas Abstraktes, lasse sich kaum fassen, in Differenz zum Rassismus, wo die Lehrkräfte sich selbst – was nicht heißt, dass das von Schülerinnen und Schülern oder Kolleginnen und Kollegen so erlebt wird – als handlungsfähiger beschreiben, da sie wüssten, wer die Betroffenen sind. Das macht deutlich, dass bei Antisemitismus die Betroffenen, das heißt, jüdische Kinder und Jugendliche, ihre Familien, aber auch jüdische Kolleginnen und Kollegen, unsichtbar scheinen, nicht repräsentiert sind, nicht abgebildet sind in schulischen Konzepten und Maßnahmen. Die Annahme der jüdischen Nichtpräsenz führt dazu, dass Interventionen häufig ausschließlich an den antisemitisch Handelnden ausgerichtet werden und nicht primär an den Betroffenen, was nämlich ein Verständnis von Antisemitismus als gewaltförmige Struktur und Diskriminierungspraxis beinhalten würde.

In der Berliner Studie haben wir leider keine jüdischen Schülerinnen und Schüler interviewt. Das haben wir in den vier anderen Studienteilen gemacht, und ich denke, hier lassen sich die Befunde ein Stück weit übertragen. Jüdische Jugendliche und ihre Familien heben als zentrale Erfahrung ihrer Schulbiografie hervor, dass sie sehr früh lernen, dass ihre jüdische Biografie,

Identität, Zugehörigkeit, die ja auch sehr unterschiedlich ist, unangenehme Reaktionen hervorruft, sodass es eine sehr typische Reaktion ist, sehr früh zu lernen, sehr vorsichtig mit diesem Teil der Identität umzugehen. Zugleich sagen Lehrkräfte häufig: Wir haben kein Antisemitismusproblem an der Schule, denn wir haben keine jüdischen Schülerinnen und Schüler. – Wir sehen, dass Antisemitismus hier wieder an jüdische Anwesenheit gebunden und nicht als Professionalisierungsaufgabe verstanden wird, die die ganze Schule, und das lässt sich übertragen auf weitere Institutionen, die die ganze Institution betrifft, auch unabhängig von manifesten Übergriffen und vor allem unabhängig davon, ob bekannt ist, dass jüdische Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeitende und Adressatinnen und Adressaten dort sind. So wirkt institutioneller Antisemitismus in Form von eingeschränkter Teilhabe, fehlender Sichtbarkeit und fehlender Repräsentation in Institutionen. Interventionen werden limitiert und nicht zureichend ausgerichtet. Der Fokus geht immer wieder auf die vermutete Intention. Das ist mir wichtig, das ist ja die vermutete Intention: Es geht dabei um Pubertät, es geht dabei um dies, um das –, und es wird nicht geschaut: Wie ist denn die Wirkung? – Die Wirkung entfaltet sich unabhängig von der Intention antisemitischer Handlungen.

Antisemitische Praktiken wirken nicht nur gewaltvoll, sie rufen nicht nur direktes Leid hervor, sie wirken langfristig einschränkend. So erzählen Eltern in verschiedenen Interviews auch unserer laufenden Studie zu den Auswirkungen des 7. Oktober 2023, wie sie zunehmend Schulwechsel erwägen, wie Überlegungen zur Auswanderung eine Rolle spielen. Zugleich zeigt sich ein verstärktes innerjüdisches Empowerment. Communitybasierte Beratungsangebote wie von OFEK, aber auch Angebote der Vereine, der Gemeinden, verschiedener selbst organisierter Gruppen und Initiativen werden verstärkt teilweise erstmalig aufgesucht und neu gegründet. Weite Teile der Community rücken zusammen. Dabei ist mir wichtig, dass der Begriff des Empowerments für Betroffene vorbehalten bleibt, während es gilt, Fachkräfte und institutionelle Akteurinnen und Akteure unmittelbar zu stärken, Rückhalt zu bieten und sich institutionell zuständig zu erklären, unabhängig von den einzelnen Zahlen in den einzelnen Institutionen.

Das bedeutet – ich komme zum Ende! – den Ausbau und die Stärkung bestehender Strukturen, keine Doppelstrukturen. Hier wurde sehr viel entwickelt, zivilgesellschaftlich, teils unter sehr prekären Bedingungen. Es geht darum, die Expertise derjenigen zu stärken, die seit Jahren, zum Teil Jahrzehnten mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren arbeiten. Es geht um den Ausbau und die Stärkung der Erfassung und Dokumentation, die von RIAS geleistet wird, Ausbau und Sicherung der communitybasierten Opfer- und Antidiskriminierungsberatung OFEK, und schließlich scheint uns sehr wichtig, dass Berlin eigene Zahlen erhebt, wie es für den Berlin-Monitor und andere Studien in Teilen vorliegt. Wir brauchen berlinspezifische Erhebungen zu den Dynamiken und insbesondere auch zu den unterschiedlichen Institutionen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Prof. Dr. Lorenz-Sinai, für diesen Vortrag! – Als Nächstes Herr Carstiu. – Sie haben das Wort, bitte!

Alexander Carstiu (Programmschänke Bajszel und Verein Masiyot): Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Einladung! Ich spreche zum einen als Mitbetreiber der Programmschänke Bajszel, zum anderen auch als Bildungsreferent, Historiker und Gründungsmitglied des Vereins Masiyot, der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus in Neukölln und in anderen Teilen von Berlin macht.

Ich dachte mir, am interessantesten für das Gremium heute ist ein persönlicher Bericht über meine, über unsere Erfahrungen in Neukölln in den letzten Jahren. Der Antisemitismus ist kein Phänomen, das in Neukölln erst nach dem 7. Oktober 2023 aufgetreten ist. Ich wohne seit 20 Jahren dort. Man hat das sehr lange schon gemerkt, sehr viele israelische und jüdische Freunde haben Neukölln gemieden, wollten sich nicht öffentlich zeigen. Die Entwicklung ist also keinesfalls neu. Wir als Programmschänke Bajszel und als Verein Masiyot haben deswegen schon vor Jahren Veranstaltungsreihen gegen Antisemitismus geplant, und nicht nur das, wir wollten eben auch eine Plattform haben für Leute aus dem Iran, heute ein sehr aktuelles Thema, Exiliraner, die gegen das Regime aufstehen, für Menschen, die Islamismus und Antisemitismus kritisieren, für Kurdinnen und Kurden, für viele Menschen, die unter der aktuellen Dominanz von antisemitischen Strukturen in Neukölln leiden. Wir haben von Anfang an Unterstützung von der Integrationsbeauftragten Güner Balcı bekommen, die ich an der Stelle sehr lobend erwähnen möchte, auch von Bürgermeister Martin Hikel.

Unser Laden ist schon, nachdem wir eine Veranstaltung zu einer Broschüre zur Entstehung Israels gemacht haben, die von der Landeszentrale für politische Bildung gefördert worden ist, die sämtliche Mythen über die Staatsgründung widerlegt hat, ins Visier der Antisemiten geraten. Das war mehrere Wochen vor dem 7. Oktober. Unsere Veranstaltung ist gestört worden und konnte nur unter massivem Polizeischutz stattfinden. Anwesende Jüdinnen und Israelis sind beleidigt und bedrängt worden. Es gab dann eine beispiellose Schmutzkampagne gegen unseren Laden, also das zog sich über Google-Bewertungen bis hin zu persönlichen Bedrohungen. Nach dem 7. Oktober hat das noch mal deutlich zugenommen. Es gab Attacken auf uns. Das waren – und da finde ich es eben sehr wichtig, die Dinge beim Namen zu nennen – keine propalästinensischen Taten, wie das oft in der Zeitung geschrieben worden ist, es waren antisemitische Taten. Menschen, die sich positiv auf die Hamas beziehen, sind keine Freunde der Palästinenser. Da geht es nicht um das Leid der Menschen aktuell in Gaza oder in der Westbank, es geht um die Verherrlichung von Terror und das Predigen von Antisemitismus. Das finde ich unglaublich wichtig, das festzustellen. Das haben Polizeibehörden auch im Kontext der Angriffe gegen uns in der Anfangszeit so nicht wahrnehmen wollen.

In dieser Phase der Anfeindungen sind wir letztes Jahr im Mai zum ersten Mal mit roten Dreiecken beschmiert worden, dem Symbol der Hamas. Die Hamas markiert damit Feinde. Auch das ist leider nicht ernst genommen worden. Uns war völlig klar, das ist eine neue Dimension. „Was der Antisemit wünscht und plant, ist der Tod des Juden“, sagt Jean-Paul Sartre. So weit will ich in diesem Fall nicht gehen, aber es folgten unmittelbar Taten. Wir sind wochenlang beschmiert worden, wir sind persönlich beleidigt worden, der Laden ist diffamiert worden, und es kulminierte letztendlich in einem Brandanschlag gegen uns. – Das möchte ich an dieser Stelle noch mal sagen: Wir möchten uns nicht als die zentralen Opfer von Antisemitismus darstellen. Es gibt ganz andere Menschen, die seit vielen Jahren darunter leiden, die seit vielen Jahren Probleme haben, deren Schicksal nicht dargestellt worden ist. Ich möchte die Möglichkeit nutzen, um eben auch auf deren Schicksal hinzuweisen. – Wir sind mit Steinen beworfen worden, wir sind mit Pflastersteinen beworfen worden, wir haben Sicherheitsglas. All das hat uns gerettet. Als dieser Brandanschlag stattgefunden hat, war ein Kollege von mir noch im Laden. Die Schlösser sind verklebt worden. Wir haben das damals als Mordanschlag gewertet.

Das heißt, diese antisemitischen Schmierereien, diese Markierung – – Nachdem wir mit großen roten Dreiecken markiert worden sind, war klar: Das Verhältnis von uns zur Nachbar-

schaft hat sich auch verändert, also nicht nur arabische Nachbarn haben uns anders behandelt. Ich unterstelle jetzt nicht, dass Menschen pauschal Antisemiten sind. Ich gehe davon aus, dass denen völlig klar war, was das heißt, und dass sich deswegen eben Taten abgezeichnet haben, die dann in dieser Form auch kamen. Wir haben dann durch massiven medialen Druck, den wir aufgebaut haben, erreicht, dass wir unter Polizeischutz gestellt worden sind. Nachdem diese Taten zugenommen haben, sind wir aktuell seit fünf Wochen bei 24 Stunden Polizeischutz. Das ist leider die traurige Realität, unter der wir seit fünf Wochen leben müssen.

Noch etwas zu den Tätern: Ich kann diese These vom komplett importierten Antisemitismus definitiv nicht unterschreiben. Wir haben mit allen Formen von Antisemitismus zu tun. Wir haben Erfahrungen mit rechtem Antisemitismus gemacht, sehr viel mit linkem Antisemitismus. Leider sind auch große Teile der Partei Die Linke in Neukölln – das muss ich an dieser Stelle auch deutlich sagen – Teil des Problems, die AfD selbstverständlich sowieso. Wir sind konfrontiert mit islamischem Antisemitismus, mit islamistischem Antisemitismus in all seinen Formen. Es gab eine Kundgebung gegen uns von einem islamistischen Akteur, und wie das so ist mit Antisemitismus: Da gab es Leute von der NPD, da gab es Leute aus dem linksradikalen Milieu, und da gab es eben Islamisten. Unter dieser Bedrohungssituation haben auch mehrere Mitarbeiter von uns gekündigt. Wir bekommen aber auch sehr viel Unterstützung.

Noch mal zu den Formen des Antisemitismus in Neukölln: Die aktuellen RIAS-Zahlen, die ich habe, zeigen: Es gab eine Verdoppelung 2024 im Vergleich zu 2023. Die Zahlen sind natürlich relativ. Ich weiß nicht, wie viele Anzeigen ich in den letzten Jahren in puncto Antisemitismus gestellt habe. Keine einzige Anzeige hatte irgendeine juristische Konsequenz, auch das muss ich leider an dieser Stelle deutlich sagen. Was ich als seit 20 Jahren in Neukölln lebender Mensch, der auch Sozialarbeit dort betreibt, in den letzten Jahren auch feststellen muss: dass der türkische Antisemitismus zugenommen hat. Auch das finde ich sehr wichtig; also auch die unmittelbare Propaganda des Erdogan-Regimes hat Auswirkungen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Grauen Wölfe nach der AfD die zweitgrößte rechtsextremistische Vereinigung in Deutschland sind. All das strahlt auf Neukölln aus.

Jetzt habe ich noch 30 Sekunden. – Wir sprechen sehr viel mit Polizeibeamten, die uns schützen. Ich glaube, der Täterkreis ist eben so eine Mischung. In Frankreich sagt man analytisch „Islam-Gauchisme“ dazu, das heißt, das sind linksextremistische Kreise, die sich mit Islamisten zusammengesetzt im gemeinsamen Hass auf Israel. Dieser Hass auf Israel, dieser Antisemitismus bringt den Leuten was, das muss man leider feststellen. Der Antisemitismus ist Welterklärung, und das stellen wir fest. Dieser antisemitische Mob hat Freude daran, was er tut. Wir stellen mit großer Besorgnis fest, dass sich ein nicht unwesentlicher Teil dieser Szene in den letzten Monaten massiv radikalisiert und sämtliche Brücken zum bürgerlichen Leben abgebrochen hat. Noch mal: Jüdisches Leben in Neukölln findet nur unter Einschränkungen statt. Wir sind kein jüdisches Café, aber wir haben sehr viele jüdische und israelische Gäste. Auch Exiliraner, wie gesagt, wurden bei uns bedroht. All das ist Teil dieses Szenarios, unter dem wir täglich in Neukölln leben müssen und viele andere auch, beziehungsweise, sehr viele haben Neukölln ja verlassen, deswegen traue ich auch diesen Zahlen nicht ganz, weil auch aus unserem Bekanntenkreis sehr viele israelische Menschen einfach aus dem Bezirk weggezogen sind. – So viel vielleicht erst mal.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Carstiu, vielen Dank auch für Ihren Bericht und für die Darstellung von vor Ort aus Neukölln! – Als Nächste wäre jetzt Frau Nahm dran. – Frau Nahm, Sie haben das Wort.

Veronika Nahm (Koordinierungsstelle des Kooperationsverbunds gegen Antisemitismus): Vielen Dank! – Sehr geehrte Anwesende! Ich bedanke mich auch sehr herzlich für die Einladung. Ich spreche zu Ihnen als Teil des Kooperationsverbunds gegen Antisemitismus. Ich werde Ihnen im Folgenden die Arbeit des Kooperationsverbunds und einige Ansätze aus dem Feld der antisemitismuskritischen Bildung vorstellen.

Zum Einstieg nenne ich nur eine wichtige Ressource für unsere Arbeit, nämlich das Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismusprävention. Es umfasst fünf wichtige Handlungsfelder und benennt wichtige Inhalte, wie das Sichtbarmachen von Antisemitismus, die Unterstützung von Personen und Institutionen, die von Antisemitismus betroffen sind, die öffentliche Ächtung von Antisemitismus und die Solidarität mit den Betroffenen, die Stärkung der Analyse- und Handlungskompetenz in Bezug auf Antisemitismus, die Schaffung einer diskriminierungssensiblen Kultur und die Antisemitismusforschung im Dialog mit der Praxis. Die Organisationen, die im Kooperationsverbund gegen Antisemitismus arbeiten, sind genau zu diesen Themen im Feld. Sie arbeiten aus einer jeweils spezifischen Expertise und Schwerpunktsetzung heraus, aber eben im Verbund. Der Kooperationsverbund arbeitet nun seit Beginn dieses Jahres, baut aber auf der sehr erfolgreichen Arbeit des Kompetenznetzwerks auf, das in den vergangenen fünf Jahren gearbeitet hat. Es ist eine sehr wichtige Struktur, in der wir intensiv zusammenarbeiten, intensiv diskutieren, Themen aushandeln, auch um Themen ringen; nicht immer konfliktfrei, aber auf einer sehr guten gemeinsamen Basis. Alle Partner arbeiten bundesweit, und fünf der sechs Organisationen haben ihre Geschäftsstelle und den Großteil oder alle Mitarbeitenden in Berlin.

Die sechs Partner sind: das Anne Frank Zentrum mit dem Schwerpunkt im Kooperationsverbund auf der Verknüpfung von antisemitismuskritischer und historisch-politischer Bildung, auf der Arbeit mit Multiplikatorinnen im ländlichen Raum, auf der Jugendbeteiligung und der Arbeit im Justizvollzug; die Bildungsstätte Anne Frank – Sie haben Herrn Mendel heute Morgen kennengelernt – mit dem Schwerpunkt auf der Analyse von und Bildung zu Antisemitismus von Akteurinnen in linken und linksliberalen Milieus, in Rechtsextremismus und Populismus, in Hochschule und Kultur sowie auf digitalen Vermittlungsformaten; der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus RIAS – gerade schon häufig genannt –; Sie kennen RIAS, und Sie wissen, dass er nicht zu verwechseln ist mit der Recherche- und Informationsstelle auf Landesebene, also zum Beispiel RIAS Berlin. RIAS Bund legt den Schwerpunkt auf die systematische Erfassung antisemitischer Handlungen, auf die Aufbereitung des Monitorings aller politisch-weltanschaulichen Milieus sowie auf den Einbezug der Betroffenenperspektive. Er stellt seit Jahren das bundesweite Lagebild zur Verfügung; Sie haben es sicher auch in der letzten Woche zur Kenntnis genommen. Dann ist das Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung dabei mit dem Schwerpunkt auf praxisbezogener Forschung, auf antisemitismuskritischer Bildung, auf Qualifizierung gesellschaftspolitischer Akteurinnen sowie der Qualitätssicherung der Bildungsarbeit. Sie kennen Marina Chernivsky. Marina hat Qualitätskriterien für die antisemitismuskritische Bildung veröffentlicht. Sie sind im engen Austausch mit den Partnern entstanden. Darauf kann ich bei Interesse auch gerne noch einmal eingehen. Der fünfte Partner ist die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus. Sie kennen natürlich Derviş Hızarcı, auch Teil der En-

quete-Kommission. Wir arbeiten alle zu mehreren Schwerpunkten, aber in diesem Kooperationsverbund hat die KIgA den Schwerpunkt auf internationaler Vernetzung, dem jüdisch-muslimischen Dialog, dem Bereich der Holocaustverfälschung, dem Nahostkonflikt und der Radikalisierungsprävention. Als neuer Partner in diesem Jahr ist der Zentralrat der Juden in Deutschland dabei mit dem Schwerpunkt auf Räumen für Begegnung und Dialog, um Jüdinnen und Juden zu ermöglichen, ihre Perspektive in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen, sowie auf dem Empowerment für die jüdische Gemeinschaft.

Sie haben bei der Vorstellung jetzt bemerkt, wie breit dieser Ansatz der Antisemitismusprävention oder der antisemitismuskritischen Bildung ist. Dieses Arbeiten im Verbund hat sehr viele Vorteile. Um nur einen davon zu nennen: Wir waren auch vor dem 7. Oktober 2023 sehr gut beschäftigt, aber danach ist es zu einem Tsunami von Anfragen gekommen. Wir haben unser Möglichstes getan, damit die Situation nicht völlig eskaliert. Gleichzeitig haben wir aber bemerkt, dass der weiterhin hohe Stand an antisemitischen Vorfällen natürlich ein Stück weit auch zeigt, dass es noch zu wenig institutionelle Strukturen und Ressourcen gibt, denn auch so ein Zusammenschluss von sechs Organisationen, die am Ende dann nur für ihre Einschätzung 450 000 Euro jährlich vom BMFSFJ bekommen, kann dieses Ding bundesweit eben auch nicht auffangen.

Nun noch einige Anmerkungen zur antisemitismuskritischen Bildung; vielleicht ein bisschen speziell, aber trotzdem, uns ist es wichtig: Der Begriff der Antisemitismusprävention ist für uns ein bisschen unklar. Wir nutzen lieber den Begriff der antisemitismuskritischen Bildung, denn damit kann eben ausgedrückt werden, dass Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist und nicht durch Prävention verhindert werden kann. Antisemitismus ist also einfach da, und wir müssen versuchen, damit umzugehen und die Handlungskompetenz zu stärken. Außerdem kommt bei der Prävention der Blick dann nicht so sehr auf die institutionelle Verankerung von Antisemitismus. Häufig werden die Perspektiven von Betroffenen vernachlässigt, und häufig wird auch ausschließlich auf Kinder und Jugendliche abgezielt und nicht so sehr auf Erwachsene.

Es wurde auch schon angesprochen, aber das Themenfeld der antisemitismuskritischen Bildung hat sich bisher in Abhängigkeit von Projektfinanzierung entwickelt. Es ist ein relativ junges Themenfeld mit wenig Kontinuität und geringer Verortung in den formellen Strukturen. Hier trifft zusammen, dass Antisemitismus ein tief verwurzeltes Problem ist und wir aber eben mit kurzfristig angelegten Projektmaßnahmen dem nicht adäquat begegnen können.

Dann will ich vielleicht noch erwähnen, dass die Bearbeitung von Antisemitismus unserer Überzeugung nach als zentraler Bestandteil einer umfassenden Gesamtstrategie zur Bearbeitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit bearbeitet werden muss, die zum Ziel hat, allgemeine demokratische Alltags- und Antidiskriminierungsstrukturen zu schaffen und zu unterstützen. Es ist so, dass die meisten Träger von uns, auch im Verbund, ihren Schwerpunkt natürlich auf eine Ideologie, auf den Antisemitismus legen, aber immer auch die Ideologien intersektional betrachten und auch im Netzwerk agieren, denn nur so können wir der Komplexität des Themas gerecht werden.

Jetzt überziehe ich eine halbe Minute, denn ich möchte Ihnen noch sagen, dass wir auch davon überzeugt sind, dass Konzepte antisemitismuskritischer Bildung lernende Konzept sind, bei denen immer Anpassungen an aktuelle Entwicklungen und neue gesellschaftliche Problemlagen vonnöten sind. Wir sind angewiesen auf diese enge Vernetzung, auch auf die Informationen zu aktuellen Entwicklungen des Antisemitismus in Bezug auf inhaltliche Formen, Häufigkeiten, Orte, auf Zusammenhänge. Deswegen brauchen wir die enge Kooperation mit Melde- und Beratungsstellen, wie sie in so einem Verbund gewährleistet ist. Auf der anderen Seite kommt es natürlich auch bei der Bearbeitung von Antisemitismus, von Vorfällen immer wieder auch zu Antisemitismus. Dann kooperieren wir eben wieder mit den Melde- und Beratungsstellen. Als lernendes Konzept und in der starken Vernetzung braucht es natürlich für beides eine stetige Weiterentwicklung und entsprechend eine gute Struktur und entsprechende Ressourcen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Nahm, für Ihren Vortrag! – Als Nächster wäre Herr Saadi dran. – Sie haben das Wort.

Iven Saadi (BildungsBausteine e. V.): Herzlichen Dank! – Danke auch für die Einladung! – Sehr geehrte Anwesende! Ich spreche hier für die BildungsBausteine. Wir sind seit etwa 20 Jahren in der antisemitismuskritischen Bildung tätig und arbeiten in Berlin und bundesweit mit einem Fokus darauf, gerade die Handlungsfähigkeit und Analysefähigkeit hinsichtlich Antisemitismus bei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, also Lehrerinnen und Lehrern, sozialpädagogischen Fachkräften et cetera, aber eben auch bei Jugendlichen eine Sensibilisierung und Handlungsfähigkeit gegen Antisemitismus zu fördern. Bei uns, also in unserem Träger, arbeiten Menschen, die von Antisemitismus und/oder Rassismus betroffen sind, und genauso Menschen, die von keinem der beiden Phänomene betroffen sind.

Ich würde ein bisschen ergänzend zu dem, was die Kolleginnen und Kollegen schon vorgetragen haben und auch heute Morgen schon in den Raum gestellt wurde, zwei Punkte benennen wollen, die uns sozusagen aus unseren gegenwärtigen Erfahrungen mit antisemitismuskritischer Bildung, also bundesweit und in Berlin, von besonderer Bedeutung oder besonders relevant erscheinen. Der erste ist, dass wir gegenwärtig natürlich die Bekämpfung und Prävention israelbezogenen Antisemitismus als wichtige und große Aufgabe verstehen, der wir uns schon vor dem 7. Oktober 2023, aber seit dem 7. Oktober 2023 schwerpunktmäßig stellen wollen und stellen. Zugleich dürfen wir aber nicht den Fehler machen beziehungsweise in die Falle laufen, Ausdrucksformen von Antisemitismus zu vernachlässigen, die sich nicht um den Israel-Palästina-Konflikt drehen. Es ist tatsächlich so, dass uns in unserer Arbeit in Berlin-Marzahn, in Charlottenburg, in Adlershof, aber auch in Brandenburg, in Cottbus, oder in Baden-Württemberg gerade aktuell sehr deutlich vor Augen geführt wird, dass es weiterhin eine sehr hohe Verbreitung antisemitischer Differenzkonstruktionen sowie historisch tradierter Weltanschauungen und so etwas gibt, die sich eben nicht um Israel und Palästina drehen.

Wir sehen so ein bisschen die Gefahr, dass, wenn wir stark fokussieren – – Wir verstehen sozusagen den Impetus dahinter, aber trotzdem sehen wir die Gefahr, dass bei einem zu starken Fokus allein auf israelbezogenen Antisemitismus aus dem Blick gerät, wie weit weiterhin antisemitische verschwörungstheoretische Konstruktionen in der Neuen Rechten verbreitet sind, auch rassistisch argumentierender Antisemitismus in der Neuen Rechten unglaublich verbreitet ist. Das merken wir bei den Schülerinnen und Schülern, mit denen wir arbeiten, also wirklich flächendeckend, wie präsent das ist, also solche Verschwörungswahnerzählun-

gen über den Großen Austausch, über Globalistinnen und Globalisten, über Deep State, Great Reset und so weiter und so fort. Ich will jetzt nicht ins Detail gehen, was das alles ist, aber in der direkten Arbeit mit unseren Schülerinnen und Schülern, auch wenn wir eingeladen werden, zu Israel und Palästina zu arbeiten, kommt das in den Raum. Und im Zuge der Corona-pandemie letztens, also vor gar nicht so langer Zeit, hat sich ja sehr deutlich gezeigt, wie wirkmächtig solche Rhetoriken, solche Vorstellungen eben auch bis in die Mitte der sogenannten bürgerlichen Gesellschaft wirken können. Wir würden sagen, aus einer Perspektive des Schutzes jüdischer Schülerinnen und Schüler und überhaupt jüdischer Menschen in Deutschland dürfen wir nicht den Fehler machen, weil es gerade politisch opportun erscheint, die Wirkmächtigkeit trauriger antisemitischer Bilder, Theoreme und Ideologien und so weiter und so fort sozusagen aus dem Blick zu verlieren.

Der zweite Punkt bezieht sich darauf, dass wir uns genauso darum bemühen und das auch einfordern, dass die aus unserer Perspektive auch dringend notwendige Prävention und Bekämpfung von Rassismus in Berlin und Deutschland sich mehr für Antisemitismus interessiert und auch für die Spezifitäten darin. Wir würden sagen, dass auch die Bekämpfung von Antisemitismus – Konzepte, Politiken et cetera – sich mehr mit Rassismus beschäftigen muss. Das Attentat von Halle hat sehr deutlich gezeigt – das wurde heute schon erwähnt, ich glaube, mehrfach –, wie schnell und umstandslos ein schlimmer und hinterhältiger Angriff auf das Leben jüdischer Menschen umschlagen kann in einen Angriff auf das Leben von als migrantisch wahrgenommenen Menschen. Genauso zeigen einige der Verschwörungserzählungen, die ich gerade erwähnt habe – der Große Austausch – sehr eng die Verkopplung rassistischer und antisemitischer Ideologeme.

Hinzu kommt aber in der gegenwärtigen Situation – und es kostet uns in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit mehr Energie, mit den Folgen umzugehen –, dass einzelne Akteure, die in der Öffentlichkeit als wichtige oder zentrale Vertreter – auch wenn es gar nicht so ist – der Bekämpfung von Antisemitismus wahrgenommen werden, gegen als muslimisch oder arabisch wahrgenommene Menschen zum Beispiel solche pauschalen Antisemitismusvorwürfe vortragen oder dass Akteure die Bekämpfung des Antisemitismus instrumentalisieren – also das ist nicht glaubwürdig; wir glauben nicht, dass sie wirklich gegen Antisemitismus sind, sondern dass sie die Bekämpfung von Antisemitismus instrumentalisieren –, um damit offen rassistische Politiken zu legitimieren. Das ist kein politisches Statement, das ich hier mache, sondern es wirkt sich auf unsere Pädagogik aus. Unter unseren Teilnehmenden, also die ganzen Lernenden, die Tausenden von Schülerinnen und Schülern, mit denen wir arbeiten, die Fachkräfte, mit denen wir arbeiten, werden solche Wahrnehmungen verstärkt, also solche Entweder-oder-Logiken, Eindrücke, dass von Antisemitismus Betroffene und von Rassismus Betroffene in dieser Gesellschaft einfach in Konkurrenz und in Feindschaft zueinander stehen würden. Das wird uns auch von jüdischen Jugendlichen geschildert, mit denen wir arbeiten, also sozusagen, dass das ein Erleben in ihren Schulkontexten ist. Und genauso wird eine Wahrnehmung gefördert, also nicht unsere Wahrnehmung, aber die Wahrnehmung unserer Adressatinnen und Adressaten, dass im Zweifelsfall das Bekämpfen des einen auf Kosten der vom anderen Betroffenen gehen dürfe, und das kann nicht im Interesse der Antisemitismusbekämpfung sein.

Hinzu kommt, dass wir leider feststellen, dass das gesamte Feld der Antisemitismuskritik und der Antisemitismusprävention an Glaubwürdigkeit verliert, weil unter den Adressatinnen und Adressaten eben der Eindruck entsteht, dass die Akteure sich nicht klar genug von rassisti-

schen Positionierungen und Instrumentalisierungen distanzieren. Wir müssen darauf Energie verwenden, sozusagen erst mal damit umzugehen, bevor wir dann wirklich an das Thema Antisemitismus herankommen, und das bei begrenzten Ressourcen, begrenzter Zeit und so weiter und so fort. Wir sagen deswegen, dass es ist dringend erforderlich ist, sowohl für die Antisemitismuskritik als auch für die Rassismuskritik, dass ein interdependenzbewussteres Arbeiten vorangebracht wird. Das heißt einerseits, es muss stärker erforscht werden, wie zum Beispiel verkürzte Ansätze der Rassismuskritik als auch der Antisemitismuskritik negative Auswirkungen auf das andere Phänomen haben. Dazu gibt es keine Forschung. Also wir können sagen, was wir in unserer Praxis erleben, aber es gibt dazu keine systematische Forschung. Genauso braucht es eine stärkere Förderung von interdependenzbewussten Ansätzen in beiden Feldern, das heißt, da braucht es Qualifizierung und so weiter und so fort. Insgesamt glauben wir, es braucht ein größeres Bewusstsein dafür, dass wir sozusagen mit verkürzten Ansätzen in beiden Feldern dazu beitragen können, beide Betroffenengruppen und ihre Anliegen zu schwächen und mehr in Risiko zu bringen.

Ich gehe jetzt nicht auf die Ergebnisse des Jahresberichts der CLAIM-Allianz ein – ich sehe, meine Zeit ist abgelaufen –; im Jahr 2024 ein starkes Ansteigen von antimuslimischem Rassismus auch gerade um den Israel-Palästina-Konflikt herum. Aber wir können aus unserer eigenen Erfahrung sagen: Es lohnt sich, sich mit diesen Interdependenzen zu beschäftigen. Wir haben den Eindruck, unsere Arbeit und unsere antisemitismuskritische Bildungsarbeit wird viel besser angenommen, wenn wir tatsächlich interdependenzbewusst arbeiten. Wir müssen täglich mit den Auswirkungen von verkürzten Ansätzen, von rassistischer Antisemitismuskritik und so weiter und so fort kämpfen, und das macht uns die Arbeit konkret schwerer. – Entschuldigen Sie, dass ich überzogen habe!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Saadi! – Wir liegen gut in der Zeit. Mein Vorschlag wäre jetzt, dass wir erst einmal in die erste Runde der Fragen oder Positionierungen gehen, dann direkt im Anschluss der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt die Möglichkeit geben, noch mal ihren Input zu geben, und dass wir dann die Möglichkeit haben, noch eine zweite Runde zu machen, und dass dann die Beantwortung erfolgt. Folgender Vorschlag: Was wir dann zeitlich hinbekommen würden, wäre, dass wir uns in der ersten Runde auf bis zu zehn Minuten einigen und in der zweiten auf fünf Minuten. Wäre das aus Ihrer Sicht denkbar, dass wir das hier so miteinander vereinbaren könnten, in der ersten Runde quasi eine Person bis zu zehn Minuten – das muss man nicht ausschöpfen – und in der zweiten fünf; wie wir in der Sprecherinnen- und Sprecherrunde verabredet hatten, in dem Block zwei Rederunden? Oder wollen Sie von Anfang an jeweils fünf pro Runde? – [Zurufe] – Ja, machen wir es so? – [Zuruf] – Eine Person; ganz fest verabredet, pro Farbe ein Block von zehn Minuten. Wir können die Verabredung noch mal in der Sprecherinnen- und Sprecherrunde diskutieren, aber es sind jetzt Verabredungen getroffen, die wir einhalten. Ist das okay, zehn Minuten und dann fünf? – Mir ist wichtig, hier wirklich Einvernehmen herzustellen, gerade bei solchen Fragen. Es wird noch kompliziertere Punkte geben, bei denen Einvernehmen hergestellt werden muss, von daher lassen Sie uns schauen, dass wir an der Stelle irgendwie vorankommen. Vielleicht sollten wir auch in Zukunft bei der Vorbereitung der Sitzung von Anfang an Zeitkontingente besprechen, dann kann man sich auch in der jeweiligen Vorbereitung der jeweiligen Farbe darauf einstellen. Okay? – Gut, dann ist das so verabredet. Super! – Herr Stettner, wer macht jetzt bei Ihnen die ersten zehn Minuten? – Herr Mansour, Sie haben das Wort, bitte!

Ahmad Mansour: Vielen herzlichen Dank für die Statements und für die Arbeit! – Wir tragen hier eine gewisse Verantwortung, und diese Verantwortung ist, dass wir uns nicht in parteipolitischem Kram verlieren, sondern auch Maßnahmen entwickeln und einen gewissen Konsens, was die Problematik, die Herausforderungen und dann auch die Lösungen angeht. Das erhoffe ich mir, und ich hoffe, dass ich auch im Namen vieler Leute hier spreche.

Antisemitismus, und das ist, glaube ich, heute sehr deutlich geworden, ist herkunftsübergreifend. Man findet ihn im rechten extremen Spektrum, man findet ihn im linksextremen Spektrum, man findet ihn in der Mitte der Gesellschaft, manchmal subtil, manchmal sehr klar, und man findet ihn auch in der muslimischen Community. Darüber zu sprechen, bedeutet nicht, dass man das andere relativiert, aber es muss ein Sprechen stattfinden; nicht um Leute zu stigmatisieren – übrigens, dieser Vorwurf kommt nicht, wenn wir über linke oder rechtsextreme Akteure sprechen, sondern nur, wenn es um Muslime geht, und das gibt mir das Gefühl, dass man Muslime entmündigt und für nicht kritikfähig hält –, sondern um einfach auch gewisse Prozesse zu starten, die im Sinne dieser Community wären.

Der muslimische Antisemitismus ist auch kein homogenes Phänomen. Ich bin in einer muslimischen palästinensischen Familie großgeworden. Der muslimische Antisemitismus, den ich von meinen Großeltern mitbekommen habe, war nicht islamisch, sondern panarabisch, sehr säkular, orientiert am Nahostkonflikt, und trotzdem haben meine Großeltern keinen Unterschied zwischen Israelis und Juden gemacht. Wenn man Videos aus Gaza, aus Jordanien, aus Ägypten schaut, dann merkt man sehr schnell, dass sogar in Statements von Politikern nicht unterschieden wird zwischen Juden und Israelis. Dieser Antisemitismus beruft sich viel auf eine gewisse Kränkung, die mit dem Unabhängigkeitskrieg Israels zusammenhängt, also dieser verlorene Krieg, die Betroffenheit mancher, die von diesem Krieg direkt oder indirekt betroffen waren. Al-Nakba und dann 1967 al-Naksa sind sehr traumatische Erlebnisse für viele Menschen, die dann sozusagen die Juden, die Israelis dafür verantwortlich machen, dass es ihnen nicht gut geht.

Das hat sich in den letzten Jahren verändert. Was wir gerade erleben, ist eine Islamisierung des Nahostkonflikts mit teilweise theologischen Argumenten. Das bedeutet nicht, dass es der Islam an sich – Das ist eine Religion wie alle anderen; mit dem Christentum hat man Antisemitismus befördert, und mit einem gewissen Christentum heute kann man Antisemitismus auch bekämpfen. In der islamischen Theologie, in Teilen, die von der Hamas, von Daesch, von al-Qaida, von einfachen politischen Islamakteuren genutzt werden, wird der Hass auf Juden auch theologisch argumentiert, zum Beispiel mit irgendwelchen Hadithen des Propheten Mohammed, dem angeblichen Kampf gegen die jüdischen Stämme in Medina oder mit einer Armageddon-Situation, wo jeder Baum aufrufen und sagen werde: Hinter mir ein Jude, kommt und bekämpft ihn! – Das ist nicht mein Islamverständnis und nicht das Islamverständnis vieler Leute, aber diejenigen, die Antisemitismus theologisch begründen, berufen sich auf theologische Aussagen, die leider weit verbreitet sind. Genauso, wenn die Hamas auch dem 7. Oktober 2023 eine religiöse Dimension gibt und ihn „Tufan al-Aqsa“ nennt, also „Flut der al-Aqsa“: Damit verbindet sie ihre terroristischen Aktivitäten mit der Situation eines der heiligsten Orte für Muslime in Jerusalem, mit einem angeblichen religiösen Kampf zwischen Juden und Muslimen um diesen Ort.

Diese Art von Antisemitismus ist leider der Antisemitismus, der gerade in der muslimischen Community am weitesten verbreitet ist. Ja, man findet immer noch die „Protokolle der Wei-

sen von Zion“, teilweise sogar als eine Art von Literaturhinweis, genauso wie „Mein Kampf“ von Adolf Hitler. Wenn Sie nach Kairo oder nach Jerusalem gehen, dann finden Sie diese Bücher weitverbreitet, und dort gibt es keine kritische Auseinandersetzung. Jeder Mensch, der als Deutscher in der arabischen Welt war, vor allem in den Siebziger-, Achtzigerjahren, hat diese Sympathien für Hitler und die Nazizeit, als diejenigen, die sozusagen die Juden bekämpft haben, gesehen. Diese Art von Antisemitismus ist auch das, was wir teilweise auf offener Straße in Berlin sehen. Ich finde, mit IHRA oder ohne IHRA, es ist in einer Demokratie legitim, auf die Straße zu gehen und auf das palästinensische Leid hinzuweisen. Es ist absolut legitim und nicht antisemitisch, auch gegen die Regierung in Israel zu sein, gegen die Siedlungspolitik, ja, gegen ihre Vorgehensweise in Gaza. Das ist absolut legitim, aber wir haben seit dem 7. Oktober genug Leute, die alles dokumentiert haben. Ich sehe das fast täglich, und dann höre ich immer wieder „Sinwar, Sinwar“-Rufe, Aufrufe zur Ermordung von Juden. Ich höre, dass die Al-Qassam-Brigade gepriesen wird. Ich höre, dass man die Hamas großartig findet, dass man diese Terroraktivität gut findet, dass man auch nicht bereit ist, sich vom Terror zu distanzieren.

Das sind Zustände, die sagen, wir haben in Berlin ein Problem. Und dieses Problem führt gerade dazu, dass viele Jüdinnen und Juden das Land verlassen wollen, dass sie einen Plan B entwickeln, dass sie sich unsicher fühlen, dass sie ihre Kinder wie kurz nach dem 7. Oktober erst mal abchecken, ob sie irgendwelche hebräischen Schriften auf ihrer Kleidung oder ihren Rucksäcken haben, weil sie Angst haben. Das ist eine reale Angst, und darüber müssen wir reden, ohne zu relativieren und ohne zu sagen: Ja, aber wenn wir offen darüber reden, dann bedienen wir die Falschen! – Die Falschen sitzen heute nicht hier, und sie sind nicht Teil der Debatte. Wir bedienen die Falschen, wenn wir nicht offen darüber reden, wenn wir diese Debatte nicht auch in der Mitte, nicht auch in diesem Gremium führen. Und das tun wir teilweise nicht, indem wir uns in einer gewissen Relativierung verlieren. Bitte – das ist ein Appell, das ist keine Kritik: Wenn wir etwas bewegen wollen, dann müssen wir auch über diese Art von Antisemitismus sprechen. Es bedeutet – und das sage ich zum zweiten Mal – nicht, dass wir Rechtsextremismus, dass wir Linksextremismus, dass wir diesen schweigenden, subtilen und klaren Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft nicht bearbeiten sollen. Das ist ein Teil, das ist wichtig, aber reden wir auch über diese Art von Antisemitismus! Und dann verlieren wir uns wieder in gewissen Begrifflichkeiten, statt über Zustände und Realitäten zu sprechen. Man kann für oder gegen importierten Antisemitismus sprechen. Außer von der AfD kenne ich niemanden, der importierten Antisemitismus als alleinstehende Antisemitesklärung für alles ansieht, was in unserer Gesellschaft passiert. Es gibt aber importierten Antisemitismus. Der BKA-Chef sprach kurz nach dem 7. Oktober über diesen enthemmten Antisemitismus auf offener Straße von Quantität.

Leute, die anders sozialisiert sind – – Ich bin mit dem syrischen Fernsehen großgeworden. Das syrische Fernsehen, das Bildungssystem, das Regime insgesamt hat über Jahrzehnte eine Art Kriegszustand mit Israel geführt. Sie haben auch antisemitische Bilder reproduziert und verbreitet, teilweise islamisch, teilweise panarabisch, teilweise auf den Nahostkonflikt bezogen, aber nicht: Wir bekämpfen jetzt einen Feind –, sondern: Wir bekämpfen das jüdische Volk und sein Recht, überhaupt in Israel zu existieren und in einem jüdischen demokratischen Staat zu leben. – Und das ist der Unterschied zwischen einer legitimen Israelkritik, die absolut ihre Berechtigung hat, und Antisemitismus oder vor allem israelbezogenem Antisemitismus.

Leider erleben wir seit dem 7. Oktober auch einen gewissen Professionalisierungsschub dieser Demonstrationen auf offener Straße – und ich rede jetzt nicht von den legitimen, sondern von den antisemitischen –, vor allem, weil diese linke und islamische Partnerschaft, die erst einmal sehr sichtbar an Eliteuniversitäten in den USA und teilweise auch hier in Deutschland dem Ganzen eine professionelle Verpackung gegeben hat, natürlich auch ganz viele Leute erreicht. Diese Art von Antisemitismus findet aber nicht nur auf offener Straße statt. Wir erleben seit dem 7. Oktober alle Sorten von Antisemitismus, vor allem in den sozialen Medien. Es findet eine der großen Kampagnen der Menschheitsgeschichte statt. Auf TikTok spricht man mittlerweile von Milliarden Einträgen, in denen es nicht um das Leid der Palästinenser geht, sondern es geht um die zionistische Idee, es geht um das Existenzrecht Israels, es geht um den 7. Oktober und die Verschwörungstheorien darum herum, dass das ein Insiderjob gewesen sei, dass die Israelis die meisten ermordet hätten und dass die Geiseln eigentlich keine Geiseln seien, sondern dass es ein legitimer Akt des Widerstands sei, sie so unmenschlich zu behandeln. All das findet mittlerweile nicht nur in Peergroups, nicht nur in Hinterhofmoscheen, wo Islamisten aktiv sind, statt, sondern es findet in den sozialen Medien statt. Und wenn wir nicht anfangen – – Und es geht nicht nur um das Thema Antisemitismus, es geht insgesamt um politische Bildung und um Demokratischutz. Wenn wir etwas bewegen wollen, dann müssen wir als Demokraten, und zwar jenseits von parteipolitischen Kleinigkeiten, in den sozialen Medien versuchen, junge Menschen und Erwachsene zu erreichen.

Nur einen Satz vielleicht zu der Situation in den Schulen: Dort, wo ich bin, erlebe ich Schüler und Schülerinnen, die mit dieser Gesellschaft abgeschlossen haben. Das habe ich auch letztes Mal deutlich gesagt. Sie gehen auf Distanz zu unserer Gesellschaft. Sie sind teilweise traumatisiert von dem, was sie vor allem in den sozialen Medien konsumieren. Es sind junge Menschen, die einfach das Gefühl haben, keinen Platz zu haben, um über ihre Situation, über ihre Anliegen in den Schulen zu reden, und zwar nicht, weil die Pädagogen und Lehrkräfte sich damit nicht beschäftigen wollen, sondern aus Überforderung, aus Angst. Die meisten wollen nicht, dass die Schule irgendwas mit Antisemitismus zu tun hat, und die Reaktion darauf ist einfach: Wir reden nicht darüber, das sind politische Themen, die in den Schulen nichts zu suchen haben. – Deshalb haben wir öfter Schüler und Schülerinnen, bei denen wir enorm viel Zeit brauchen, um überhaupt eine Sprache zu finden. Bei dieser Sprache geht es darum, erst mal zu sagen – das ist anders als eine politische Rede und eine politische Aktivität –: Mit euren Anliegen habt ihr einen Platz. Ihr habt einen Raum, wo ihr reden könnt. Wir können mit euch streiten, wir können das ablehnen, was ihr sagt, aber das Thema gehört in die Schulen –, denn wenn wir das nicht tun, tun das andere Akteure vor allem in den sozialen Medien, und da sammeln sich Akteure, die leider massiv antisemitische Bilder verbreiten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Mansour, vielen Dank für Ihren Input! – Dann sind wir jetzt bei – – Herr Walter, wer macht das bei Ihnen? – Herr Hızarcı, okay! – Herr Hızarcı, Sie haben das Wort.

Derviş Hızarcı: Vielen Dank! – Vieles von dem, was ich ansprechen wollte, hat Herr Saadi dankenswerterweise schon mit aufgegriffen. Ansonsten will ich, nur um die Gestik zu unterstreichen, die Hand, die Ahmad Mansour ausgestreckt hat, dass wir irgendwie zusammen konstruktiv Probleme, Herausforderungen, aber auch Lösungen formulieren müssen, annehmen und auch meine Hand reichen, und das, obwohl wir jetzt nicht unbedingt Gegenspieler sind, aber ich will diesen symbolischen Akt einfach unbedingt zu Ende vollführen, weil ich denke, dass das die große Chance dieser Enquete-Kommission ist.

Weil du ein bisschen biografisch berichtet hast: Was ich aus der Türkei erlebe, dem Heimatland meiner Eltern, deckt sich mit deinen Erfahrungen, dass zwischen religiös-konservativen Milieus, säkular-laizistischen Milieus, im sunnitischen Spektrum oder im kurdischen Spektrum in der Türkei in der Frage zu Israelhass und damit verbunden auch mit einem kurzen Schritt zu Judenhass eigentlich keine großen Unterschiede zu erkennen sind. Das ist also etwas, was unter Menschen mit türkischen oder kurdischen Wurzeln, die zum Teil auch noch einen Draht in diese Länder haben – nicht unbedingt über das Fernsehen, über Satellitenschüsseln, aber über Social Media –, weitverbreitet ist. Das will ich auch einmal aus meinem Erfahrungsschatz wiedergeben.

Jetzt aber die eigentliche Frage für mich, und das ist auch eine Frage formuliert insbesondere an Herrn Saadi und Frau Nahm, aber an das gesamte Podium: Wo und wann machen Sie Erfahrungen des Erfolgs im Sinne von Wirksamkeit gegen antisemitische Einstellungen? Sie haben vor allem die Problemebene meiner Meinung nach insgesamt sehr gut dargestellt, spezifisch auch mit Erfahrungen aus Neukölln. Wo holen Sie wen mit welchen Einstellungen ab, und nach was für einem Prozess gibt es Einstellungsänderungen? –, denn dahin wollen wir uns ja perspektivisch begeben.

Wir hören oft, wie komplex und kompliziert Antisemitismus ist. Ich glaube, heute haben wir noch mal einen guten Eindruck von dieser Komplexität gewonnen. Gleichzeitig – jetzt wird vielleicht einigen nicht gefallen, was ich sage – müssen wir uns Gedanken und Mühen zur Vereinfachung von Antisemitismus machen. Ich weiß, es ist ein Widerspruch: Wie soll ich vereinfachend etwas Komplexes lösen? Warum ich das aber sage, ist aus folgendem Grund: Die meisten Lehrerinnen und Lehrer, mit denen wir in unserer Arbeit vor allem zu tun haben, aber das ist im Bereich der Justiz oder der Polizei auch nicht wirklich anders, haben es sich inzwischen zu einer Angewohnheit gemacht: Es ist zu kompliziert. Selbst ihr Experten seid euch ja nicht einig oder versteht das nicht ganz; die eine sagt das, der andere sagt das. – Das wird inzwischen auch als Argument genutzt, um sich, wie es Marina Chernivsky oder auch andere heute Vormittag gesagt haben, diesem Widerstand der Thematisierung anschließen zu können. Es ist also Aufgabe von uns Expertinnen und Experten, eine Antwort auf eine Alltagsherausforderung zu geben, und zwar: Antisemitismus ist komplex und kompliziert. Es hilft aber nicht, wir müssen möglichst viele Menschen gewinnen, denn die Zahl der Antisemiten – jetzt mal reduziert, verkürzt gesagt – steigt schnell und massiv an, und in der Ausdrucksform wird Antisemitismus auch aggressiver. Wir schaffen es gar nicht, so viele Antisemitismusexperten heranzuziehen oder zu erziehen und zu unterrichten, um dem Einhalt gebieten zu können.

Ich habe das in der Vergangenheit auch öfter öffentlich gesagt: Man muss den Anspruch in diesem Bereich ein bisschen senken. Wir brauchen keine Antisemitismusexpertinnen und -experten zu sein, wenn antisemitischen Vorfällen insbesondere in schulischen Kontexten zu 90 Prozent schon mit einer Art pädagogischer Ersthilfe gut zu begegnen ist, indem man deutlich macht: Hier gibt es gerade eine Grenzüberschreitung, einen Regelverstoß –, indem man deutlich macht: Ich bin aber interessiert, woher du das hast. Du bist mir wichtig! –, indem man deutlich macht: Mit diesen Methoden und pädagogischen Konzepten können wir uns auch gemeinsam ein bisschen nach vorne bewegen. Es ist machbar, es gibt ein Ziel. – Das fehlt sehr oft, auch im Bereich der Antisemitismusprävention.

Viel schlimmer als der Widerstand gegen die Thematisierung – das wurde auch schon ange deutet – ist meiner Meinung nach die politische Funktion, die Antisemitismus, insbesondere in den letzten Jahren, in unserer Gesellschaft eingenommen hat, und zwar vor allem auch in Form von Instrumentalisierung für politische Zwecke. Weil ich jetzt nicht zurück zu diesem Thema gehen möchte, will ich mich da nicht vertiefen, aber ich möchte deutlich machen – und Herr Saadi hat es auch schon angedeutet –, dass diese politische Instrumentalisierung des Antisemitismus auch in der pädagogischen Arbeit, in der pädagogischen Bildungsarbeit, antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, hinderlich ist und eher die Arbeit erschwert, als es uns dient und nützlich ist.

Was funktioniert, um ein paar konkrete Beispiele aus unserer Arbeit zu nennen – die Frage an das Podium habe ich schon vorformuliert –, ist Differenzierung, zum Beispiel beim Thema – Ich habe das in der ersten Runde Herrn Grigat schon in diese Richtung gesagt. Viele kennen al-Husseini nicht, viele kennen aber auch Mod Helmy, Ülkümen oder Refik Veseli nicht; dass man beide Seiten auch dort aufzeigt, also auch dort die Widersprüche, die Verstrickungen aufzeigt, um so das Schwarz-Weiß-Denken aufzubrechen. Das Problem hier ist ja sehr oft die Einseitigkeit in der Positionierung, die dann gesellschaftlichen Zusammenhalt und Austausch erschwert und dadurch Diskurs und Erörterung erschwert. Politisch erschwert es, dass man Kompromisse findet oder zu Koalitionen kommt. Das ist also auch ein Bemühen, um der Polarisierung entgegenzuwirken.

Ansonsten: Eine Methode, die den Praktikern hier bekannt ist, ist vielleicht sogar aus eurem Haus, die Methode: Darf man das? – Es ist eine einfache Methode, aber sehr wirkungsvoll. Ich benutze das sehr gern als Beispiel, damit man ein Gefühl hat, was in diesen Workshops passiert und warum Prävention wichtig ist. Dort gibt es Folien, wo Menschen oder Objekte zu sehen sind, wozu sich Schülerinnen und Schüler – das geht aber auch mit Erwachsenen – positionieren müssen, zum Beispiel eine Gruppe von Jugendlichen, die vor dem Eingangstor in Auschwitz ein Selfie machen, lachend und fröhlich, und die Frage ist: Darf man das? – Jetzt könnte man schnell darauf reagieren, weil man ja einen zumindest halbwegs gut funktionierenden moralischen Kompass hat, und sagen: Nein, das gehört sich nicht. Das ist anstandslos –. Aber die Übung fragt nicht ein Bauchgefühl oder eine Erstreaktion ab, sondern sagt: Findet euch in Kleingruppen zusammen, und findet drei Gründe dafür und drei Gründe dagegen. – In diesem Prozess findet Folgendes statt: Ich muss mich, auch wenn ich schon schnell drei Gründe für meine Positionierung habe, dennoch auch mit der Gegenpositionierung auseinandersetzen. Und dann wird im nächsten Schritt in einem größeren Kreis das Ganze noch mal ausgewertet und analysiert. Hier findet Urteilsbildung im Sinne der politischen Bildung statt.

Wir müssen wegkommen von der Ebene – Jetzt werde ich etwas nennen, wofür ich gar keine Werbung machen möchte, aber wir müssen weg von dem Slogan der Bild-Zeitung „Bild Dir Deine Meinung!“. Wir müssen hin – Ich will damit Meinungen nicht schlechtreden oder kleinreden, Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, aber im Kontext von politischer Bildungsarbeit, antisemitismuskritischer Bildung, geht es darum, Urteilsbildungsprozesse in Gang zu setzen. Es geht darum, Widerspruchstoleranz zu fördern, damit man nicht mit dem, was man nicht kennt oder nicht gut findet, weil man wenig Wissen darüber hat oder weil man vielleicht ein bisschen eine Aversion dagegen hat, auf Abstand geht oder gar in einen Angriffsmodus umschaltet. Das nenne ich hier deshalb, weil in der Tat dieses Gegeneinander-Ausspielen von Rassismus und Antisemitismus in diesem Kontext, in unserem Themenkon-

text insgesamt, dazu führt, dass wir eine Lose-lose-Situation haben, wo wir kein Stück weiterkommen in der Antisemitismusbekämpfung, und in der Rassismusbekämpfung erst recht nicht, aber wenn wir es klug, pädagogisch sorgfältig verknüpft angehen, schaffen wir eine Win-win-Situation.

Immer, wenn wir als Kreuzberger Initiative ausreichend Zeit hatten, diese Maßnahmen zu ergreifen, Kindern und Jugendlichen, aber auch Lehrern auf Augenhöhe zu begegnen, sie also da, wo sie sind, abzuholen, diese Arbeit machen konnten, haben wir nicht nur ihre Einstellung ändern können, sondern haben sie in der Haltung gestärkt, sodass sie in ihren Arbeiten in der Schule entweder etwas zum Thema jüdisches Kreuzberg präsentiert, in der mündlichen MSA-Prüfung das Thema Israel genommen oder in der Abiturprüfung das Judentum in Deutschland bearbeitet haben und sich später entweder bei uns, im Jüdischen Museum oder in anderen Organisationen engagiert haben. Wir brauchen also Zeit und Ressourcen und müssen diese Wege gehen, damit wir einen Unterschied machen. Sonst drehen wir uns hier in dieser Kommission und in der Gesellschaft im Kreis und kommen nicht wirklich weiter, und der Frust steigt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank auch für Ihren Wortbeitrag! – Herr Özdemir, wer macht das bei Ihnen? – Frau Prof. Dr. Brüning, Sie haben das Wort.

Dr. Christina Brüning: Vielen Dank! – Ich habe ebenfalls einige Fragen an die Expertinnen. Vielleicht zunächst: Friederike, du hast über diese Studie gesprochen. Mich würde interessieren, welche verschiedenen Arten und Erscheinungsformen von Antisemitismus ihr gerade in eurer Berliner Studie differenzieren konntet. Das wäre für uns noch spannend.

Dann ist eine Frage, die sich wahrscheinlich an alle vier Expertinnen richtet, würde ich sagen, zum Thema Empowerment: Wie kann das Empowerment der jüdischen Community gut gelingen, wenn wir, wie Sigmund Königsberg es vorhin gut gesagt hat, eigentlich alle „in the closet“ leben müssen? Ich treffe eine Freundin an Schawuot und wünsche ihr „Chag Sameach“, und sobald die Kinder losgelaufen sind zum Spielen, sagt sie: Psst! Sag das nicht! Er darf das nicht wissen. – Ich so: Was darf er nicht wissen? – Er darf nicht wissen, dass er jüdisch ist. Er wird nur Probleme damit bekommen. Du siehst doch, was dein Kind passiert ist. – Okay! Ich bin eine unfassbar schlechte Mutter. Danke, habe ich abgespeichert. – Da ist die Frage, wie man Menschen empowern kann, die weiterhin im Schrank bleiben müssen, weil sie sonst in Lebensgefahr geraten, um das mal so plastisch zu formulieren.

Dann fand ich total spannend, Herr Saadi, dass Sie schon darauf hingewiesen haben, dass teilweise die Forschung zu diesen Interdependenzen von Antisemitismus und Rassismus noch ausbaufähig ist, um es mal so zu formulieren. Mich würde interessieren, wenn wir Antisemitismus und Rassismus immer gemeinsam betrachten, ob da nicht auch gewisse Blind Spots entstehen können. Wenn ja, dann könnten Sie gerne dazu noch ausführen, was da spezifische Gefahren sein könnten.

Ich habe eine kleine Anmerkung zu dieser Broschüre, über die wir vorhin ganz kurz einmal gesprochen hatten. Ich bin großer Fan vom Bajzel. Ich finde, ihr macht eine ganz großartige Arbeit. Diese Broschüre war für die antisemitismuskritische Arbeit, und das sage ich als Professorin, die sich mit diesem Thema beschäftigt und mit ihren Studis die diversesten Unterrichtsmaterialien benutzt, in vielerlei Hinsicht ein gewisser Bären Dienst, weil da Passagen

drin sind, nicht alle, aber einzelne Teile, die sehr ungut waren für die Debatte. Mich würde interessieren – Ich kann gerne nachher daraus zitieren. Der Abschnitt zur Nakba, in dem sie so gedeutet wurde, dass die Flucht der palästinensischen Bevölkerung eigentlich ein freiwilliges Zurückziehen im Zuge einer kriegerischen Auseinandersetzung war, und dann – ich zitiere jetzt kurz wörtlich aus der Veröffentlichung, die auch immer noch genau so online erhältlich ist –:

„Die Verwandlung des gescheiterten Versuchs der Araber, den jüdischen Staat auszulöschen, in ihre eigene Tragödie kosmischen Ausmaßes sowie die Übernahme dieser Gegenerzählung durch Intellektuelle und selbsternannte Menschenfreunde im Westen ist an sich schon bemerkenswert. Dass die UNO und insbesondere die Generalversammlung dabei mitspielen, ist ... aus mehreren Gründen von besonderer Ironie. Der arabische Krieg gegen Israel war ein Krieg gegen eine bahnbrechende Resolution der UNO-Generalversammlung ..., in der die friedliche Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina in einen arabischen und einen jüdischen Staat gefordert wurde. Dass die Generalversammlung selbst diese Niederlage nun als ‚Katastrophe‘ bezeichnet, der es zu gedenken gilt, ist gelinde gesagt merkwürdig.“

– Ich erspare uns weitere Ausführungen. – Das ist wirklich nicht mehr der Stand der Forschung. Das war fatal. Ich habe mich tatsächlich persönlich mit Freundinnen darüber gestritten, weil sie wollten, dass ich den Aufruf gegen die Broschüre unterschreibe, was ich nicht getan habe, weil ich gesagt habe: Okay, es ist ein Verein, der in Teilen auch sehr gute Arbeit macht, und nicht alles an dieser Broschüre finde ich hochproblematisch. – Mich würde aber interessieren, wie Sie sich jetzt mit der Reflexion und mit dem Wissen, das Sie vielleicht mittlerweile erworben haben, zu diesem Teil, gerade zu dem Nakba-Teil, in der Broschüre verorthen würden. Das ist mir wirklich ein Herzensanliegen. Ich mache ganz viel Anerkennungspädagogik, und ich kann nicht erwarten, dass irgendjemand bereit ist, mit mir über Shoah, Antisemitismus und so weiter zu sprechen, wenn ich andere kollektive Traumata wegbrende, nicht anerkenne und anscheinend auch nicht gewillt bin, die aktuelle historische Forschung dazu zur Kenntnis zu nehmen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Prof. Dr. Brüning! – Frau Eralp, wer macht es bei Ihnen? – Frau Gomis, sehr gerne! – Sie haben das Wort, Frau Gomis.

Saraya Gomis: Vielen herzlichen Dank! – Ein, zwei Vorbemerkungen, bevor ich ein paar Fragen stelle: Vielen Dank erst mal für die Ausführungen! Ich finde, in dieser Sitzung arbeiten wir schon etwas angemessener zu den großen Worten, die in der ersten Sitzung verkündet wurden, aber auch hier ist noch Luft nach oben, und ich würde mich freuen, wenn das kontinuierlich besser werden würde. Ein Kollege Sachverständiger, der gerade noch mal deutlich gemacht hat, was richtig und wichtig ist, dass wir hier uns nicht in parteipolitische – Wir sind sowieso nicht in Parteien, also viele von uns wahrscheinlich nicht. – [Lachen und Zurufe von Stephan Lenz (CDU) und Dr. Timur Husein (CDU)] – Vielleicht auch nicht, vielleicht irre ich mich da. Ich bin nur von mir ausgegangen. Es tut mir leid. – [Zurufe von der CDU] – Ich bin nicht in einer Partei, von daher – Aber das meine ich. – Nein, ich muss das einmal sagen, denn das ist schon – Hier gucken auch ehemalige Schülerinnen von mir zu, und ich bin wirklich so empört, dass wir immer wieder – Wir reden hier so viel über junge Menschen, und hier wird sich nicht benommen. Das ist fatal. – [Zurufe von der CDU] – Nein, Sie reden immer wieder rein. Ich habe gerade ein Lob ausgesprochen, dass es diese Sitzung etwas

besser ist, und trotzdem muss ich den Punkt machen, dass dann etwas gesagt wird, und es ist völlig in Ordnung, wenn es Ihnen nicht passt, aber Sie können doch nicht anfangen zu lachen, wenn hier Leute reden. Das ist nicht in Ordnung. Das tue ich auch nicht. Es ist wirklich – Und sich dann hinzustellen und große Worte zu finden, die nicht unseren Taten entsprechen, ist nicht angemessen, und wirklich, es macht mich wütend, weil ich glaube, wir haben hier eine große Aufgabe. – [Zuruf von Dirk Stettner (CDU)] – Schon wieder! Hören Sie doch zumindest zu! – [Dirk Stettner (CDU): Kommen Sie doch mal zum Thema!] – Okay, es war ein Versuch. Ich gebe es auf.

Vorsitzender Raed Saleh: Frau Gomis, stopp! Wir haben erst mal die Uhr angehalten, Frau Gomis, dass Sie die Zeit nicht abgezogen bekommen. – Stopp! Leute! Frau Gomis hat gerade erwähnt, das war der Punkt, dass es heute so läuft, dass wir im Unterschied zu anderen Sitzungen gerade vorankommen, an der Sache orientiert zu diskutieren. Wichtig ist ein Hinweis, weil ich und andere gesagt hatten „verschiedene Farben, verschiedene Parteien“. Nein, hier haben wir Expertinnen und Experten am Tisch. Das stelle ich erst mal fest. Das, glaube ich, Frau Gomis, war das Ansinnen. Wir haben die Fraktionen, aber viele der Experten sind gar nicht Mitglied einer Farbe, sondern sie sind im Grunde – Ich weiß ich gar nicht, was sie wählen und wen sie wählen, wenn ich ehrlich bin, aber wir haben sie als Experten eingeladen. Das, glaube ich, war der wichtige Punkt. Das haben wir jetzt mal formuliert.

Dann war die Situation, dass der Hinweis von Frau Gomis kam, als gelacht worden ist, im Sinne von – ich deute es mal so –: Na ja, sie war mal Staatssekretärin einer bestimmten Fraktion, natürlich ist man dann parteiisch. – Da war der Hinweis gewesen: Nein, sind wir nicht. – Ich bitte um Respekt und darum, nicht darüber zu lachen, denn wir haben hier Menschen, die keinem Parteibuch angehören und damit auch nicht einer Partei oder einer Fraktion zuzuordnen sind. Konsens. Ich glaube, das ist jetzt auch so. – Ich weiß nicht, ob bei Ihnen alle in der CDU sind oder bei Ihnen alle bei den Grünen. – Ich glaube, eher nicht. Bei uns zumindest wüsste ich wirklich nicht, wo unsere Expertinnen politisch beheimatet sind. Ich habe sie auch nie danach gefragt, wenn ich ehrlich bin. – Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist: Wir arbeiten gemeinsam. Wir belehren uns nicht im Umgang miteinander, aber wir gehen miteinander gut um. So würde ich das versuchen zu formulieren. Und wir gehen miteinander gut um, heißt, dass wir schon versuchen, an der Sache orientiert zu reden, von keiner Seite aus zu lachen, wenn jemand spricht, denn manche bewerten das als eine Abwertung in dem Augenblick, wenn man etwas sagt, und trotzdem sage ich an der Stelle ganz deutlich: In einem Raum wie diesem, wenn man beisammen sitzt, entstehen natürlich sofort mögliche Reflexe, indem man auf Sachen eingeht. Meine Bitte wäre, uns selbst alle ein Stück weit zu kontrollieren, dass wir wirklich an der Sache arbeiten, an der Sache diskutieren und vor allem mit Respekt miteinander diskutieren. So würde ich das jetzt zusammenfassen und den Punkt auch beenden wollen.

Frau Gomis! Ich habe Ihnen die Minute draufgeschlagen, eine Minute 20 Sekunden waren es gewesen, und würde Sie bitten, jetzt zur Sache zu kommen. – Vielen Dank!

Saraya Gomis: Auch das gehört beim gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Sache, aber vielen Dank für die Einordnung! – Ich gehe jetzt weiter. Erst mal vielen Dank! Ich habe eine Frage: Sie haben an verschiedenen Stellen Ihrer Beiträge vor allen Dingen die Analysen und die Handlungskompetenz benannt. Häufig wird aber in der Praxis, auch im Politischen, eher

von Sensibilisierung gesprochen. Vielleicht können Sie dazu noch ausführen. Ich will gar nicht eine Empathie und ein Sensibelsein abwerten, aber die Frage, die ich mir stelle, ist: Wie kommen wir wirklich weiter mit diesem Konzept, wenn es nicht in eine fortlaufende, alle Phasen durchlaufende Qualifizierung mündet – aber vielleicht können Sie dazu noch ein bisschen ausführen – und das umfassend eingebettet ist in Fragen von Rahmenlehrplänen, Bildungsprogrammen et cetera mit entsprechenden Ressourcen, was dann bedeuten würde, wie ich die Ausführungen von Vorrednerinnen und Sachverständigen gehört habe – Herr Mansour hat die Länge der Bildungsdauer benannt. Wie geht das einher mit einem eigentlich verständlichen Reflex aus Politik und Verwaltung, Dinge vielleicht schnell zu erledigen, wenn es um Bildung geht?

Dann die Frage anknüpfend an die Ausführungen von Frau Chernivsky aus dem ersten Teil, institutionellen und strukturellen Antisemitismus zusammenzudenken mit den Fragen von: Braucht es so etwas wie Intersektionalität, Interdependenz, Bewusstsein, Zusammenarbeit, Vernetzung, wenn wir auf der anderen Seite verständlicherweise eher eine Ressortlogik haben oder eine themenspezifische Logik – in einer Verwaltung zum Beispiel arbeitet eine Arbeitsgruppe zu Antisemitismus, die nächste zu queerer Bildung und die nächste zu Inklusion? –; wie das wiederum zusammenpasst, also das Verhältnis zur Praxis.

Dann würde ich gerne wissen, vielleicht auch über Berlin hinaus – denn auch Berliner Wissenschaftlerinnen bewerben sich ja um Bundesmittel –, wie die Situation aussieht für zum Beispiel gerade Forschung – völlig richtig, es braucht sowieso mehr Forschung, aber auch Forschung, die ein Verhältnis zwischen Antisemitismuskritik und Rassismuskritik befördert und nicht nur über so eine Projektlogik, sondern kontinuierlicher Erkenntnisgewinn. Das finde ich sehr spannend.

Dann würde ich gerne noch fragen, wie solche lernenden Konzepte aussehen müssen und was für eine Struktur bereitstehen muss, wenn eine Logik von Verwaltung auch aufgrund von Wirtschaftlichkeit, Steuergeldern et cetera eher ist, schnelle Ergebnisse, Fragen von Leistungsparametern und wir zum Teil gar nicht genau wissen, ob Wirksamkeit, Effizienz oder Leistung gemeint ist. Wenn Sie dazu vielleicht alle etwas ausführen könnten, wäre ich so froh.

Noch mal an die Verwaltung: Ich wollte die Kulturverwaltung fragen: Ich habe schon sehr gut verstanden, dass die 10 Millionen Euro nicht mit dem Aktionsfonds gleichzusetzen sind. Vielleicht habe ich mich einfach nicht gut ausgedrückt. Trotzdem bleiben die Fragen bestehen. Ich habe sehr gut zugehört, auch im letzten Jahr, und ich meine – Sie können mich gerne korrigieren –, in einer Sitzung gehört zu haben, dass versprochen worden ist, dass an die Träger, die die Arbeit vor Ort machen, aus diesen 10 Millionen Euro für den Aktionsfonds zumindest dieses Jahr 4 Millionen Euro das Ziel sind und nicht mehr nur, wie jetzt gesagt wurde, in der, ich glaube, es war die letzte Sitzung des Ausschusses für Kultur, Engagement und Demokratieförderung, 2,12 Millionen Euro. Auch auf die MS Goldberg ist nicht eingegangen worden plus dass ja auch andere Projekte, die in dieser Interdependenz des Projektfonds arbeiten, nicht gefördert worden sind plus dass wir einen massiven Strukturabbau beobachten – wie gesagt, Sie können erläutern, wenn das eine völlig falsche Einschätzung ist –; wenn Geld dem Projektfonds weggenommen wird et cetera und wir die ganze Zeit hören, dass wir eigentlich eine Verstärkung brauchen, bessere Ressourcen, Planbarkeit et cetera und dass hier auch Expertise aus der Stadt, die lange erarbeitet worden ist – und auch unter Vorgängerregierung

gen nicht in den bestmöglichen Konditionen, die es jemals gegeben hat, arbeiten mussten, aber dass wir jetzt nicht mehr von Fortschritt, sondern von Rückschritt sprechen müssen.

Dann würde ich gerne noch etwas zu diesem Rahmenprogramm und der Weiterentwicklung der kulturellen Bildung hören. Ich würde gerne wissen, wie da die Rolle der Bildungsverwaltung ist. Noch mal zu den Rahmenlehrplänen: Ja, wir haben die Überarbeitung der Rahmenlehrpläne, und statt Antisemitismus nur zweimal zu benennen, steht es jetzt zehnmal, vielleicht sind es auch zwölfmal, drin, aber das ist doch nicht genug. Das ist nicht ausreichend, wenn wir gleichzeitig im Kitabildungsprogramm nicht mal mehr das Wort Diskriminierung hören und wenn immer wieder gesagt wird, hier seien Träger ideologisch et cetera, wenn sie zum Beispiel Empowermentarbeit und so weiter machen und wir noch nicht mal ein Bestreben haben – ich weiß, das kann Berlin nicht alleine lösen, aber das Gemeinnützigenrecht zu ändern, um Empowermentstrukturen grundsätzlich zu fördern. Und dann aber die ganze Zeit davon zu reden, wie wichtig einem das Empowerment von Jüdinnen und Juden ist, das beißt sich so ein bisschen. Es wäre toll, wenn auch SenASGIVA, die wirklich einen Überblick hat, noch mal deutlich machen würde, welche Verwaltung wir noch einladen könnten, um in ein vertieftes Gespräch zu gehen. Ich weiß, Sie sind ein Senat. Es geht mir nicht darum, jetzt mit dem Finger auf jemanden zu zeigen, sondern um konstruktive Weiterentwicklung, die notwendig ist. – Habe ich noch eine Sekunde? – Super. Ich habe sehr schnell gesprochen.

Dann würde ich gerne wissen, wie es mit dem Demokratiefördergesetz aussieht. Wenn Sie Ausführungen dazu machen könnten, wäre das hervorragend.

Ich würde auch gerne wissen, inwieweit zur politischen Bildung -- Auch dazu haben Sie ausgeführt. Da würde ich Sie auch gerne noch mal zur Bedeutung der politischen Bildung -- Ich glaube, viele von Ihnen, ich weiß nicht, ob alle, aber viele von Ihnen haben die genannt -- und gleichzeitig das ins Verhältnis stellen zu einer Frage an den Senat. Die Senatsverwaltung für Bildung ist nicht da, aber vielleicht kann die Verwaltung, die da ist, ein paar Ausführungen dazu machen, um noch mal zu hören: Wie sieht es aus, gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse, die wir in den letzten zwei Jahren gesehen haben, um die politische Bildung und auch diese Idee der Stabsstelle politische Bildung?

Dann noch die Frage nach institutionalisierter Förderung: Ich weiß, dass es ein Bemühen gibt, Entbürokratisierung et cetera und Zugänglichkeit zu machen, aber es gibt ja schon unter dem jetzigen Landeshaushaltsgesetz Möglichkeiten. Wenn wir sagen, Antisemitismusprävention ist uns wichtig, wäre es gut, dass wir da noch mal wesentlich verstärkter die Möglichkeiten ausschöpfen, vielleicht auch über eine Projektlogik von ein oder zwei Jahren zu gehen. Welche Hindernisse sehen Sie vielleicht auch, weil zum Beispiel Träger – weiß ich nicht – nur eine halbe Stelle Verwaltung haben? Dann sind vielleicht bestimmte Dinge auch nicht zu leisten. Wo müssten wir da eigentlich noch mal nachlegen?

Dann würde ich auch gerne von Ihnen noch wissen, was Sie noch sagen, was institutionell und strukturell passieren muss. Wir haben ja schon einige Dinge. Es wurde zum Beispiel die fehlende Wirksamkeit von Anzeigen angesprochen. Wir haben ja aber Antisemitismusbeauftragte bei den Staatsanwaltschaften et cetera. Was muss also auf einer institutionellen, strukturellen Ebene noch mal nachgebessert werden?

Ich würde auch gerne die gesamte Verwaltung fragen: Inwieweit, ausgehend von den hervorragenden und sehr ausführlichen Berichten, können wir aber dann aus einer Senatsperspektive sagen: Was hat da gut funktioniert? Was war wirksam, und was war nicht wirksam? –, nicht nur immer mit dem Blick auf andere, sondern auf sich selbst. Diese Frage, sich an die eigene Nase zu fassen, nehme ich mal für diese Sitzung besonders mit, zu schauen, wo Lücken sind, und zwar nicht im Sinne von: Oh, da ist ein politisches Versagen! –, sondern in dem Interesse, besser zu werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Gomis! – Nur ein Hinweis zu dem Thema Finanzen und worüber wir reden: Wir sind hier nicht der Hauptausschuss, aber im Kontext mit strukturellen Fragen spielt natürlich Geld immer eine Rolle. Deswegen gehen diese Sachen, die wir diskutieren, einher mit der Frage: Wie bekämpfen wir strukturellen Rassismus oder Antisemitismus? Deswegen ist das am Ende immer eine Frage des Geldes und wohin viel Geld fließt. Deswegen diskutieren wir hier. Was wir nicht machen, und das ist auch nicht der Anspruch, dass wir gemeinsam, Hauptausschussberatungen vorziehen oder nachholen. Aber in dem Sinn habe ich Sie auch nicht verstanden, sondern wir reden hier darüber: Wo fließt das Geld hin? Wo sind die Schwerpunkte? Sind die richtig? Muss man die verlagern? – Das ist, glaube ich, die Diskussion, und so habe ich es verstanden.

Bei den Fragen, die wir jetzt alle miteinander diskutieren, wird es wieder so gemacht, dass wir gleich in die Beantwortungsrunde gehen und alle anderen Fragen, die in dem Augenblick nicht beantwortet werden, bitte auch noch mal schriftlich nachreichen. Ansonsten würde ich jetzt sagen: umgekehrte Reihenfolge, zuerst Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt, dann SenASGIVA und dann die Beantwortung durch die Experten. Wollen wir das so verabreden, oder muss jemand bald los? Geben Sie uns einen Hinweis! – [Dr. Friederike Lorenz-Sinai: Ich kann auch schriftlich antworten!] – Okay! – Dann Herr Friederici. – Sie haben das Wort.

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte mich vorhin bewusst kurzgefasst, damit wir den ersten Themenkomplex damit abgehandelt haben. Ich möchte aber dennoch auf einen wichtigen Sachverhalt eingehen, und zwar hatte Frau Kiziltepe, Senatorin für ASGIVA, angesprochen, was die Passus sind, die wir im Berliner Konzept gegen Antisemitismus, in der Antisemitismusprävention von unserer Seite aus geplant haben. Ich will das nur kurz skizzieren. Es war zunächst eine wissenschaftliche Studie zur Verbreitung antisemitischer Ressentiments im Berliner Kunstfeld. Wir hatten sehr schnell im Jahr 2023 damit angefangen. Die Ergebnisse zeitigten einen hohen Beratungsbedarf der diversen Kunst- und Kultureinrichtungen. Wir sind diesem Willen mit dem Schlagwort Open Arts Hub auch klar nachgekommen.

Wir haben mithin Vorhaben, die sich mit der Prävention von und mit dem Engagement gegen Antisemitismus im Bereich der Kultur beschäftigen, auch in dieses Thema reingegeben und haben zumindest im Jahr 2024, für 2025 kann ich es Ihnen jetzt nicht sagen, mehr als zwei Dutzend erfolgreiche Maßnahmen und Projekte mit sehr hoher Reichweite ermöglicht, beispielsweise jüdische Stolpersteine und vieles andere mehr.

Ich komme noch mal kurz zum Aktionsfonds gegen Antisemitismus. Ihre Fragen, Frau Gomis, könnten sich damit erledigen, weil wir nämlich übernächstes Mal beim Hauptausschuss genau diese Thematik darlegen und dort in der Hauptausschussvorlage auch dieses verwenden

werden. Ich vermute, das ist schneller als die Beantwortung der Fragen, die Sie hier erbeten haben. Wenn wir uns darauf verständigen sollten, dass wir es zur übernächsten Sitzung abgeben, gebe ich den Hinweis: Die Hauptausschussvorlage ist öffentlich. Dort können Sie alles sehen.

Auf Ihre Frage nach den Beispielen, wie das aus Verwaltungssicht ist, möchte ich auch gleich noch eingehen. Wenn ein Vorhaben, ein Projekt nicht läuft, dann gilt der Best-Practice-Grundsatz. Dann wird es nicht weitergeführt oder verändert. Das gehört zum praktischen Verwaltungshandeln, das aus jeweiliger Mittelbeantragung, Mittelbewilligung, der Durchführung einer Maßnahme oder Förderung am Ende steht: Führt man ein Projekt weiter, oder tut man es nicht? Das wird in unserer Verwaltung sehr gut entsprechend gehandhabt, und es ist eine große Freude, die mich immer erfüllt, das zu sehen.

Zur Beratungsstelle gegen Antisemitismus für den Kulturbereich: Diese ist von uns eingerichtet worden. Wir wissen, dass die Stadt München dieses Modell kopieren und bei der Einführung dieser Maßnahme oder dieser Einrichtung unser Modell nachvollziehen wird.

Die Umfrage und die Dialogformate mit den Kultureinrichtungen, Kulturschaffenden sind ein lebender Prozess. Wir haben relativ schnell alle Kulturschaffenden, die bei uns in der Liste stehen, eingeladen und zunächst einmal eine Erhebung mit ihnen gemeinsam durchgeführt, Schlüsse daraus gezogen, welchen Beratungsbedarf, welchen Korrekturbedarf sie sehen und was hier an nächsten Maßnahmen ansteht. Letztendlich haben wir sehr umfangreich Fortbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung durchgeführt, und das werden wir bei Bedarf weiter machen.

Ich möchte aber noch zu einem weiteren sehr wichtigen Punkt kommen. Das ist der Bereich Kultur. Wir haben auch den Bereich Gesellschaftlicher Zusammenhalt, in dem wir noch einige Punkte nennen müssen. Unser Ziel ist es, die Menschen und Strukturen in unserer Stadt, die sich konstruktiv einbringen, sich am demokratischen Leben beteiligen und damit indirekt, aber auch direkt den Zusammenhalt stärken, zu unterstützen. Das tun wir mit vielen Maßnahmen. Im Vordergrund steht dabei nicht nur die Abwehr, sondern die Ermutigung und die Ermöglichung. Das ist kein kurzfristig aktionistischer Ansatz, sondern eine Investition in nachhaltige und stabile Strukturen für die Menschen in unserer Stadt. Gleichzeitig werden natürlich bisher schon und auch weiterhin punktuell Maßnahmen der Engagement- und Demokratieförderung aus Mitteln gefördert.

Wir verfolgen gerade beim Thema Demokratieförderung einen sehr langfristigen Ansatz, um hier die Resilienz unserer Demokratie im tradierten System zu stärken, zu festigen und auszubauen. Das stärkt die demokratischen Kräfte und wirkt Extremismus, Antisemitismus und Rassismus entgegen. So entsteht eine sinnvolle thematische Verbindung mit den originären Aufgaben unseres Hauses.

Wenn ich zum Thema Engagementförderung noch ein paar Punkte benennen darf: Das ist zum Beispiel die Koordinierung der Umsetzung der Berliner Engagementstrategie, die Förderung des Landesnetzwerkes Bürgerengagement, die Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, die Förderung der Berliner Engagementplattform Engagiert Berlin die Umsetzung des Anerkennungsformates „Berlin sagt Danke“ und, und, und. Und im Bereich Demokratieförderung sind das Themen wie die Umsetzung der Berliner Demokratiekonferenz, themenübergreifende Fachkonferenz für die Zivilgesellschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Politik, übrigens in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung ASGIVA, die Förderung des Berliner Demokratietages und auch die Konzeption eines Berliner Demokratiefonds in der Perspektive und auch die Koordinierung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit in Fragen der Demokratieförderung. Diese Aufgaben bilden den Kern unserer Arbeit im Engagement- und Demokratieförderungsbereich. Ich wollte das wenigstens auch mal hier in diesem Kreise erwähnen. Es ist eben nicht nur die thematische Stellung an einzelnen Projekten, sondern wir wollen hier auch langfristige Ansätze weiter verfolgen.

Dann haben wir bei uns in der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt noch den Bereich Religionsgemeinschaften und den Bereich der Weltanschauungsgemeinschaften. Hier haben wir auch nach 2023 unsere Anstrengungen verstärkt, verstärkt in den interreligiösen Dialog zu gehen, also den Dialog zwischen den Religionen, den Gemeinschaften der Weltanschauung und auch viele andere Sachen mehr. Auch das berichten wir ganz regelmäßig im Hauptausschuss beziehungsweise im Fachausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung.

Vielleicht noch ein Wort zu dem, was vorhin bei den Grünen vorkam, das war die Frage: Wie ist das mit baulichen Sicherheitsleistungen? – Die baulichen Sicherheitsleistungen werden von uns nicht beschieden. Sie werden, wenn ich Ihnen den Verfahrensgang, ohne jetzt Geheimnisse auszuplaudern – In Berlin ist das so geregelt, dass sich jeweils die Gemeinschaften, aber auch Einrichtungen an die Jüdische Gemeinde zu Berlin wenden, dann geht das über unser Haus direkt an die Senatsverwaltung für Inneres, die das inhaltlich nach Sicherheitsgesichtspunkten bewertet, und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung geht in die Planung und ordnet an. Dann kommt das wieder zurück, und die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt wird die Bewilligung der Maßnahmen vornehmen, denn durch den neuen Fonds der Koalition von CDU und SPD sind wir in die Lage versetzt worden, uns in diesem und auch im nächsten Jahr – das kann ich noch nicht sagen, wir haben ja den Haushalt noch nicht verabschiedet, aber wir werden es auf jeden Fall anmelden – durch eine große Mittelverstärkung um die Förderung des jüdischen Lebens sehr adäquat kümmern zu können. Dazu gehört zum einen die bessere Ausstattung unserer fast zwei Dutzend jüdischen Einrichtungen in Berlin, aber auch die Dialogarbeit und die Arbeit in den jüdischen Gemeinschaften in Berlin, um hier auch klar das Statement zu setzen, dass wir klar an der Seite der jüdischen Gesellschaften und der Gemeinschaften hier in Berlin stehen, um dies auch immer wieder klar zu unterstreichen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Wir haben eine Wortmeldung zum Verfahren. – Herr Walter!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich hatte ein etwas anderes Verständnis von der Rolle der Verwaltung hier; dass es eher um Nachfragen geht und nicht noch mal um Vorträge. Ich habe das Gefühl, dass viele Fragen nicht beantwortet worden sind, und ich würde jetzt nicht nachfassen wollen, sondern einen Verfahrensvorschlag machen. Ich fände gut, wenn wir die Fragen, die insbesondere von Frau Gomis Richtung Verwaltung aufgeworfen worden sind, vielleicht auch noch mal schriftlich beantwortet bekommen können, damit wir die haben. Tatsächlich sind die meisten Sachen jetzt nicht beantwortet worden, und wir haben, glaube ich, nicht die Gelegenheit, noch mal per se reinzugehen. Ich glaube, dass wir als Enquete-Kommission selbstbewusst sagen können, was wir von Verwaltung brauchen, dann können wir ja darüber reden, wann das wie erfüllt werden kann. Das ist der eine Punkt.

Und der zweite ist: Ich finde es ein bisschen misslich, darauf hinzuweisen, dass es Hauptausschussvorlagen gibt, die man sich anschauen könnte, denn ich würde schon erwarten – Hier sind viele Sachverständige, die nicht mit dem parlamentarischen Ablauf vertraut sind, die nicht wissen, wo diese Sachen sind. Natürlich können wir die weiterleiten, aber ich würde dann doch darum bitten, dass man, wenn es Vorlagen gibt, die hier im Parlament sind, die die Enquete-Kommission betreffen, die man zur Beantwortung der Fragen hinzuziehen kann, die dann der Enquete-Kommission zur Verfügung stellt. Ich glaube, das ist mit einer Hauptausschussvorlage relativ einfach zu machen, aber dieses: Bitte gucken Sie doch mal, wo die Hauptausschussvorlage ist – finde ich in der Zusammenarbeit nicht ganz gelungen, ehrlich gesagt.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Stettner, dazu?

Dirk Stettner (CDU): Dann sollten wir vielleicht mal in der internen Runde darüber reden, was Aufgabe der Enquete-Kommission ist und was nicht Aufgabe der Enquete-Kommission ist. Das Abfragen einzelner Titel und einzelner Förderzusagen ist nicht Aufgabe dieser Runde hier. Und wenn dann der Hinweis kommt, das wird im nächsten Hauptausschuss offen dargestellt, sind alle Informationen vorhanden, und wer sich nicht im Detail mit verwaltungstechnischen Abläufen auskennen sollte, lieber Herr Walter, den interessiert vielleicht auch nicht der einzelne Titelansatz. Das interessiert ja offenbar andere.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Walter, folgender Vorschlag: Dass alle Fragen, die eingereicht werden, auch beantwortet werden, ist für mich ein klares Muss. Das ist eine Enquete-Kommission, sie vergibt Aufträge an die Verwaltung, und da bin ich unmissverständlich, und da sind wir uns auch alle einig, dass die Fragen auch zu beantworten sind. Was wir nicht machen, das habe ich vorhin gesagt: Wir machen jetzt keine Haushaltsberatungen, Titel hier geht hoch, Titel da geht runter, aber eine Erkenntnis darüber, wie die Situation ist, ist berechtigt, wenn man sagt, wir wollen besser werden. Wie sind die Strukturen? Was ist überholt? Darüber kann man ja reden.

Und zu dem Hinweis, im Hauptausschuss steht das: Klar, dann kann ich sagen, wenn das dann durch ist im Hauptausschuss, dann möchte ich das trotzdem gerne in den Unterlagen der Enquete-Kommission haben, das wäre dann die Folge. Das heißt, wir ziehen es uns nicht selber runter, das kommt dann in die Unterlagen, wir brauchen die ja für die Bewertung des Ge-

samtberichts. Ich sehe jetzt gerade keinen großen Konflikt, wenn ich ehrlich bin, sondern eher die Frage: Der Ton macht die Musik. So habe ich das interpretiert, Herr Walter. Deswegen sage ich jetzt in meinem Ton unmissverständlich: Die Verwaltung ist die Verwaltung, und ich bin dankbar, dass es sie gibt. Aber die Kommission ist diejenige, die die Aufträge vergibt an die Verwaltung. Punkt. Das müssen wir, glaube ich, nicht zu sehr vertiefen.

Ich habe es vorhin versucht zu sagen: Wenn man hier über Geld reden will, dann ist das legitim, denn es ist immer eine Frage der Verteilung. Was wir hier aber nicht machen werden, ist Geld verteilen. Das war auch nicht der Anspruch von Frau Gomis, sondern der Anspruch war gewesen, zu sagen: Wo liegt was? Sind die Schwerpunkte richtig? Warum ist das Geld nicht ausgegeben, das eine hohe Bedeutung hat? Warum liegen noch 3, 4 Millionen Euro herum? Diese Fragen kann man ja im politischen Diskurs diskutieren. Was wir hier nicht machen, ist – – und, glauben Sie mir, ich kenne unseren Hauptausschuss im Abgeordnetenhaus. Er hätte sowieso ein Problem damit, wenn wir hier irgendetwas vorweggreifen würden. Das werden wir auch nicht tun. Trotzdem ist es legitim, dass hier Zahlen angefordert werden, und nichts anderes hat Frau Gomis vorhin eingefordert, und wenn sie sagt, sie möchte Zahlen haben, dann hat sie ein Recht auf die Zahlen, um es auf den Punkt zu bringen, und da können Sie sagen, in zwei Wochen geht es erst mal durch den Hauptausschuss, dazu haben Sie das Recht, aber dann will ich die Zahlen haben, und zwar schriftlich nachgereicht. Das wäre, glaube ich, so der Konsens, den wir verabreden können.

Noch mal: Alle, die hier sitzen, gehören Fraktionen an oder sind Expertinnen und Experten, losgelöst von parteipolitischer Zugehörigkeit, und wir bestimmen hier dann am Ende mit unseren Aufrägen, was wir wollen und was nicht. Ich denke, wir können einen Punkt machen.

So, dann sind Sie dran. – Und die Fragen müssen dann noch mal eingereicht werden, weil es jetzt gerade viel um die allgemeine Arbeit ging, aber weniger um die Fragen. Sie werden schriftlich nachgereicht. – Herr Staatssekretär Landero!

Staatssekretär Max Landero: Unser Anspruch ist natürlich auch, Sie bestmöglich zu informieren, aber je tiefer wir ins Detail gehen, desto größer ist natürlich der Aufwand für uns in der Verwaltung, was wir Ihnen gerne zur Verfügung stellen wollen. Wir wollen jetzt auch nicht alles doppelt liefern, aber wir wollen natürlich die Arbeitsfähigkeit hier unterstützen und Ihnen auch die Informationen, die Sie brauchen, zukommen lassen. Aber wir wollen es uns eben nicht so einfach machen, Ihnen einfach nur die Bericht zuzusenden, sondern wollen Ihnen auch detailliert liefern, deswegen finde ich es auch gut, wenn wir kurz die Möglichkeit der Stellungnahme bekommen und Ihnen dann das, was übrigbleibt, schriftlich geben. Das ist jedenfalls unser Punkt an der Stelle.

Ganz konkret: Ich würde mich darauf beschränken, konkrete Fragen zu beantworten. Landesdemokratiefördergesetz hatte ich jetzt gehört; so ein bisschen die Weiterführung die Frage der Leerstellen Richtung Verwaltung hatten wir noch. Und ich kann vielleicht noch ein paar Punkte zu unserem Topf sagen. Das ist in der öffentlichen Wahrnehmung vielleicht nicht ganz klar: Es gibt den Topf bei Kultur, und es gibt bei uns noch mal Geld zur Antisemitismusprävention.

Vielleicht erst mal zum Demokratiefördergesetz: Es war ja schon in der vorherigen Koalition nicht ganz einfach, da eine Zuständigkeit zu klären, dann zu prüfen: Was will man eigentlich

genau regeln? – Wir sind mittlerweile sehr weit im Prozess. Wir haben einen Referentinnen- und Referentenentwurf erarbeitet. Wir hatten zivilgesellschaftliche Beteiligung auf der Demokratiekonferenz, die Herr Friederici gerade angesprochen hat, wo sich zum Beispiel auch der Regierende Bürgermeister auf das Demokratiefördergesetz committet hat. Wir haben uns auch im Rahmen von Arbeitsgruppen in der Verwaltung eingehend mit dem Thema beschäftigt, und wir haben dann auch ein Eckpunktepapier vorgelegt und sind jetzt mit dem Referentinnen- und Referentenentwurf gerade in der frühzeitigen Beteiligung gewesen und bekommen jetzt die Erwiderungsschreiben fertig, was bedeutet, dass wir danach in die Verbändeanhörung gehen. Das bedeutet dann, dass sich der formalisierte Ablauf der Beteiligung fortsetzt, und daraufhin wird das dann den entsprechenden Gremien – Abgeordnetenhaus, Datenschutzbeauftragte, Integrationsbeauftragte und so weiter – zugeleitet, sodass wir hoffen, und das ist jedenfalls an der Stelle unser Anspruch als Senat, dass wir dann auch dem Parlament eine Beratungsgrundlage geben können, um zu entscheiden, ob dieses Gesetz dann auch die Mehrheit dort findet. Das bedeutet, wir sind dort auf einem guten Weg und haben natürlich auch einige Anregungen und Anmerkungen von den verschiedenen Verwaltungen aufgenommen.

Darüber hinaus noch mal der Punkt zu den Leerstellen. Also so ein Stück weit ist es ja auch im Landeskonzept zu Antisemitismusprävention sehr klar benannt: Was sind denn große Themenfelder, mit denen wir uns beschäftigen sollen? – Das sind natürlich einerseits der Bereich Bildung und Jugend. Das ist, glaube ich, Konsens, dass wir natürlich als Staat und als Gesellschaft eine große Verantwortung für junge Menschen und natürlich auch für den Bildungsbereich haben. Das ist, glaube ich, unstrittig. Gleichzeitig sollte man das Thema Erwachsenenbildung da nicht außen vorlassen. Das ist auch ein Thema, das wir immer mit bedenken sollen.

Darüber hinaus haben wir auch immer wieder Herausforderungen, was den Bereich Polizei, Ordnungsbehörden und so weiter angeht. Gleichzeitig sind die Bezirke ein Thema, wo ich Ihnen vielleicht auch mal offen darstellen kann, wo wir als Verwaltung regelmäßig auch nicht die Ressourcen haben, dort alles nachzuvollziehen. Die Bezirke sind ja die, die ganz konkret mit den Bürgerinnen und Bürgern täglich im Kontakt sind. Das ist ein ganz großer Bereich, dem wir uns vielleicht noch mal mehr widmen können. Und darüber hinaus sind natürlich die strukturellen Fragen, die immer wieder dahinterstehen, von Justiz über Wissenschaft und so weiter ganz wichtige Punkte, wo wir uns auch immer wieder Impulse und ein Mehr wünschen. Ich möchte jetzt nicht alle nennen, dann würde die Priorisierung so ein bisschen wegfallen, aber nehmen Sie gerne die Priorisierung so, wie ich sie auch genannt habe, in dieser Reihenfolge, das wäre jedenfalls mein Punkt.

Darüber hinaus zu dem Topf bei uns: Es sind ja jetzt einige Projekte hier, die davon finanziert werden und auch von den Aufwüchsen profitiert haben, die wir organisieren konnten oder die wir praktisch weiterreichen konnten, weil das Parlament sie organisiert hat. Da haben wir natürlich auch eine Reihe von Interessenbekundungsverfahren schnell durchgeführt. Wir konnten zum Beispiel zum Thema Verschwörungsmythen schnell reagieren. Zu antisraelischem Antisemitismus haben wir zum Beispiel auch schnell ein Projekt begonnen. Aber natürlich auch viele Projekte, von denen wir gerade gehört haben, wie RIAS und OFEK, die schon ganz lange hier in der Stadt Arbeit machen, sind ja sozusagen von uns weitergeführt und natürlich in dieser schwierigen Haushaltssituation auch immer wieder verteidigt worden. Das bedeutet, das war jedenfalls unser Beitrag an der Stelle, und darüber hinaus haben wir immer wieder

versucht, große Lücken zu schließen. Aber wir können auch sagen, die Bedarfe, die an uns herangetragen werden, sind immer wieder groß, weil die Herausforderung auch groß ist.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann kommen wir jetzt in die Reihenfolge der Beantwortung der Fragen an die Anzuhörenden. Wir fangen an mit Frau Prof. Dr. Lorenz-Sinai. Wir haben gesagt, ungefähr fünf Minuten pro Block. Alles andere, wenn es geht, schriftlich, dafür wären wir sehr dankbar. Vielen Dank! – Sie haben das Wort.

Dr. Friederike Lorenz-Sinai (Fachhochschule Potsdam): Vielen Dank für die sehr anregenden Fragen! – Ich würde auf ein paar Aspekte eingehen. Ich beginne mit der Frage nach dem Begriff der Sensibilisierung, warum ich den nicht genutzt habe – nicht, weil Sensibilisierung nicht wichtig wäre, sondern weil es hier erst mal um Professionalisierung geht und darum, dass gerade in verschiedenen institutionellen Kontexten sich Adressatinnen und Adressaten, Nutzerinnen und Nutzer darauf verlassen müssen, dass die dort tätigen Menschen den Rückhalt von Leitung, von Vorgesetzten, von Politik haben und dass ähnlich, wie es im Feld der sexualisierten Gewalt in den letzten 15 Jahren passiert ist, Maßnahmen gegen Antisemitismus, aber auch gegen Rassismus Teil des institutionellen Selbstverständnisses werden, dementsprechend Beschwerdeverfahren, Schutzkonzepte und Ähnliches installiert werden. Und Sensibilisierung wäre mir zu schwach, weil es zu beliebig bleibt: Wer wird wie sensibilisiert? – Gleichwohl ist Sensibilisierung ein sehr wichtiges Thema der politischen Bildung.

Ich würde gern kurz darauf eingehen: Was tun? –, und warum Antisemitismus als so überfordernd erlebt wird. Mir ist wichtig zu betonen: Jede Diskriminierungsform ist überfordernd, und jede Person, die zu rassistischer oder sexualisierter Gewalt beraten hat, weiß, dass jeder dieser Fälle im Konkreten extrem überfordernd ist. Was bei Antisemitismus spezifisch dazukommt, ist das, was wir als Verrätselung bezeichnen; Verrätselung des Antisemitismus, in deren Folge wir oft – ich zitiere hier Deborah Hartmann, die das bei unserem Fachsymposium dieses Jahr gesagt hat – nicht mehr über Antisemitismus reden, über das, was Antisemitismus ist, nämlich Gewalt, Vernichtungsabsicht, Diskriminierung, sondern es wird über das Reden über Antisemitismus gesprochen. Und diese Verrätselung, bei der so eine implizite Annahme zugrunde liegt, es trifft eigentlich niemanden wirklich, es geht hier um etwas Abstraktes oder Politisches, ist meines Erachtens ein Teil dessen, warum gerade konkrete antisemitische Vorfälle als so überfordernd erlebt werden.

Was hier hilft – jetzt eine relativ kompakte, reduzierte Antwort –, ich komme wieder auf die Professionalisierung zu sprechen: Wir können uns nicht darauf verlassen, dass Bildungsangebote, die ja auch auf Freiwilligkeit beruhen müssen – sonst ist es nicht politische Bildung im engeren Sinne, Freiwilligkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist Voraussetzung –, ausreichen, sondern Menschen, die in verantwortlichen Positionen, in Institutionen sind, müssen das verinnerlichen und sich zuständig sehen. So antworte ich hier ähnlich wie auf die Frage nach der Sensibilisierung: Es geht um eine langfristige Professionalisierungsaufgabe, die deswegen auch Dauerfinanzierungen braucht, was gerade auch immer wieder Thema war.

Noch ganz kurz zu der Frage nach den konkreten Erscheinungsformen in der Berliner Studie, wobei ich betonen möchte: Das sind fünf Jahre alte Befunde, die sich aber teilweise sehr mit den Befunden aus anderen Bundesländern ergänzen, wobei da in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen noch mal etwas andere Erscheinungsformen im Vordergrund stehen als in Baden-Württemberg. Was in der Berliner Studie sehr deutlich wurde, ähnlich wie in den anderen

Studien: Lehrkräfte sind ja auch ehemalige Schülerinnen und Schüler, sind in den Institutionen dieser Gesellschaft in der Regel sozialisiert worden – übrigens auch Lehrkräfte, die sich als muslimisch verstehen, sind in der Regel in den Institutionen dieser Gesellschaft sozialisiert worden –, und in den biografischen Erinnerungen von Lehrkräften tauchen Erinnerungen auf an normalisierte antisemitische Sprache in der Kindheit, in der Jugend, und dann geht es irgendwann über in das eigene Lehrkärftehandeln, und diese normalisierte antisemitische Sprache verdeutlicht eben auch, warum antisemitische Codes so gut funktionieren: weil sie so früh erlernt werden und bei bestimmten Andeutungen, Anspielungen, Mechanismen sofort klar ist, worum es geht. Das ist diese Art der Umwegkommunikation, die Lehrkräfte in Bezug auf sich selbst reflektieren.

In Bezug auf den eigenen Schulalltag haben wir Topoi typischer antisemitischer Übergriffe verfasst, und ganz deutlich im Vordergrund steht die Normalisierung antisemitischer Sprache, die Verwendung von „Du Jude!“ als Schimpfwort, aber auch weitere abwertende Begriffe, mit denen auf Juden und Jüdinnen Bezug genommen wird, oder eben verschwörungsideologische Formen. Ein weiteres Thema sind Übergriffe mit direktem Bezug zum Nationalsozialismus, auch in Berlin eine hohe Verbreitung von Symbolen, auch zum Teil strafrechtlich relevanten Symboliken, mit denen Schulen zu tun haben, dem Tragen extremistischer oder islamistischer Symboliken im Schulalltag. All das wird erwähnt.

Dann: Eine bundeslandübergreifende Form, die sehr verbreitet ist und Lehrkräfte vor große Herausforderungen stellt, ist die Reinszenierung antisemitischer Gewaltgeschichte in Kinderspielen und auf Social Media als eine sehr große Herausforderung, wobei Lehrkräfte auch auf Meldungen angewiesen sind, die wiederum dann betroffenenorientierte und schützende Interventionen verlangen.

Was ich abschließend – und damit ende ich – hervorheben möchte: dass Lehrkräfte auch gerade in Berlin bei Weitem nicht nur über Schülerinnen und Schüler sprechen, sondern auch über ihre Kolleginnen und Kollegen. Es geht hier um verschwörungsideologische Videos, die im Lehrerinnen- und Lehrerchat versendet werden, um bestimmte tendenziöse Formen, wie auch Unterrichtsinhalte vermittelt werden. Und schließlich – in Berlin konnten wir nicht mit jüdischen Schülerinnen und Schülern sprechen, erst in den späteren Studien, wir wissen aber aus anderen Erhebungen, dass es auch in Berlin eine große Rolle spielt –: Eine weitere Form ist die der Exotisierung und des Othering, das jüdische Schülerinnen und Schüler und ihre Familien erleben, wenn sie sich als jüdisch zeigen. Das zu den typischen Formen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Prof. Dr. Lorenz-Sinai! – Als Nächsten würde ich Herrn Saadi drannehmen. – Sie haben das Wort.

Iven Saadi (BildungsBausteine e. V.): Auch von mir danke für die Fragen! – Ich würde beginnen mit der Frage von Ihnen nach Erfahrungen des Erfolgs. Also wir haben relativ viele Erfahrungen des Erfolgs. Es ist anstrengender geworden, aber wenn wir tatsächlich mit einer klaren Haltung, viel Wissen und guten methodischen Ansätzen in Schulklassen gehen, die eigentlich erst mal widerständig reagieren, weil sie keine Lust haben auf eine antisemitismuskritische Auseinandersetzung, und ihnen zeigen: Wir kommen nicht allein mit Antisemitismus, zum Beispiel zum Israel-Palästina-Konflikt, sondern auch zu Rassismus –, also wenn wir sozusagen beides mit in den Raum holen und auch deutlich machen, dass es im Sprechen

oder im sogenannten Konflikt über den Konflikt in Deutschland nicht nur antisemitische Phänomene gibt, sondern eben auch rassistische, dann verändert sich sehr viel und es gibt eine sehr viel größere Lernbereitschaft und eine größere Auseinandersetzungsbereitschaft eben auch mit antisemitischem Sprechen über den Israel-Palästina-Konflikt. Und nicht, dass Sie mich missverstehen: Wir machen das nicht manipulativ, also wir bringen jetzt nicht ein bisschen Rassismus mit, damit die dann irgendwie spuren in Bezug auf Antisemitismus. Das würden wir pädagogisch und auch politisch für total verfehlt halten. Aber wir haben viele gute erfolgreiche Beispiele auch mit Fachkräften bundesweit und so weiter und so fort.

Eine zweite Frage war die Frage: Wie können wir Empowerment machen, wenn sogenannte Unsichtbarkeitsdynamiken – also so nennen wir das – im Raum sind, die ja nicht nur Antisemitismus betreffen, sondern zum Beispiel auch Queerfeindlichkeit, antislawischen Rassismus und so etwas? – Da gibt es Konzepte. Es würde weit führen, die jetzt auszuführen. Ich erinneere mich daran, dass wir vor acht, neun Jahren mal zusammen in einem kleinen Fachaustausch saßen, wo wir antisemitismuskritische Bildung und queere Bildung im weiteren Sinne miteinander ins Gespräch gebracht haben, gerade zu der Frage, Coming-outs zu verhindern. – Ah, okay, das war nicht auf mich gemünzt, hoffe ich. – Dazu kann ich gerne noch mal im Gespräch Ansätze erläutern.

Zu den Interdependenzen von Antisemitismus und Rassismus ist für uns tatsächlich total wichtig, dass wir – [Sigmount Königsberg spricht in sein Mobiltelefon.] – Das irritiert mich. Das kenne ich aus Schulklassen. Ist nicht böse gemeint, aber – das Hantieren mit dem Handy und so etwas. – Zu Interdependenzen: Das ist natürlich total voraussetzungsreich, und da müssen wir einfach – Also die internationale Fachdebatte kommt zu anderen Schlüssen als die deutsche Fachdebatte und so weiter und so fort. Wir halten es erst mal für wichtig, dass wir anerkennen, dass Antisemitismus auch bestimmte andere Aufladungen mit sich bringt. Wenn wir aber international schauen, können wir sehen, dass zum Beispiel in Frankreich gerade so etwas in Bezug auf antimuslimischen Rassismus entsteht, wo dann gesagt wird: Die Araber kontrollieren unsere Medien – und so etwas, also so eine Überhöhung. Das ist ein neues Phänomen. Ich will das nicht gleichsetzen, aber wir müssten eigentlich erforschen: Wie hängen solche Phänomene eigentlich zusammen? – Wir setzen Antisemitismus nicht gleich mit Rassismus. Für uns ist aber total wichtig, die Gemeinsamkeiten anzuschauen und auch die historischen Ähnlichbehandlungen in der europäischen und christlichen Geschichte. Also im christlichen Antijudaismus gibt es Ähnlichkeiten zu einer christlichen Islamfeindschaft, die sich etwa ab dem 9. Jahrhundert entwickelt, wo die iberische Halbinsel irgendwie muslimisch wird und so etwas. So etwas wird unterrepräsentiert.

Genauso müssten wir die mehrdimensionale Diskriminierung vieler jüdischer Menschen in Deutschland mehr erforschen. Der Großteil jüdischer Menschen in Deutschland macht auch Rassismuserfahrungen. Ich verstehe nicht, warum das so systematisch unter den Tisch fallen gelassen wird – sage ich jetzt mal explizit –, also warum auch dieses verbündende Potenzial zwischen Betroffenen von Antisemitismus und von Rassismus, das in dieser mehrdimensionalen Diskriminierung – Der Großteil jüdischer Menschen in Deutschland ist in den Achtziger- und Neunzigerjahren nach Deutschland aus Osteuropa eingewandert, und die beschreiben uns Erfahrungen mit antislawischem Rassismus. So etwas müsste erforscht werden.

Ich sehe, ich habe gar nicht mehr viel Zeit. – Zu der Frage von Ressortlogik und verbündeten Ansätzen: Ich würde sagen, die Verknüpfung zwischen Rassismus und Antisemitismus ist

keine, die ich klassisch als Intersektionalität wie andere bezeichnen würde. Es gibt darin eine spezifische Interdependenz, was wir auch gerade daran sehen, wie in Deutschland das eine gegen das andere ausgespielt wird, und mit einer anderen Qualität, würde ich sagen, als zum Beispiel Rassismus und Sexismus im Zuge der Kölner Silvestervorfälle gegeneinander ausgespielt wurden. Ich würde sagen, eine Ressortlogik, die so klar monophänomentypisch arbeitet, unterschlägt diese spezifischen Interdependenzen und wird potenziell dazu beitragen, dass wir sozusagen eine Sache bekämpfen auf Kosten der Betroffenen vom anderen. Ich finde es total richtig, auch mono zu arbeiten, das ist total wichtig. Und zugleich müssen wir einfach anerkennen, dass wir, je nachdem, wie wir arbeiten, potenziell zu Antisemitismus oder zu Rassismus beitragen, wenn wir diese spezifischen Interdependenzen nicht betrachten.

Und als letzten Punkt zur Rolle der politischen Bildung möchte ich daran erinnern: Die Entstehungsgeschichte der politischen Bildung in Deutschland hat ja viel mit staatlicher Indoktrination im Nationalsozialismus zu tun. Wir dürfen also die Herkunft politischen Bildung nicht vergessen. Ich glaube, dass im Vergleich auch zu anderen europäischen Ländern zu sehen ist – also in Deutschland ist die politische Bildung stärker verankert –, dass wir eine gewisse stärkere Robustheit gegenüber demokratiefeindlichen, extrem rechten und ähnlichen Angriffen hatten. Dazu gibt es wenige Studien, die sich den Zusammenhang anschauen, aber ich glaube, gerade in solchen Situationen, in denen wir davon ausgehen können, dass Kinder und Jugendliche relativ wenige Zugänge zu diskriminierungskritischen als auch zu demokratieorientierten Wissensbeständen haben, also wenn die nur auf TikTok und in der potenziell rechts-extremistischen oder islamistischen Familie sind, dann brauchen sie politische Bildung, und die wird zurzeit nicht systematisch von der Schule geleistet.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Saadi! – Als Nächste ist Frau Nahm dran. – Sie haben das Wort.

Veronika Nahm (Koordinierungsstelle des Kooperationsverbunds gegen Antisemitismus): Vielen Dank! – Mir als Pädagogin hat auch die Frage nach dem, was gelingt, sehr gut gefallen. Ich bin aber hier für den Kooperationsverbund gegen Antisemitismus und möchte deswegen jetzt nicht ein Projekt in den Mittelpunkt stellen, sondern noch mal anknüpfen an ein paar Grundprinzipien, die Gelingensbedingungen sind. – Da hast du auch schon einige genannt. – Also der biografische Ansatz, der Lebensweltbezug sowohl zu den Erwachsenen als auch zu den Jugendlichen, hat viele Vorteile, weil er Handlungsspielräume, aber eben auch die Verknüpfung der Biografie mit den gesellschaftlichen, politischen Zusammenhängen, in der historischen Perspektive dann auch noch mal die Veränderbarkeit von Gesellschaft in den Blick nehmen kann.

Ganz wichtig: Wir haben von Ihnen, Herr Mansour, etwas gehört über die Menschen, die sich abgekoppelt haben und die nicht Teil dieser Gesellschaft sind und sein wollen, aber wir müssen uns auch auf die Menschen konzentrieren, die verändern wollen, und die müssen wir auch stärken, und die müssen wir auch sehen. Wir wissen, dass die Selbstwirksamkeit und auch das Selbstaktivwerden gegen Antisemitismus einfach ein wichtiger Baustein ist. Unsere Programme müssen also so angelegt sein, dass wir eben nicht nur geben und Wissen vermitteln und Selbstreflexion anregen, sondern eben auch Raum lassen für die eigene Beschäftigung damit und auch eine eigene Schwerpunktsetzung. Und da liegt auch die Verknüpfung der verschiedenen Ideologien der Ungleichwertigkeit oder Diskriminierungsformen natürlich auf der Hand. Wenn wir mit Menschen arbeiten – wir arbeiten immer mit heterogenen Gruppen, und

da gibt es eben unterschiedliche Beziehungen und auch unterschiedliche Erfahrungen zu den einzelnen Themen. Wir machen aber die Erfahrung, dass, wenn wir völlig frei lassen, womit wir uns beschäftigen, Antisemitismus am häufigsten abgewählt wird und dann eben gesagt wird: Also das wissen wir –, genauso wie wir alles über die Zeit des Nationalsozialismus zu wissen glauben, und da müssen wir dann schauen: Wie können wir wieder so überraschend und interessant sein, dass wir dann doch eine Wissensvermittlung und ein Interesse stärken können? Wie können wir zum Beispiel türkisch-jüdische Biografien erzählen? Wie können wir auch Geschichten vom Helfen, von Unterstützung, von Solidarität erzählen? Es ist ganz wichtig, dass wir nicht ausschließlich die Probleme orientieren, denn Kinder und Jugendliche brauchen Helden, und sie brauchen Vorbilder, und sie brauchen auch eine positive Perspektive, was wir eigentlich wollen und wie wir dort eben auch hinkommen.

Vielleicht noch mal ganz praktisch zur Arbeit zu verschiedenen Ideologien der Ungleichwertigkeit: Ich finde, im Berliner Beratungsnetzwerk beispielsweise gelingt es sehr gut, dass, wie vorhin auch schon gesagt, die Institutionen, die spezifische Schwerpunkte haben, sich dann vernetzen, vernetzt agieren und voneinander lernen. Das ist ganz wichtig, um der Komplexität gerecht zu werden, aber da unterstützt uns die Verwaltung sehr gut durch die Organisation und die Bereitstellung eines solchen Forums.

Dann komme ich noch mal auf die Qualitätskriterien antisemitismuskritischer Bildung zu sprechen, auf die wir uns auch im Kooperationsverbund geeinigt haben. Das ist einfach wichtig, wie Frau Lorenz-Sinai auch gesagt hat, die Professionalisierung beziehungsweise die Institutionalisierung, die immer wieder weggeht von den einzelnen Vorfällen, von der Betrachtung von Einstellungen oder Motivationen hin zu einem Fokus auf die Institutionalisierung von Antisemitismus und dann eben dem Umgang damit. Aber auch was Derviș Hızarcı gesagt hat: Es ist so kompliziert. – Ja, es ist auch kompliziert, und es braucht auch für Fachkräfte eine Orientierung im Antisemitismusdiskurs. Das ist dann nicht so schwierig. Man kann das auch mit einer Broschüre oder einer zweistündigen Veranstaltung erst mal anstoßen, aber die Fachkräfte brauchen einfach eine Unterstützung dabei, um sich diese strukturbildenden Maßnahmen auch anzuschauen, antisemitismuskritische Leitlinien sich dann auch selbst zu geben. Sie brauchen eine Begleitung und auch dann immer wieder, wie bei jeder Form von Gewalt, fallbezogene Supervision. Es braucht einfach die verschiedenen Ebenen, und die müssen begleitet werden.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Nahm! – Dann kommt Herr Carstiuč dran. – Sie haben das Wort. Bitte!

Alexander Carstiuç (Programmschänke Bajszel und Verein Masiyot): Vielen Dank auch von meiner Seite noch mal für die Fragen! – Ich würde auch mit dem beginnen, was gut läuft. Wir arbeiten zum Beispiel mit der deutsch-arabischen säkularen Sprachschule sehr intensiv zusammen. Wir haben die gleichen Feinde, das verbindet. Wir arbeiten mit der Nachbarschaft zusammen. Es ist trotz dieser ganzen Propaganda, die gegen uns im Umlauf ist, nicht gelungen, uns von der Nachbarschaft zu entfremden. Ob das der Falafelladen ist, ob das die Nachbarn im Haus sind, wir haben ein sehr gutes Verhältnis.

Zu den Projekten: Wir haben mehrere Projekte gemacht, beispielsweise mit arabischen Israelis, die bei uns im Laden auf Menschen arabischer Herkunft aus Neukölln getroffen sind. Wir haben dabei sehr gute Erfahrungen gemacht. Wir haben ein Forum für einen israelisch-palästinensischen Austausch geboten. Das war vor ein paar Wochen, und das war auch ein großartiger Erfolg. Die Traurigkeit an dieser Geschichte ist, dass einer der beteiligten Palästinenser gerade von Abschiebung betroffen ist. Das ist ein grausames Detail dieser Geschichte. Ich möchte das an dieser Stelle erwähnen. Das kann so nicht sein, dass Menschen, die die Herrschaft der Hamas kritisieren, die in Gaza inhaftiert waren, die hier unter Polizeischutz sprechen, die auch hier von Islamisten bedroht werden, von Abschiebung betroffen sind.

Um gleich zum nächsten Punkt zu kommen: Sobald wir die Möglichkeit haben, mit Menschen in den Austausch zu kommen, sobald wir die Möglichkeit haben, mit Menschen zu diskutieren, haben wir Erfolge. Das Problem ist, dass angstfreie Räume, in denen wir diskutieren können, kaum mehr vorhanden sind. Die Schulen sind es nicht, die Jugendzentren sind es nicht, die Bildungszentren sind es nicht. Wir als Bajszel können das nicht alleine leisten. Das funktioniert im Rathaus zum Beispiel, aber es fehlt deutlich an angstfreien Räumen.

Ein wesentlicher Bestandteil unserer pädagogischen Bildungsarbeit gegen Antisemitismus sind die Kiezspaziergänge gegen Antisemitismus, die wir in Tempelhof-Schöneberg machen. Das machen wir sehr erfolgreich. Daran haben Hunderte Menschen teilgenommen. Wir haben etwa 20 angeboten, es gibt eine neue Runde. Das können wir aufgrund der Sicherheit nicht in Neukölln machen. Das ist sehr schade. Der Bedarf ist da, die Anfrage ist da, aber es ist eben leider nicht möglich, in Neukölln, gerade in der aktuellen Lage, Schauplätze antisemitischer Gewalt aufzusuchen und dort offen mit einer größeren Gruppe in der Öffentlichkeit über Antisemitismus zu sprechen.

Zu den Parallelen und anderen Diskriminierungsformen: Wir haben eine sehr große Roma-Community in der Nachbarschaft, die unter erbärmlichen Bedingungen lebt, ausbeutet wird. Deren Probleme spielen leider in dieser Gesellschaft keine große Rolle. Wir thematisieren das. Wir arbeiten mit dem Landesverband der Sinti und Roma zusammen. Auch da gibt es natürlich Parallelen zum Antisemitismus, aber auch Unterschiede. Ich finde es immer noch beschämend, wie wenig der Genozid an den Sinti und Roma im deutschen kollektiven Bewusstsein vorhanden ist. Ich glaube, die Situation ist noch schlechter als vor zehn, 15 Jahren. Da gibt es viel zu tun. Wir haben sehr gute Erfahrungen damit gemacht, das zu thematisieren, die Parallelen aufzuzeigen und gleichzeitig eben auch auf die Unterschiede hinzuweisen. Ähnliches gilt im Bereich der Queerfeindlichkeit und der Transfeindlichkeit. Wir waren leider oft der sichere Ort, wenn transfeindliche oder homophobe Angriffe in der Nachbarschaft stattgefunden haben. Also auch hier wieder das Problem: Es gibt wenige sichere Orte. Sobald wir die Möglichkeit haben zu diskutieren, angstfrei zu diskutieren, haben wir Erfolge. Aber noch mal: Wir brauchen diese Orte.

Zu der Broschüre: Darüber kann man sehr gut diskutieren. Die Broschüre war als Debattenbeitrag gedacht, vor dem 7. Oktober. Die Broschüre „Mythos#Israel1948“ hatte eine Erstauflage von 90 Stück. Das war eine sehr bescheidene Förderung der Landeszentrale für politische Bildung. Wir haben dafür vier international anerkannte, aber durchaus auch umstrittene oder streitbare Expertinnen und Experten gewonnen. Einen Beitrag haben wir selber verfasst. Es ist dann kolportiert worden, dass diese Broschüre als Bildungsmaterial an Schulen verbreitet werden soll. Das war nie die Absicht, das war nie unsere Intention, dafür ist die Broschüre nicht gemacht. Wir sind da ein Stück weit instrumentalisiert worden. Die Reaktion auf diese Broschüre war eine Petition, die – ich habe irgendwann aufgehört zu schauen –, ich glaube, von 11 000 Leuten unterzeichnet worden ist. Es gab eine Kundgebung, die unter anderem von Der Linken Neukölln unterstützt worden ist, vor dem Rathaus Neukölln gegen diese Broschüre. Das steht in keinem Zusammenhang zu dem, was da eigentlich passiert ist. Das steht auch in keinem Zusammenhang zur eigentlichen Wirkung der Broschüre. Dankbarerweise haben wir dann noch mal Mittel eingeworben, und die Broschüre ist dann noch mal in eine größere Auflage gegangen. Der DGB Sachsen hat das gemacht. Wir haben es als Debattenbeitrag verstanden. Diesen Debattenbeitrag konnten wir auch nur unter Sicherheitsvorkehrungen damals im Bajzel und auch an vielen anderen Orten durchführen.

Zur konkreten Frage der Nakba: Keine Frage, es steht nicht in dieser Broschüre, dass es keine Vertreibung von Palästinensern und Palästinenserinnen gab. Selbstverständlich sind Hunderttausende Palästinenserinnen und Palästinenser bei der Staatsgründung Israels vertrieben worden. Das ist nicht die Frage. Was die Frage ist und worüber gestritten wird, ist: Es gab keinen systematischen Plan der Vertreibung dieser Menschen. Darauf legen wir Wert. Dazu gibt es einen internationalen Forschungsstand. Wir beklagen gleichzeitig, dass es von arabischer Seite keine Öffnung der Archive gab, dass diese moderne Geschichtsschreibung, die leider oft nur von kritischen israelischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geleistet wird, nicht vorhanden ist. Da fehlt das. Dieser Nakba-Mythos, also Mythos: Dass das eine Katastrophe für die arabische Bevölkerung Palästinas war, steht außer Frage, absolut außer Frage, aber es stellt sich die Frage der Verantwortlichkeit, und wir legen Wert auf die Feststellung der Verantwortlichkeit. Verantwortlich für die Folgen eines Krieges sind diejenigen, die den Krieg begonnen haben. Das waren in dem Fall nicht die Araber Palästinas, das waren nicht die Zionisten und der Staat Israel, sondern das waren die fünf Königreiche und Diktaturen, die diesen Krieg vorbereitet, erklärt, durchgeführt und verloren haben.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Carstiu, für Ihren Beitrag! – Ich würde mit Blick auf die Uhr sagen, dass wir jetzt, wie verabredet, in die zweite Runde gehen; jeweils fünf Minuten, dann ist das genau eine Punktlandung. – Herr Stettner, wer fängt bei Ihnen an? – Herr Grigat, Sie haben das Wort.

Dr. Stephan Grigat: Ich versuche, es kürzer zu machen, um meinen überbordenden Redebeitrag vorhin etwas einzuholen, deswegen nur ganz kurz ein paar Punkte. Als konkrete Nachfrage würde ich gerne auch noch mal Richtung Bajzel und vor allem auch Richtung Bildungsverein Masiyot nachfragen. Einige Punkte sind schon angesprochen worden, aber noch mal: Das ist eine sehr spezifische Situation dieser Programmschänke, die mittlerweile eigentlich so was wie eine – so würde ich das fast nennen – Volksuniversität betreibt. Da treten ja nicht irgendwelche Leute auf bei den Bildungsveranstaltungen, die dort stattfinden, sondern international renommierte Antisemitismusforscher und -forscherinnen. Jeffrey Herf aus Washington hat dort letztens sein Buch vorgestellt. Dass das in Berlin nicht an der FU oder

der Humboldt-Uni stattfindet, sondern in so einer Programmschänke, ist bemerkenswert. Bruno Chaouat aus Frankreich war letztens da, glaube ich. Vor dem Hintergrund würde ich gern noch mal konkret fragen: Was braucht so eine Programmschänke von der Berliner Politik in der Zukunft? Was ist da bisher nicht gut gelaufen? Und die gleiche Frage auch in Bezug auf den Bildungsverein Masiyot: Du hast jetzt über die Broschüre geredet, aber es gibt ja ein umfassenderes Konzept dahinter. Vielleicht können dazu noch ein paar Sachen gesagt werden.

Das bringt mich auch schon zum zweiten Punkt: Eine Veranstaltung, die im Bajzel stattgefunden hat, wo es auch heftige Proteste gab, hat sich mit dem Begriff und dem Konzept antimuslimischer Rassismus beschäftigt. Vielleicht kann dazu noch mal ein bisschen was gesagt werden, warum dieser Begriff überhaupt problematisiert wurde in diesem Kontext, und vielleicht auch eine Spekulation darüber, warum die Kritik an diesem Begriff so besonders scharfe Kritik ausgelöst hat.

Ganz kurz noch mal zum Begriff des importieren Antisemitismus: Das bezieht sich zum Teil auf etwas, was heute Vormittag gesagt wurde, aber es wurde vorhin auch noch mal aufgegriffen. Zum einen: Natürlich ist das auch ein wissenschaftlicher Begriff. Es funktioniert nicht, dass man Begriffe, die einem aus politischen Gründen nicht passen, einfach für nicht wissenschaftlich erklärt. Die Wissenschaft, der akademische Diskurs, ist mindestens so plural wie der politische, und natürlich gibt es innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses auch diesen Begriff. Was ich mit diesem Begriff allerdings meine, ist sehr viel mehr als das, was Sie jetzt auch automatisch darunter verstanden haben. Ich bekomme in Nordrhein-Westfalen, wo meine Professur beheimatet ist, regelmäßig Anfragen von der AfD-Fraktion. Die wollen natürlich immer irgendwas über importierten Antisemitismus wissen. Ich schreibe ihnen dann immer sehr lange Antworten über die Russlanddeutschen. Dann sind sie nicht zufrieden damit, weil sie natürlich genau den eingeengten Begriff von importiertem Antisemitismus haben, wie er hier jetzt auch kolportiert wurde. Das halte ich für falsch, sondern das ist ein Begriff, wo es darum geht, dass Leute, die nicht ursprünglich in dem Land aufgewachsen sind, hierherkommen und antisemitische Ideologien mitbringen.

Der zweite Punkt dazu, damit kann man die AfD noch mehr ärgern: Es gibt auch importierten Antiantisemitismus, und der spielt eine wichtige Rolle. Das ist für die Diskussion, wenn es dann um pädagogische Konzepte und so etwas geht, von erheblicher Bedeutung. Bei den mittleren heftigen Diskussionen, die ich mit Studierenden bei mir an der Uni habe, lässt sich keinerlei Frontlinie aufmachen zwischen den autochthonen Leuten und den eingewanderten, den irgendwas importierenden, sondern es geht wild durcheinander. Allein das zur Kenntnis zu nehmen, kann ja einen Erkenntniseffekt haben, dass die antisemitismuskritischen Studierenden von mir sehr häufig Leute aus dem Iran, aus den diversen Teilen Kurdistans und anderen Gegenden sind.

Zum Begriff der Nakba und zu der Broschüre, das würde ich auch gern noch mal aufgreifen, weil auch eine Anerkennung von Leid und die Kontextualisierung eingefordert wurden: Ich glaube, das ist richtig, auch in der Bildungsarbeit, dazu gehören dann aber, gerade bei dieser Begrifflichkeit, noch mehr andere Sachen. Gerade die Leute, die das in Bezug auf die sogenannte palästinensische Nakba – ich sage gleich, warum ich „sogenannte“ sage – einfordern, auch die Anerkennung des Leids und die Kontextualisierung, machen das in der Regel selber nicht. Denn der allererste Punkt, der bei der Geschichte von Flucht und Vertreibung

– was noch mal zwei unterschiedliche Sachen sind – von etwa 750 000 Palästinenserinnen und Palästinensern zur Kontextualisierung gehört, müsste sein, dann immer auch über die 800 000 bis 900 000 Juden und Jüdinnen zu reden, die aus den arabischen Ländern infolge der israelischen Staatsgründung vertrieben wurden oder geflohen sind. Das wirft dann ein komplett anderes Bild auf die Gesamtsituation, dann kann man aber sehr viel eher und differenzierter auch über die Geschichte der sogenannten Nakba reden. „Sogenannte“ sage ich immer, weil ich den Begriff Nakba selber bereits problematisieren würde. Er ist aus einem sehr klaren politischen Motiv als Begriff gewählt worden. Sie wissen alle, was Shoah auf Hebräisch bedeutet: „Katastrophe“. Und natürlich ging es anfänglich darum, eine Art Parallelisierung hinzubekommen. Das war auch mit einer positiven Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft verbunden, wie dann Leute hergegangen sind und gesagt haben: Wir können nicht mehr den Holocaust leugnen, wir müssen das anerkennen. – Dann hat man gesagt: Okay, es gab den Holocaust, das war eine schlimme Sache, das ist die jüdische Katastrophe, aber dann gab es unsere Katastrophe, und deswegen nennen wir das auch genauso. – Da würde ich nur warnen, das sollte man möglichst nicht mitmachen, was nicht heißt, dass man nicht über die reale Tatsache von Flucht und Vertreibung reden sollte, bei der es aber genau um die Kontextualisierung geht, die dort gerade eingefordert wurde. – Damit bin ich zeitlich, glaube ich, schon durch, sonst hätte ich gern noch mehr gesagt.

Vorsitzender Raed Saleh: Genau! Herr Prof. Grigat, danke schön für Ihren Beitrag! – Wir haben gleich die Möglichkeit, die anderen Farben auch noch fünf Minuten zu Wort kommen zu lassen. – Wer macht das bei Ihnen, Frau Jarasch? – Bitte schön, Frau Chernivsky, Sie haben das Wort!

Marina Chernivsky: Vielen Dank! – Ich habe nur fünf Minuten. Ich versuche, meine Punkte zusammenzufassen, auch wenn sie vielleicht nicht zusammengehören. Zum Allerersten gehört vielleicht tatsächlich auch das Angebot von Ahmad Mansour, sachlich und offen über Problemlagen zu sprechen. Ich begrüße das sehr und finde das sehr wichtig. Ich möchte aber gleichzeitig darauf verweisen, dass die gesellschaftliche Debatte, die wir in den letzten Monaten insbesondere auch mit dem Wahlkampf verbunden haben, unter anderem eine Botschaft einer ausschließlich muslimischen Problematik transportiert oder eines Problems eigentlich unter Migrantinnen und Migranten. Das schafft eine sehr starke Generalisierung und auch Diffamierung. Da wir im Bildungsbereich tätig sind, fühlen sich Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit in die Schranken gesetzt beziehungsweise schon in einem Programm, das ihnen sozial, medial vermittelt und auch übersandt wird. Das verstärkt sehr stark auch die Abwehrreflexe und die Widerstandshaltung, das heißt, das schadet dem Umgang mit Antisemitismus und fördert nicht. Gleichzeitig ist es mir als Pädagogin und Psychologin wichtig, trotz aller Probleme, die es gibt, eine differenzierte, andere Sprache zu versuchen, die wir durchaus auch im politischen Spektrum haben, um Menschen abzuholen und ihnen ein Beziehungsangebot zu unterbreiten.

Gleichzeitig wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass wir nicht alle erreichen können, und sicherlich braucht es auch verschiedene Ansätze und Konzepte. Es gibt kein Gebot der Einheitlichkeit, sondern eher der Differenzierung. Ich finde nur, dass diese Differenzierung nicht entlang der Herkunft laufen kann. Das ist schwierig. Wir haben Antisemitismus als gesamtgesellschaftliche Konstante und auch als Struktur kontextualisiert. Im Großteil unserer Fälle und Vorfälle finden mehrere Dimensionen von Antisemitismus statt, unter anderem auch das, was die Betroffenen durchaus beklagen und beanstanden: dass ihre Erfahrungen nicht ernst ge-

nommen worden sind, dass ihre Erfahrungen instrumentalisiert worden sind. Das obliegt dann auch den Verantwortlichen, und umso wichtiger ist das, was Friederike Lorenz-Sinai gesagt hat, was uns auch sehr am Herzen liegt, die Professionalisierung von Strukturen, der Aufbau von Interventionskonzepten, der Aufbau von Beschwerdemanagement, der Ausbau der Kompetenz von wichtigen Entscheidungstragenden, Lehrkräften und Ähnlichem.

Ich habe mich heute noch einmal gefragt: Warum ist es so schwierig, Antisemitismus in diversen Communitys zu thematisieren? – Ich glaube, eine Antwort ist: Ja, Menschen, die Antisemitismus ausleben – und ich sage „ausleben“ –, sind oft auch von Diskriminierung betroffen. – Diese Gleichzeitigkeit erschwert die Thematisierung, aber nicht nur. Was auch eine angemessene Thematisierung erschwert, sind auch der Tatbestand des Rassismus in der deutschen Gesellschaft und der Tatbestand des Antisemitismus und fast eine Unmöglichkeit, das eine oder das andere angemessen zu besprechen und angemessen zu bearbeiten. Ich war neulich bei einer Veranstaltung, wo es nur darum ging, muslimischen Antisemitismus zu kritisieren. Ich würde auch Antisemitismus kritisieren, in den verschiedensten Communitys, unabhängig davon, wer der Träger ist. Gleichzeitig erleben wir dadurch einfach eine Einengung. Unsere Erfahrung und unsere Forschung zeigen, dass wir hier einen weiten Blick auf dieses Strukturphänomen brauchen. Das wäre mir sehr wichtig, weil es nicht „für oder gegen“ ist. Heute haben wir fast die ganze Zeit über den Nahostkonflikt gesprochen und auch über Antisemitismus im Kontext des Nahostkonflikts und eigentlich nicht über den israelbezogenen Antisemitismus, weil die Dimension des israelbezogenen Antisemitismus – da gibt es einige Forschungen, wenn auch ältere – sehr eng mit der sekundären Dimension verflochten ist, mit der Dimension des Post-Shoah-Antisemitismus. Und diese Dimension des Post-Shoah-Antisemitismus ist eine deutsche Konstante, ist eine europäische Konstante, ist auch eine Konstante, die selbstverständlich auch in Nahost existiert, über die Globalisierung des Diskurses und historische Traditionslinien.

Das hat mir heute gefehlt, weil wir natürlich in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft mit all diesen Fragen umgehen müssen. Juden und Jüdinnen müssen mit diesen Fragen in ihrem Alltag umgehen und müssen auch als Stellvertreterinnen und Stellvertreter für einen Konflikt herhalten, den sie nicht begonnen haben, den sie auch nicht befeuert haben. Alleine schon diese Verknüpfung ist problematisch, weil wir in dieser Enquete-Kommission, aber auch darüber hinaus verstehen müssen, dass die Thematisierung des Krieges, des Nahostkonflikts eine andere ist und die Thematisierung von Antisemitismus eben auch Platz braucht – heute haben wir für meine Verhältnisse relativ wenig über Antisemitismus diskutiert –, in all den Dimensionen, die wir haben. Die israelbezogene Dimension ist also nicht über die Herkunft der vermeintlichen oder tatsächlichen Täterinnen und Täter zu verstehen.

Vielleicht der letzte Aspekt dazu: Heute ist mehrfach gefallen, dass wir mit Antisemiten diskutieren, oder überhaupt das Wort „Antisemit“. In meinem Verständnis von Gewaltverhältnissen in einer Gesellschaft mit dieser historischen Aufladung und Tradition ist es nicht so, dass wir die Welt holzschnittartig in Antisemiten und Nichtantisemiten aufteilen können. Wenn wir sagen, wir leben in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft, sagen wir nicht, jeder Mensch ist rassistisch. Wir sagen aber damit oder implizieren, dass wir potenziell in rassistische Verhältnisse einsozialisiert werden, in rassistische Sprache, in antisemitische Verhältnisse, in antisemitische Sprache, was aber nicht heißt, dass wir darüber ohne Weiteres Aussagen treffen können: Der oder die sind Antisemiten. – Wir können auch nicht in den Kopf eines Menschen schauen. Wir können Menschen und Strukturen anhand von Taten und

Handlungen messen, und die sind nicht nur monokausal im Kontext von Herkunft zu betrachten. Diese Ethnisierung von politischen Konflikten und auch die Ethnisierung von Verhaltensweisen ist problematisch. Das grenzt an die Individualisierung. Dann wird der Mensch oder das Kind als Täter gesehen und teilweise auch diffamiert und nicht die Tat. Ich erlaube mir hier, ein Zitat aus der bereits besagten Studienreihe vorzulesen. Da sagt eine Lehrkraft:

„Den größten Teil meines Lebens habe ich damit überhaupt gar nichts zu tun gehabt und nichts in meinem Umfeld erlebt. Ich habe auch gar keine Juden hier.“

Das sagt eine Lehrkraft in einem langen narrativen Interview. Danach führt sie aus – – Ich habe das leider hier nicht dabei, also der nächste Satz würde lauten: Und auch kein Klientel. – Und mit dem „Klientel“, sagt die Lehrkraft wirklich – sie reflektiert ja auch in dem Interview selbst, sozusagen mit sich selbst und mit der Interviewleiterin –, meint sie in ihrem Redefluss, die türkischen Schülerinnen und Schüler – wie sie dann auch sagt – seien eigentlich angepasst und würden keine Probleme machen. Dabei benennt diese Lehrkraft eine Reihe von antisemitischen Vorkommnissen und Vorfällen – darauf hat Frau Lorenz-Sinai heute hingewiesen, weil es aus demselben Interview kommt –, wobei antisemitische Gewaltgeschichte, Shoah-Geschichte in Spielen unter Jugendlichen wieder aufgerufen wird, wobei nicht die türkischen Schüler mitmachen, sondern es eigentlich ein Problem eines rechten Antisemitismus ist, wenn man so will. Und trotzdem bezieht sie sich auf türkische Schülerinnen und Schüler. Was ich damit sagen will: dass eine Lehrkraft – – Das können viele sein, und viele können das auch sofort dekonstruieren, ich will jetzt Lehrkräften nicht pauschal Antisemitismus zuschreiben. Damit zeigt sich aber einfach, wie Diskurs und Sprache in den pädagogischen Raum hineinwirken und was das dann damit macht.

In keinem Interview von 134 Interviewpartnerinnen und -partnern unserer Studienreihe wurde nur ein Mal Bezug darauf genommen, wie es eigentlich jüdischen Schülerinnen und Schülern in diesen Konstellationen ergeht. Darauf will ich zum Schluss noch mal eingehen, weil der Schutz von Betroffenen, egal ob von Antisemitismus, Rassismus oder Sexismus, eigentlich an der ersten Stelle stehen muss. Das muss eine pädagogische Kompetenz sein, nicht nur mit der Frage: Wie kann ich vielleicht Jugendliche davon abbringen? – Zweiter Punkt: Lehrkräfte können nicht nichtantisemitisch handeln. Es ist nicht möglich in einer solchen Gesellschaft wie unserer, komplett frei zu sein von Rassismus, von Antisemitismus. Es ist kein Argument zu sagen: Dann schauen wir nicht dahin, wohin wir heute geschaut haben. – Es ist nur ein zusätzliches Argument für eine differenzierte, emanzipative Bildung.

Und vielleicht – sorry, ich weiß, es ist zu lang! –: Wir haben heute ausschließlich über Pädagogik gesprochen. Wir müssen über Antisemitismus, Rassismus und andere Gewaltverhältnisse nicht nur ausschließlich im Kontext von Pädagogik sprechen. Wir pädagogisieren dieses Problem. Es ist nicht nur im schulischen Kontext, nicht nur in diesem Raum, und Bildung kann nicht alles lösen, was wir als Erwachsene, als Gesellschaft nicht gelöst haben. Kinder sind nicht das Problem, das Problem sind wir.

Darf ich bitte noch einen letzten Satz sagen? – Nach dem 7. Oktober 2023 haben wir etwas erlebt, wovon ich nicht gedacht habe, dass wir es je erleben werden. Ich weiß, dass die Mehrheitsgesellschaft diese jüdische Erfahrung missversteht, vielleicht tatsächlich auch Schwierigkeiten hat, diese jüdische Erfahrung zu begreifen und zu verstehen. Immer wieder gehen wir zurück und fahren in Gedanken nach Israel, als würden wir das Verhalten und die Gewalt

gegen Juden über den Nahostkonflikt ergründen wollen. Das ist wirklich eine Falle. Die Grünenfraktion, die SPD-Fraktion und die Linksfraktion sind nach dem 7. Oktober auf uns zugegangen und haben uns gefragt: Was braucht ihr? Wie können wir euch unterstützen? – Eine Hilfsorganisation, nicht nur pädagogisch tätig, sondern für Betroffene, kann nicht sagen: Wir schließen jetzt, weil wir einfach kein Geld, kein Personal mehr haben. – Ich plädiere sehr dafür, wirklich sehr genau hinzuschauen: Wie können Programme, Projekte und Träger gestärkt und auch institutionalisiert gefördert werden, um nicht weiterhin unter diesen prekären Bedingungen tätig sein und dieser Gesellschaft unter die Arme greifen zu müssen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank auch für Ihren Beitrag! – Wer macht das bei Ihnen für die SPD?

Orkan Özdemir (SPD): Ganz kurz. Es gab jetzt – –

Vorsitzender Raed Saleh: Nein, stopp! Wer macht das jetzt für die SPD?

Orkan Özdemir (SPD): Doch. Wir möchten etwas beantragen, ganz kurz.

Vorsitzender Raed Saleh: Wir beantragen nach der Rederunde.

Orkan Özdemir (SPD): Nein, wenn ich einen Antrag machen will – –

Vorsitzender Raed Saleh: Na gut, dann frage ich jetzt nicht nach der SPD-Runde. Dann melden Sie sich ausschließlich zum Antrag, zur Tagesordnung.

Orkan Özdemir (SPD): Jetzt gab es ja mehrere Thesen zur Nakba, und wir haben die Zeit nicht mehr, noch mal darauf einzugehen. Deswegen würden wir gerne über unsere Expertinnen und Experten noch mal eine schriftliche Stellungnahme dazu einreichen.

Vorsitzender Raed Saleh: Das geht sowieso. Es wurde verabredet, dass Stellungnahmen eingereicht werden können. Gerne. Ansonsten hätte ich zum Thema Nakba auch noch mal Diskussionsbedarf, das sage ich auch.

Orkan Özdemir (SPD): Gut. – Ansonsten würde Prof. Dr. Auma sprechen.

Vorsitzender Raed Saleh: Also für die SPD spricht Frau Prof. Dr. Auma.

Dr. Maisha-Maureen Auma: Ja, ein nachdenklicher Punkt. Ich möchte gerne versuchen, drei Dinge zu sagen. Falls es mir nicht gelingen sollte, die drei Fokussierungen jetzt unterzu bringen, würde ich sie noch mal schriftlich nachreichen. – Bei mir ist ein Gefühl von Unbehagen, wenn wir dieses Protokoll vom 13. Juni 2025 auswerten, inhaltsanalytisch oder wie auch immer wir das auswerten: Was war der Stand von Grundlagen und Strukturen von Antisemitismusbekämpfung, Empowerment und Erscheinungsformen der Präventionsstrukturen in Berlin? – Dann gibt es eine Hypervisibilität von bestimmten Stadtteilen, von bestimmten Kiezen, von Neukölln zum Beispiel, wo ich nicht wohne, und nicht von Charlottenburg, wo ich zum Beispiel wohne, oder von Prenzlauer Berg.

Ich will versuchen, das einmal ganz kurz zu kontextualisieren. Wir hatten hier den Begriff des importierten Antisemitismus. Das ist nicht mein Fachbegriff. Auch wenn das nicht nur ein politischer Begriff ist, frage ich mich, ob in dem Begriff nicht politische Motive sehr stark sind. Darüber sind wir uns wahrscheinlich sogar einig. Ich frage mich, ob es nicht erkenntnisreicher wäre, von einer transnationalen Zusammenarbeit und Verflechtung zu sprechen, denn die ginge in alle Richtungen. Wenn wir von Berlin als Front 1945 ausgehen, dann haben wir SS-Menschen, die aus Estland, Finnland, Belgien waren. Darunter waren sehr wenige Deutsche. Es waren einige, aber es waren eigentlich die United Forces der SS transnational. Wenn wir uns Unity Mitford, Oswald Mosley, die ganzen Menschen, die hier zutiefst verflochten waren mit der britischen Union of Fascists und so weiter, anschauen, können wir das weitertreiben. In Ruhe, in einem anderen Setting höre ich mir das total gerne an. Ich bingewatche alles, was es zum zweiten Weltkrieg gibt. Das ist für meine innere Gesundheit wahrscheinlich nicht gut, aber es ist, wie es ist. ZDFinfo und andere Quellen produzieren genug dazu. Mir geht es einfach nur darum zu sagen, dass dieser Begriff ein Stück weit als ein Distanzierungs-begriff erscheint. Es ist eine Annahme, das müssten wir uns noch mal angucken. Es scheint auch so etwas zu sein, als würde es den Fokus wegnehmen, auch in dem Protokoll heute. Wenn wir das anschauen, werden wir sehen, dass wir heute viel mehr über den sehr interessanten Mufti von Jerusalem gesprochen haben und über seine Taten, die horrende Taten sind, alle Leben, 1 600 oder wie auch immer, die komplett zu betrauen sind. Es gibt andere prominente Berliner Figuren zu der Zeit, deren Taten jetzt nicht im Protokoll stehen. Ich finde das einfach etwas merkwürdig.

Meine letzten beiden Punkte: Der Punkt, auf den ich hinauswill, ist, es gibt eine bestimmte Täterschaft, die auf eine bestimmte Art diffus und unsichtbar bleibt. Das sind Begriffe, die hier von allen Seiten gefallen sind, dass es eine bestimmte Diffusität gibt. Und dann gibt es bestimmte Täterinnen- und Täterschaften, die so klar sind, dass sie immer wieder besprochen werden. Die sind schlimm. Wir haben ein massives Problem. Wir müssen uns Jugendliche, die wir auf verschiedene Art und Weise verlieren, die muslimisch sozialisiert sind oder sich als solches identifizieren, genau anschauen. Wir müssen dieses Phänomen genau betrachten.

Das ist mein letzter Punkt: In den letzten Tagen, als ich mich präventionsbezogen und auch aus einer erziehungswissenschaftlichen Perspektive damit befasst habe, was unser Thema für heute ist – Ich spreche auf gar keinen Fall zu Empowermentstrukturen. Dazu haben die jüdischen Berlinerinnen und Berliner mit ihrer Fachexpertise und mit ihren zivilgesellschaftlichen Netzwerken, mit ihren Reflexionsfähigkeiten und so weiter alles gesagt. Darüber bin ich nicht imstande zu sprechen. Ich spreche im Sinne einer Selbstkritik, die ich an mich richte, die ich an uns richte. Ich habe mehrere Beiträge zur Konkretisierung dieser unsichtbaren oder schwer fassbaren Täterinnen und Täter angeschaut. Da es schulbezogen ist, habe ich mir die Hitler-Memes, die krassen Memes, angeschaut. Dazu habe ich mehrere Links, unter anderem auch eine Studie der Bildungsstätte Anne Frank, die ich gerne nachträglich zu Protokoll geben möchte. Sie können das noch mal lesen. Ich werde ein Beispiel geben. Es sind Memes, die zirkulieren. Die zirkulieren in Klassenschats. Es gibt sie vom Kinderprogramm des WDR, vom Kinderkanal, von „neuneinhalb“, von mehreren Sendungen, die Kinder targeten. Das ist ein großes Problem, nicht erst seit diesem Jahr. Es ist das Problem wie früher: Als wir uns mit Rechtsextremismus befasst haben, haben wir uns mit den Rändern befasst. Wir haben gesagt: Irgendwo, die ökonomisch ressourcenarmen Menschen, die Menschen aus Neukölln, die Menschen vom Stadtrand – und so weiter. Und währenddessen gibt es eine Desensibilisierung, eine Normalisierung von antisemitischer Gewalt in unserer Mitte. Das sind Mittel-

schichtkids. Es gibt mehrere Studien dazu, die ich auch noch erwähnen will, MISRIK und PAMRIK, die Ergebnisse stehen noch aus. Wer sind die Macherinnen und Macher? – Wir wissen, dass es Propaganda Wars gibt. Ich will es einmal konkretisieren.

Ich komme gleich zum Ende! – Zur transnationalen Zusammenarbeit: Ich selber bin Kenyan Diasporan, ich habe meine gesamte Bildung und das Abitur in Nairobi gemacht und bin zum Studium nach Deutschland gekommen. Ich bin natürlich sehr an der Verflochtenheit von Orten interessiert und war sehr erstaunt, dass eine Bewegung von Young Revolutionary Africans, die Gen-Z-Bewegung, die good Governance will, die wirklich die Korruption kritisiert und demokratische Werte und Normen stärken will, Titelbilder – glaube ich, heißen die – auf Twitter haben, und auf dem Titelbild ist Hitler, und da steht: Kijana wa Hitler –, was auf Kiswahili heißt „der Junge von Hitler“. Es gibt also eine Desensibilisierung.

Jetzt habe ich das sehr weit gefasst, jetzt können wir wieder sagen: Ja, das Problem ist bei den Leuten, die irgendwie -- In den Klassenchats in Deutschland gibt es ein Meme, und das ist als Quelle nachschlagbar, die ich hier einreichen werde, wo Hitler gezeigt wird mit einem Direktiv – alle, die die Dokumentarfilme kennen, kennen das –, und da steht – ich reproduziere das -: Einmal vergasen. – Das heißt, es wird desensibilisiert, eine genozidale Abhandlung wird als Verb zirkuliert, und das ist ein Problem. Die Menschen, die diese Memes zirkulieren, sind Mittelschichtkids. Die sehen mehr aus wie ich, wie wir in dieser Kommission, wie wir aus der Mittelschicht – ich sage nicht, dass alle hier aus der Mittelschicht sind, aber auf jeden Fall aus einer bestimmten Bürgerlichkeit, aus bestimmten ökonomischen Ressourcen. Das sind unsere Kinder! Mir fehlt, dass wir das konkret machen. Wir müssen mehr Selbstkritik an uns ansetzen. Ich muss selbstkritisch sein, wir müssen selbstkritisch sein. Ich möchte, dass im Protokoll zu diesem Stand in Berlin reflektiert ist, dass hier ein großes Problem ist, dass das nicht unsichtbare Täter und Täterinnen sind. Das sind sichtbare Leute, es gibt Studien, und das ist aus der Mitte der Gesellschaft. Das ist also so ähnlich wie bei der Rechtsextremismusforschung: Ich finde das unzufriedenstellend, wenn wir das auf Neukölln reduzieren.

Vorsitzender Raed Saleh: Auch dazu gibt es viele Studien, die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und andere Studien, die genau darüber berichten, über das Thema Antisemitismus auch in der Mitte der Gesellschaft beziehungsweise in der Breite, teilweise auch in der Oberschicht der Gesellschaft. Es ist nicht nur die Mitte, ich würde widersprechen, auch die Oberschicht hat ein Problem. So zumindest ergeben das die Studien, die ich bisher kannte. – Zum Abschluss: Wer macht es bei Ihnen? – Frau Eralp, okay!

Elif Eralp (LINKE) Vielen Dank! – Ich versuche, jetzt nur zu wenigen Aspekten noch mal etwas zu sagen. Das meiste ist hier schon intensiv angesprochen worden. Ich wollte nur noch mal zu dem Argument von Ihnen, Herr Mansour, sagen: Sie hatten gesagt, dieser Stigmatisierungsvorwurf komme nicht bei Rechten und Linken, aber bei muslimischen Menschen. Ich finde es schwierig, das hier zu vergleichen, weil es ja etwas anderes ist, wenn einem etwas zugeschrieben wird, ohne dass man etwas dazu tun muss, als wenn es um eine politische Weltanschauung geht. Das ist ja ein klarer Unterschied, an was man da anknüpft.

Ich verstehe auch diese Aussage von Ihnen nicht, dass Sie sagen, zu israelbezogenem Antisemitismus ist nicht gesprochen worden. Der ganze erste Teil hat sich sehr intensiv damit beschäftigt. Wir haben aus meiner Sicht eher andere Bereiche noch wenig beleuchtet, insofern verstehe ich diese Aussage nicht. Auch, dass Sie gesagt haben, dass es ganz klar importierten Antisemitismus gibt – das wurde jetzt auch noch mal wiederholt – und dass das wissenschaftlich erwiesen sei: Das stelle ich auf jeden Fall hier infrage, denn da gibt es andere wissenschaftliche Expertinnen und Experten, die diesen Begriff – zu Recht, aus meiner Sicht – kritisieren. Sie sagen dazu, die Leute seien eben anders sozialisiert. Auch das möchte ich hier nicht so stehenlassen, denn es geht um Menschen, die hier sozialisiert wurden, wie auch Herr Dr. Theilhaber vorhin zu Recht gesagt hat. Es geht nicht darum, irgendeine Bevölkerungsgruppe hier freizusprechen. Es haben hier alle gesagt, dass es Antisemitismus überall gibt, aber trotzdem bleibe ich dabei, dass der Begriff in vielerlei Hinsicht problematisch ist. Es geht hier auch nicht um Waren, die irgendwohin importiert werden, sondern es geht um Menschen. Es ist auch nicht angemessen, aus meiner Sicht – und das ist auch ein politisches Statement –, im Land der Täter der Shoah so etwas zu sagen. Das ist ein hiesiges Problem, ein Problem der deutschen Gesellschaft insgesamt, und dazu gehören alle, die hier leben, wir alle und alle Communitys. Wenn man das nicht so begreift und das so nicht verständlich macht, dann ist das aus meiner Sicht auch nicht angemessen bekämpfbar; wenn das als etwas dargestellt wird, was hier irgendwie von außen auf einen hereinbricht. Das ist einfach nicht richtig.

Bezogen auf Herrn Saadi fand ich diesen Ansatz sehr wichtig, den ja auch andere unterstützt haben, dass antisemitischkritische Bildung auch Fragen von Rassismus mit einbezieht und umgekehrt. Denn erstens gibt es eben enge Verbindungen, was ich als jemand, der sich sehr intensiv mit dem Halle-Attentat beschäftigt hat, weiß, weil ich Überlebende aus der Synagoge kennengelernt habe und auch Überlebende aus dem Imbiss und die Schriftstücke von dem Täter sehr intensiv studiert habe, die sich auch auf den Attentäter Breivik aus Norwegen bezogen haben. Daran sieht man einfach, es gibt hier Verbindungen. Das wurde ja eben auch von verschiedenen Anzuhörenden schon angesprochen. Und ich finde es zweitens auch wichtig, dass Communitys und Betroffenengruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden und dass Maßnahmen und Strategien existieren, die gegen beide Formen oder auch gegen verschiedene Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung helfen, wie beispielsweise das Landesantidiskriminierungsgesetz oder das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, die gestärkt werden müssen, genauso wie – das wurde auch von Frau Chernivsky und anderen gesagt – es wichtig ist, die Empowermentarbeit, das Monitoring, die Beratungseinrichtungen strukturell und dauerhaft abzusichern. Das heißt aus meiner Sicht nicht, die Phänomene in ihrer Spezifität nicht zu sehen, denn das müssen wir, aber eben die verschiedenen Ansätze zu verbinden. Das wollte ich jetzt einmal noch zu Protokoll geben.

Viele Fragen an die Verwaltung habe ich noch, aber das werden wir jetzt nicht mehr schaffen, zu diesen Punkten, die ich eben angesprochen habe – ich reiche das gerne noch mal schriftlich

nach –; was die Verwaltung konkret in diesen Bereichen macht, welche Bedarfe, Lücken, Unterstützung sie hier sieht. – Und auch an die Anzuhörenden: Sie werden jetzt nicht noch mal dran kommen, aber Sie haben schon viel geschildert, und es gibt ja immer noch die Möglichkeit, schriftlich etwas nachzureichen, wenn es gefehlt hat, sodass wirklich alle Aspekte, die aus Ihrer Sicht wichtig sind, sich hier in den Protokollen wiederfinden, damit das ein umfassendes Bild ist, weil Sie jetzt wahrscheinlich keine Gelegenheit mehr haben, auf die Fragen oder die Diskussion zu antworten. Es wäre aber gut, wenn wir das dann im Zweifel nachreichen können, wie auch das, was Herr Özdemir beantragt hat. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Eralp! – Mit Blick auf die Zeit halte ich jetzt erst mal fest, bevor wir die Sitzung schließen: Vielen Dank an die Anzuhörenden dafür, dass Sie da waren und uns hier Rede und Antwort gestanden haben! Vielen Dank dafür, dass Sie Ihre Perspektive eingebracht haben! Ich glaube, dass die verschiedenen Perspektiven, die aus der Arbeit, aus dem Alltag und aus dem, was man macht, hier hereinkommen, gemeinsam zu etwas Gute führen sollen.

Ich denke, wir können festhalten, dass das, was wir vorhin besprochen haben, auch die Beantwortung der restlichen Fragen speziell noch mal an die Verwaltung, die wir verabredet haben, zeitnah eingeht. Wir werden in der Sprecherinnen- und Sprecherrunde noch mal darüber reden, was „zeitnah“ heißt, weil wir momentan viele Fragen stellen. Dann können wir noch mal bewerten, wie wir das gemeinsam hinbekommen.

Ich stelle fest, dass wir auch noch zusätzliche Fragen haben, die an Verwaltungen, die heute nicht da sind, gerichtet worden sind, wobei wir aber auch gerne darum bitten wollen, dass sie von den Verwaltungen beantwortet werden, am Ende für die Dokumentation und den Schlussbericht. Ich halte fest, dass hier in der Anwesenheit aller Akteurinnen und Akteure auch Fragen formuliert worden sind, die bislang nicht beantwortet worden sind, um deren Beantwortung wir bitten.

Ich bitte die Anzuhörenden – das ist nur eine Bitte, das ist natürlich anders, als wenn wir jetzt die Verwaltungen beauftragen –, dass Sie, wenn Sie die Möglichkeit haben, auf Fragen, die jetzt noch nicht beantwortet sind, einzugehen. Es gab Punkte, die man jetzt nicht in der Ausführlichkeit diskutieren wollte oder konnte, wie zum Beispiel das Thema Nakba. Gerade in den Zeiten, wo Regierungen auf offener Bühne eine Vertreibung ankündigen, sollte man vorsichtig damit sein, vom „Mythos Nakba“ zu sprechen, denn die Vertreibung ist jetzt gerade in Gaza wieder sehr real. Das passiert gerade vor unseren Augen. Deswegen muss man im Respekt dessen, was gerade passiert, auf das zurückblicken, was passiert ist, und sehen, wohin Entwicklungen am Ende führen können. Da wäre meine Bitte, dass wir die Möglichkeit schaffen, zum Beispiel einen Bericht einzureichen – was gerade verabredet worden ist – im Sinne von: Wie gehen wir mit dem Thema um? –, zu den Themen, die heute hier nicht den Raum für eine Diskussion hatten. Ich glaube, am Ende bekommen wir es gut hin. Die Beiträge heute stimmten mich, ehrlich gesagt, sehr optimistisch, dass wir am Ende zu einem gemeinsamen Fahrplan kommen, was Berlin und die Perspektive betrifft, wie wir hier gemeinsam Antisemitismus bekämpfen, wie wir Antisemitismus am Ende auch in seiner Vielfalt betrachten und bekämpfen werden.

Ich will abschließen mit den Worten von Frau Chernivsky. Sie hat vorhin gesagt, am Ende ist es doch wesentlich, dass wir uns nicht mit der ganzen Begrifflichkeit befassen, sondern lasst

uns anschauen: Wo passiert konkret was? Wie kann man am Ende jede Form von Antisemitismus bekämpfen? Wie kann man ansetzen? Wie kann man auch punktgenaue Antworten finden, je nach Ort, nach Gruppe, nach Zugehörigkeit? – Ich glaube, das kann heute das Verbindende sein. Deswegen haben wir heute, glaube ich, in der Sache hart miteinander gerungen und im Ton meistens respektvoll, aber ich denke, wir haben heute eine Menge Austausch gehabt, und ich habe heute wirklich ein gutes Aufeinanderzugehen bemerkt in den wesentlichen Punkten, die uns am Ende vereinen. Vielen Dank für Ihre Zusammenarbeit und auch für Ihre Arbeit hier in der Kommission! Vielen Dank dafür!

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.